



Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement



Von wegen gähnende Leere

Wie demokratiestärkendes
Engagement ländliche Räume belebt

Eine Sammlung ermutigender Projektbeispiele

Impressum

Herausgeber:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18 | 10179 Berlin
☎ 030-62980110
✉ info@b-b-e.de

Redaktion:

Hans-Georg Feldbauer,
Johanna Neuling,
Friederike Petersen,
Elisabeth Schönrock (BBE)

V.i.S.d.P:

PD Dr. Ansgar Klein

Layout & Satz:

Jöran Fliege
🌐 www.joeran-fliege.de

Dezember 2016

ISBN-Nummer: 987-3-9817869-3-4

Fotonachweis:

Cover: Ludger Meyer;
Icons: Austin Andrews (@templarian)
S. 4: Bundesregierung/ Denzel;
S. 6, S. 8–9, S. 26–27: BBE/ Tino Sieland;
S. 11–25: Fachwerkkirche Tuchen e.V./
Frank Günther;
S. 28 privat/ Peter Henze;
S. 31: Hans Schlechtenberg;
S. 34: privat/ Dirk Hennig;
S. 37: privat/ Oliver Hohn;
S. 40: Deutschlandkarte: Designed by Freepik
S. 44: DLRG-Jugend Bayern;
S. 47: ContRa e.V.;
S. 50, 51: privat/ Judith Seibt;
S. 55: Selbsthelfer e.V.;
S. 58: Michael Chia, www.michaelchia.eu
„European Social Innovation 2016“
www.flickr.com/photos/eusocialinnovation/
30733965335/ (CC BY 2.0);
S. 60: Medienteam Ju-Jutsu DJK SV Furth;
S. 68: Bundesvereinigung Deutscher
Orchesterverbände (BDO);
S. 73: landkunstleben e.V.;
S. 76: Joachim Becker;
S. 78: EJHN/ Treber;
S. 82: privat/ Gerda Dilger;
S. 84, 85: BRK-Kreisverband Cham;
S. 89: Fach- und Projektstelle für
Bürgerschaftliches Engagement (BE)
Landkreis Konstanz;
S. 92 KSB Ludwigslust-Parchim;
S. 94 ALD e.V./ Eric Heffenträger, Jugend-
krestagssitzung am 7. April in Sangerhausen;
S. 98: Landeszentrale für Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz;
S. 102 RAA perspektywa;
S. 110/111 Ludger Meyer.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Vorwort	4				
Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend					
Vorwort	6				
PD Dr. Ansgar Klein und Andreas Pautzke, BBE					
EINLEITENDE AUFSÄTZE					
Engagementfördernde Infrastrukturen im ländlichen Raum	10				
Dr. Thomas Röbbke, Vorsitzender des BBE-Sprecher_innenrates und geschäftsführender Vorstand des LBE Bayern Danielle Rodarius, Mitarbeiterin im LBE Bayern					
Rettet das Dorf und seine demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten (im Staatsaufbau!)	16				
Prof. Dr. Gerhard Henkel, Humangeograf					
KURZINTERVIEWS					
LandKulturArbeit	28				
Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern	31				
Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) und politische Bildung auf dem Land	34				
Eine Partnerschaft für Demokratie als Netzwerkknoten vor Ort	37				
PROJEKTVORSTELLUNGEN					
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	42	42	Badelatschen statt Springerstiefel	42	
Engagement von und für Geflüchtete(n)	48	48	... vom Kommen und Gehen	45	
Demografischer Wandel	62	62	bundesweit Vechta (Niedersachsen)		
Engagement und Partizipation	74	74	48	Nationenparlament	48
Engagement und soziale Gerechtigkeit	80	80	Markt Schwaben (Bayern)		
Bildung und Engagement	86	86	Selbsthelfer e. V.		52
Freiwilligendienste	96	96	Raum Rosenheim (Oberbayern)		
Internationales und Europa	100	100	Neue Nachbarn Arnsberg		56
Migration, Teilhabe, Vielfalt	108	108	Arnsberg (Nordrhein-Westfalen)		
			Integration durch Sport		59
			Kreis Landshut (Bayern)		
			62	Brelinger Mitte	62
			Region Hannover (Niedersachsen)		
			Generationen-Netzwerk Boxberg		64
			Boxberg (Baden-Württemberg)		
			VereinspilotInnen		67
			Baden-Württemberg		
			landkunstleben e. V.		70
			Landkreis Oder-Spree (Brandenburg)		
			74	Dorfraum-Pioniere	74
			LEADER-Region Donnersberger, Lautrer Land (Rheinland-Pfalz)		
			Jugendliche in Kirchenvorständen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau		77
			Kirchengemeinden im ländlichen Raum in Hessen und Rheinland-Pfalz		
			80	Gelebte Solidarität mit Haushaltshilfen/Pflegehelferinnen aus Osteuropa	80
			Markdorf (Baden-Württemberg)		
			Erste Hilfe für jedermann		83
			Cham (Bayern) und bundesweit		
			86	Ehrenamtliche Pflegelotsen	86
			Landkreis Konstanz (Baden-Württemberg)		
			ZI:EL Inklusion auf dem Lande		90
			Balow (Mecklenburg-Vorpommern)		
			Planspiel Jugendkreistag		93
			Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)		
			96	Naturschutz gegen Rechtsextremismus	96
			Rheinland-Pfalz		
			100	perspektywa – Vom Grenzraum zum Begegnungsraum	100
			Landkreis Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) und Landkreis Uckermark (Brandenburg)		
			Eine Welt-Promotor*innen		104
			bundesweit		
			108	Kulinarisch um die Welt	108
			Gemeinde Neuenkirchen-Vörden (Niedersachsen)		
ANHANG					
Material- und Literaturhinweise	112				



Vorwort

**der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Manuela Schwesig**

Tue Gutes und sprich darüber! Viele Menschen in Kleinstädten, Dörfern und ländlichen Regionen engagieren sich jeden Tag für Kinder, für Ältere, im Sport, in der Kirche oder für geflüchtete Menschen. Im unmittelbaren Umfeld spricht sich das schnell herum: Man kennt einander auf dem Land. Darüber hinaus wird über diese Menschen aber nicht so häufig gesprochen. Dabei gibt es viel spannendes, gestaltendes, nachahmenswertes Engagement mitten aus dem Leben auf dem Land. Es verdient, gehört, gesehen und weitergetragen zu werden.

Gute Ideen und Konzepte sind gefragt, um den ländlichen Raum als attraktive, inklusive und offene Lebensregion zu gestalten. Ländliche Regionen stehen vor besonderen Herausforderungen: Gerade die jungen Menschen mit viel Biss und Glaube an das Gute verlassen die Gegend, in der sie aufgewachsen sind, weil Perspektiven, Ausbildungs- und Arbeitsplätze fehlen. Diese Menschen fehlen dann für eine optimistische, zukunftsgerichtete weitere Entwicklung. Auch das Engagement ändert sich: Junge Menschen engagieren sich gern, aber mit weniger Zeiteinsatz als früher. Längerfristige, verbindliche Aufgaben werden weniger gern übernommen.

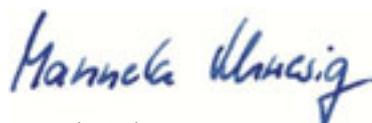
Wer aber Zeit aufwendet, um etwas für andere zu machen, Zeit, die auch für den Beruf und die Familie wichtig ist, lebt Demokratie. Viele Menschen tun das. Deshalb ist die Demokratie stark. Engagement ist kein Ersatz für staatliche Aufgaben, zu denen auch die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land zählt. Nur mit Engagement aber, und nur, wenn sich möglichst viele beteiligen, bleibt ein Gemeinwesen lebendig und vielfältig. Engage-

ment erfordert Zeit, Verantwortung, manchmal Mut. Aber es wird belohnt: Mit dem Einsatz für das Gemeinwohl steigt meist auch die eigene Lebenszufriedenheit.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ setzt darauf, die vielen Einzelinitiativen für Demokratie und Vielfalt zu einer gesellschaftlichen Kraft zu bündeln. Wir bringen Menschen und Vereine, Initiativen und Organisationen, staatliche Ebenen und Institutionen zusammen, um gemeinsam für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft einzutreten. Über die Hälfte des diesjährigen Programmbudgets in Höhe von 50,5 Millionen Euro fließt in die Förderung nachhaltiger Strukturen. Mit dem Geld werden zum Beispiel bundesweit 232 lokale „Partnerschaften für Demokratie“ gefördert, um die Zusammenarbeit vor Ort zu stärken.

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gehen wir auch förderpolitisch neue Wege. Um sich für Demokratie und Vielfalt einzusetzen und tragfähige Strukturen anzubieten, braucht man Zeit, Kontinuität und Vertrauen. Deshalb haben wir die Förderung verlässlicher und dauerhafter gestaltet. Die fünfjährige Laufzeit des Programms trägt dazu bei, in den Regelstrukturen anzukommen und sie zu festigen. Für 2017 plant die Bundesregierung eine Verdoppelung der Mittel auf 104,5 Millionen Euro, die zum einen für die Verstetigung der bestehenden Programmstrukturen, zum anderen zur Erschließung neuer Zielgruppen verwendet werden. Diese Verdopplung der Förderung ist eine Antwort auf wachsende Gefahren für die Demokratie und gleichzeitig ein Signal der Bedeutung, die die Bundesregierung der lokalen Arbeit für Demokratie und Vielfalt beimisst. Der nächste Schritt muss eine dauerhafte Grundlage für die finanzielle Unterstützung des Bundes und damit auch für die Stärkung des Engagements und der Präventionsarbeit vor Ort und in der ganzen Breite unseres Landes sein. Das Bundesfamilienministerium arbeitet daran.

Tue Gutes und sprich darüber! Diese Broschüre macht gute Beispiele des Engagements für Demokratie und Vielfalt in ländlichen Regionen sichtbar. Der Einsatz der Engagierten vor Ort und das Entstehen für demokratische Werte verdienen es, gesehen, gehört und weitergetragen zu werden. Ich danke Ihnen, den engagierten Macherinnen und Machern, dafür von Herzen!



Manuela Schwesig

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn auf dem Land ein Projekt umgesetzt wird, berichtet meist die regionale Tageszeitung oder das Anzeigenblatt. So erreicht die Nachricht über inspirierende und wirksame Vorhaben kaum interessierte Leserinnen und Leser über das enge Verbreitungsgebiet oder die Projektwebsite hinaus. Dem möchte das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit der vorliegenden Veröffentlichung etwas entgegensetzen und kleine und große Projekte aus dem ländlichen Raum vorstellen und zur Nachahmung empfehlen. Sie alle tragen mit ihrem demokratiestärkenden Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in ihrer Region bei.

Bevor es jedoch zu den einzelnen Projekten aufs Land geht, widmen sich zwei einleitende Beiträge der großen Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements auf lokaler Ebene. Dieser Überblick wird durch Kurzinterviews ergänzt, die die Arbeit von engagierten Akteurinnen und Akteuren vorstellen, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen für eine lebendige und offene Zivilgesellschaft in ländlichen Regionen einsetzen. Ein Serviceteil bietet eine Auswahl aktueller Studien und Publikationen zu den Themen dieser Handreichung.

Unsere Beispiele stehen exemplarisch für das vielfältige Engagement, die vielseitigen Schwerpunktsetzungen und Herangehensweisen vor Ort. Gruppiert entlang zentraler Themenfelder des BBE zeigen sie auf, wie eine bunte, lebendige und inklusive Zivilgesellschaft ländliche Räume gestaltet – engagiert, pragmatisch und mit realistischen Erwartungen.

Die hier vorgestellten Projekte sind verteilt über ganz Deutschland und unterscheiden sich sehr in ihren Rahmenbedingungen. Einige sind eher punktuell und leben vom Engagement Einzelner, andere arbeiten mit mittelfristigen Förderstrukturen und einem Team. Sie alle eint der Einsatz für ein lebendiges, demokratisches und offenes Miteinander.

Für dieses Engagement und ihr Mitwirken an der Broschüre gilt ihnen und allen weiteren Autorinnen und Autoren unser großer Dank! Wir hoffen, mit dieser Handreichung Impulse für neue Ideen zu geben und den Transfer guter Praxis zu erleichtern. Jedes Projektprofil umfasst kurze Angaben zu Idee, Umsetzung und bisherigen Erkenntnissen. Wenn Sie neugierig geworden sind und mehr wissen wollen, nutzen Sie die angegebenen Kontaktinformationen.

Ob Willkommensdinner für neue Dorfbewohnerinnen und -bewohner, ein Musikfestival „gegen Rechts“ von Jugendlichen im Ort, eine interkulturelle Handarbeitsgruppe oder die gemeinsame Renovierungsaktion des Gemeindezentrums – auf dem Land ist viel los. Und das ist wichtig! Denn ausgrenzende und menschenverachtende Haltungen finden dort weniger Raum, wo sich eine starke und wachsame Zivilgesellschaft organisiert, einbringt und Teilhabe ermöglicht.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.



PD Dr. Ansgar Klein
Geschäftsführer
des BBE



Andreas Pautzke
Leiter des Arbeitsbereiches
„Demokratiestärkung im
Ländlichen Raum“

PS: Weitere Beispiele demokratiestärkenden Engagements finden Sie ab März 2017 auf der Webseite www.laendlicher-raum.info

EINLEITENDE AUFsätze



Engagementfördernde Infrastrukturen im ländlichen Raum

Was leistet das bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum?

**DR. THOMAS
RÖBKE**

**DANIELLE
RODARIUS**

Gehen wir einmal von zwei sehr gegensätzlichen Szenarien aus: Da ist zum einen eine Gemeinde, nennen wir sie Tannenburg, die seit den 1970er-Jahren im sogenannten „Speckgürtel“ einer Großstadt ihre Einwohner_innenzahl fast verdoppelte. Paradoxerweise bedeutete das – zunächst – nichts Gutes für das bürgerschaftliche Dorfleben: Die Gemeinde war eher eine Schlafstätte für Menschen, die in der Stadt arbeiteten, aber wegen der kleinen Kinder aufs Land zogen. Die Grundstücke waren günstig; man konnte sich einen schönen Garten leisten, in dem man das Wochenende im Kreis der Familie verlebte. Die traditionellen Vereine profitierten kaum von den neu Hinzugezogenen, weil die (noch) keinen Bezug dazu fanden. Der Gesangsverein segnete das Zeitliche. Die Aktiven des Gartenbauvereins wurden älter. Es wurde mühsamer, die entsprechenden Kürbisse aufzuziehen, die der Prämierung harrten. Dann aber tauchten die Kinder langsam in den Vereinen auf. Der Fußballverein richtete eine Bambini-Gruppe ein, ein Tennisclub wurde neu gegründet. Und schließlich, als die Kinder groß waren und wegen des Studiums das Zuhause verließen, blieben die Eltern, mittlerweile im Ruhestand, und entdeckten die Freizeitqualitäten des Ortes. Eine alte Scheune wurde zur Kunstgalerie, die ein rühriger Kulturverein betreibt. Eine alte Burgruine dient nun als Kulisse für Ritterspiele, die eine Laienspielgruppe jährlich mit viel Erfolg aufführt. Der Gartenbauverein wurde zum Labor der Ökologie, in dem neuerdings Bienenkörbe für emsiges Leben sorgen.

Da ist zum anderen die Gemeinde, nennen wir sie Waldhausen, die in den 1970er-Jahren noch von einer blühenden Porzellanindustrie geprägt war. Über Nacht dann die Schließung des Werkes. Das Unternehmen wurde verkauft, die Produktionsorte verlegte man über die Grenze, wo der „Faktor Arbeit“ deutlich billiger war. Hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Jungen waren unvermeidlich, im Gefolge weitere Niedergänge. Die hoch verschuldete Gemeinde konnte ihre freiwilligen Leistungen nicht mehr erbringen. Der letzte Laden im Dorfkern musste schließen, Post und Sparkasse folgten. Dann aber das Wunder: Das kommunale Bad, das eigentlich hätte dicht machen müssen, wurde von einem Verein in ehrenamtlicher Arbeit weiterbetrieben. Dieser Erfolg ermunterte eine weitere Initiative zur Gründung eines Dorfladens auf Genossenschaftsbasis, eine Bürgerbuslinie konnte den ausgedünnten öffentlichen Personennahverkehr zwar nicht ersetzen, aber doch ermöglichen, dass die ältere und nicht mehr so mobile Bewohner_innenschaft zum Einkaufen fahren konnte.

Tannenburg und Waldhausen sind Gemeinden, die unterschiedlicher nicht sein können, aber doch zeigen beide auf ihre Weise die Kraft des bürgerschaftlichen Engagements auf: als Freizeitfaktor,

FOTOPROJEKT WIR VON HIER

Die in dieser Broschüre verwendeten schwarz-weiß Portraits wurden von dem Verein „Fachwerkkirche Tuchen“ bereitgestellt.

Im Rahmen des Projektes „WIR von HIER“ ließen sich Bewohner_innen der Gemeinde Breydin (Brandenburg) –Urgesteine, Zugezogene oder Heimgekehrte – vom Fotografen Frank Günther aus Bernau auf oder vor ihrem Grundstück fotografieren. 80 Familien aus den drei Ortsteilen Tuchen, Kobbicke und Trampe beteiligten sich.

Die Idee war, eine Dokumentation mit Bildern zu schaffen, die zur Stärkung und Bewahrung

einer historischen und regionalen Identität beiträgt. Kunst und Kultur dienen hierbei als Bindeglied zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit der Ausstellung wurde ein Prozess des Kennenlernens in Gang gesetzt, Kommunikation und Kreativität gefördert und damit das Gemeinschaftsgefühl gestärkt.

Es folgten diverse Ausstellungen und eine gewisse überregionale Bekanntheit – und damit auch eine gesteigerte Selbstidentifikation der Bewohner_innen mit ihrem Ort.

www.fachwerkkirche-tuchen.de/seite/81285/wir-von-hier.html

als wesentliche Ergänzung der kommunalen Daseinsvorsorge, als Haltefaktor, der das Leben auf dem Lande lebenswert macht.

Es geht nicht immer so gut aus. Es gibt Landstriche, in denen zivilgesellschaftliche Infrastrukturen wie Vereine kaum mehr die Kraft haben, das Ruder noch herumzureißen. Und wir kennen reiche Gemeinden, die keinen lebendigen Dorfkern mehr haben, weil sich die Menschen in ihren teuren Häusern hinter Thuja-Hecken verschanzen und der Einkauf sich zum neuen Outlet-Zentrum auf der grünen Wiese verlagert hat.



Was macht den Unterschied aus?

Es ist nicht nur die Einkommenssituation, nicht nur die Abwanderung, es zählen nicht allein Infrastrukturen wie Arztpraxen oder Postfilialen. Es ist vor allem die Engagementbereitschaft der Bürger_innen und die Stabilität der zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen, zum Beispiel der Vereine und Kirchengemeinden, sowie die Bereitschaft, das neue Wohnumfeld als Zuhause anzunehmen, für sich und die Kinder.

Thomas Klie¹ hat vier Dimensionen unterschieden, die zu einer lebendigen Zivilgesellschaft beitragen: Das bürgerschaftliche Engagement soll die Verwurzelung in den Traditionen und in dem Brauchtum des Ortes stärken, die seine Besonderheit ausmachen. Es soll zugleich offen sein für Innovationen, etwa die Neugründung eines Flüchtlingshelfer_innenkreises, die Neubürger_innen integrieren können. Bürgerschaftliches Engagement muss zudem Gemeinschaft und Beheimatung ermöglichen, indem es ein stabiles Netzwerk vertrauensvoller, freiwillig eingegangener Beziehungen erzeugt. Überdies muss den Einzelnen die Möglichkeit der Selbstverwirklichung

¹ In einem Vortrag auf dem ersten Deutschen EngagementTag, 3. – 4. November 2016 in Berlin.



gegeben sein, ohne dass dies gleich von der Gemeinschaft misstrauisch beäugt wird. Wenn das bürgerschaftliche Engagement eines Dorfes Gemeinschaft und Selbstausdruck, Tradition und Innovation, Offenheit und Verbundenheit gut ausbalanciert, dann ist es gegenüber widrigen Zeitläufen und gegen antidemokratische Affekte widerstandsfähiger. Das war eine der wesentlichen Einsichten des amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey, der betonte, wie wichtig für die Stabilität der Demokratien im Großen Ganzen ein vitales zivilgesellschaftliches Leben vor Ort ist. Die Sphäre des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, die er *common* nennt, wird so zur Grundlage, politische Probleme in der Öffentlichkeit (*public*) friedlich bewältigen zu können.

John Deweys Erkenntnisse könnten durch aktuelle Fallstudien untermauert werden: Wie unterschiedlich reagiert eine starke Zivilgesellschaft mit vielen traditionellen Vereinen etwa auf rechtsradikale Übergriffe? Man vergleiche das oberbayerische Zorneding, in dem ein schwarzer Pfarrer rassistischen Schmähungen ausgesetzt war, mit dem sächsischen Heidenau, in dem ankommende Flüchtlinge tätlich angegriffen wurden. In einem Fall steht eine ganze Dorfgemeinschaft auf und demonstriert für Toleranz, im anderen Fall müssen erst überörtliche Institutionen intervenieren, um für Frieden zu sorgen. In einem Fall finden wir eine dichte Vereinslandschaft, ein enges Verhältnis zu den Kirchengemeinden – auch wenn man selbst nicht gläubig ist, so lässt es doch niemanden unberührt, wenn der Pfarrer angegangen wird. Im anderen Fall eine nach der Wende nicht organisch gewachsene und deshalb anfällige zivilgesellschaftliche Organisationskultur, die rechten Anfeindungen kaum etwas entgegensetzen kann, ja, die selbst anfällig für rechtsradikale „Imprägierung“ ist und damit noch mehr an Offenheit einbüßt.

Unterstützende Rahmenbedingungen

So unterschiedlich die Ausgangssituationen vor Ort sind, kristallisieren sich durch die vielen guten Beispiele doch einige Erfolgsfaktoren heraus, die ein lebendiges Gemeinwesen stärken. Besonders gut lassen sich diese mit einer ermöglichenden „Beziehungskultur“² zusammenfassen, die auf kommunaler Ebene nicht weniger bedeutet als ein besonderes Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Statt „Verwaltungsgeist“³ herrschen zu lassen, in dem die Bürger_innen und ihre Belange verwaltet werden, geht es um eine (Re-)Vitalisierung des kommunalen Lebens.

Was so einfach klingt, bedeutet im praktischen Leben, unterschiedliche Handlungslogiken – Verwaltungshandeln, die politische Orientierung an Legislatur- und Wahlperioden sowie bürgerschaftliche Lebensentwürfe und Wunschvorstellungen – zusammenzubringen und auch ein Verständnis für unterschiedliche Handlungsweisen aufzubringen. Dies „passiert“ – angesichts zunehmender

² Hüther, Gerald 2013: Kommunale Intelligenz. Hamburg, S. 9.

³ Ebd., S. 45.

Politikverdrossenheit und mangelnden Politikverständnisses vonseiten der Bürgerschaft, der Überlastung vieler Kommunalverwaltungen und einem zunehmenden Druck durch Kontrolle und Evaluation von politischen und administrativen Entscheidungen – immer weniger „von selbst“. Es erfordert eine aktive Moderation zwischen unterschiedlich motivierten Handlungsweisen und macht Umdenkprozesse auf allen Seiten erforderlich:

- Verwaltung muss eine Kultur der Beteiligung schaffen und Mitwirkung – auch institutionell – ermöglichen;
- Politiker_innen müssen koordinieren und managen oder sich entsprechende Expert_innen hierfür mit ins Team holen;
- und die Bürgerschaft muss Mitwirkung als eine Möglichkeit der Sicherung und Gestaltung von Lebensqualität in ländlichen Räumen begreifen.

Zwei Orte in Bayern, in denen Grundlagen für ein lebendiges Gemeinwesen gelegt wurden, befinden sich z. B. in Oberbayern und in Oberfranken.

Mitmach-Kultur

Demokratie funktioniert nur durch Mitsprache – davon war und ist Michael Pelzer, ehemaliger Bürgermeister der kleinen oberbayerischen Gemeinde Weyarn (3.400 Einwohner_innen), überzeugt. Diese Mitsprache ist in Weyarn zur Mitmach-Kultur geworden. Begonnen hat der Prozess der Bürgerbeteiligung mit der Aufnahme der Gemeinde in das bayerische Dorferneuerungsprogramm. Bereits 1993 wurden die Wurzeln für das gelegt, was bis heute wirkt. Die Beteiligungsinstrumente der Dorferneuerung wurden weiterentwickelt, immer mit dem Ziel vor Augen, den üblichen kommunalpolitischen Entscheidungswegen eine ergänzende, von den Einwohner_innen getragene Entscheidungsfindung gleichberechtigt zur Seite zu stellen. Die Leitsätze für die Gemeindeentwicklung sind dabei: „Wir wollen ländlicher Raum bleiben“ und „Wir planen die Zukunft mit dem Bürger“. Inzwischen engagieren sich insgesamt über 200 Akteur_innen in den zwölf Arbeitskreisen⁴ der Gemeinde. Die Sitzungen der Arbeitskreise finden öffentlich statt, gegenüber der Gemeinde herrscht Protokollpflicht, und die Arbeitskreise bringen ihr jeweiliges Budget in die Haushaltsplanung der Gemeinde ein. Der Gemeinderat als gewähltes Gremium hat dabei in Haushaltsfragen das letzte Wort. Diese Aufgaben und Pflichten von Kommune und mitwirkenden Bürger_innen sind in der „Mitmach-Satzung“ verankert, die 2008 vom damaligen Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde.

Außerdem stellt die Gemeinde den Arbeitskreisen eine hauptamtliche Unterstützung an die Seite: Eine Koordinationsstelle im Rathaus sorgt für den Informationsfluss zwischen Politik, Verwaltung und Bürger_innen, ist Anlaufstelle und unterstützt die Arbeitskreise. Ein wichtiger Baustein im „Weyarner Weg“ ist auch das Steuerungsgremium, das aus Gemeinderäten und Vertreter_innen der Arbeitskreise besteht und das alle sechs Jahre in einer eigenen Bürgerversamm-

⁴ Themen der 12 Arbeitskreise sind z. B.: Altersplanung, Asyl, Bücherei, Energie & Umwelt, Jugend, Verkehr und Ortsbild.

lung gewählt wird. Dieses Gremium stimmt die Projektvorhaben der Arbeitskreise aufeinander ab, besitzt Antrags- und Rederecht im Gemeinderat und fungiert damit als Bindeglied zur Kommunalpolitik.

Bei dem Aufbau von Beteiligungsstrukturen gilt es auch, eine Verstetigung der Beteiligung im Auge zu behalten und sie von einzelnen Hauptpersonen unabhängig zu machen. Die Beteiligung als „Mitmach-Satzung“ in der Gemeindeordnung zu verankern und sie damit selbstverständlich zu machen, ist sicherlich ein bedeutender Schritt und erleichtert ihre Fortführung unabhängig von amtierenden Bürgermeister_innen und Gemeinderät_innen.

Die Weyarner Mitmach-Kultur erfordert in jedem Fall ein verändertes Verständnis von Gemeinderat und Verwaltung, die den Arbeitskreisen Kompetenzen zugestehen und Bürger_innen, die mitwirken wollen, nicht als „Störfaktoren“ wahrnehmen, sondern als Bereicherung und Motoren der Demokratie. Michael Pelzer sieht den Gemeinderat nicht als „Parlament“, sondern als „Entwicklungsagentur“, die Beteiligungsplattformen schafft, bei entsprechender Rückkopplung an die gewählten Gemeinderäte.

Einem Bildungsauftrag der Gemeinde in Sachen Demokratie wird Weyarn auch dadurch gerecht, dass schon die Kinder in regelmäßigen Kindergemeinderatssitzungen lernen, wie Demokratie funktioniert und dass ihre Meinungen in Entscheidungsprozesse mit einfließen können.

Eine Stadt bietet Rechtsextremen die Stirn

Einen ganz konkreten Anlass, für Demokratie und damit verbundene Werte einzutreten, hat Wunsiedel erlebt. Denn seit dort 1987 eine Grabstätte für Rudolf Heß errichtet wurde, erlebte die oberfränkische Kleinstadt (9.200 Einwohner_innen) regelmäßig Aufmärsche von Neonazis. Trauriger Höhepunkt war der Sommer 2004, als rund 4.500 Rechtsextreme aus ganz Europa aufmarschierten. Verbände, Parteien und Initiativen organisierten Gegenveranstaltungen sowie eine Sitzblockade der Gegendemonstrierenden, an der sich in vorderster Reihe auch führende Kommunalpolitiker_innen, wie z. B. der Wunsiedler Bürgermeister Karl Willi Beck beteiligten. Nicht zuletzt durch diese medienwirksame Aktion gelang es, den Fokus der Berichterstattung auf den Protest gegen die Rechtsextremen und nicht auf ihren Aufmarsch zu lenken und damit die politisch aktive Gemeinde sichtbar zu machen.

Im gleichen Jahr wurde auch die Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt – nicht braun“ als überregionales Sprachrohr für die Situation in Wunsiedel gegründet. Das Netzwerk „Wunsiedel ist bunt“, wie die Initiative seit 2016 heißt, bringt die verschiedenen Akteur_innen gegen Rechtsextremismus zusammen, vernetzt sie und stärkt dadurch ihr Engagement. Für das langjährige und erfolgreiche Engagement gegen Rechtsextremismus erhielt die Initiative im Oktober den Sonderpreis des diesjährigen Bürgerpreises des Bayerischen Landtages.

Gerade in strukturschwachen Regionen, in denen es Rechtsextremist_innen erfahrungsgemäß leicht fällt, mit wenig Engagement

sehr viel Wirkung zu erzielen, bedarf es vernetzter und abgestimmter Aktivitäten und Gegenmaßnahmen. Die Aktivitäten des Netzwerks „Wunsiedel ist bunt“ lassen sich dabei u. a. beschreiben als eine „(...) gelungene Mischung aus konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation (...)“⁵ sowie einer großen Unterstützung durch die Kommunalpolitik. Dass in Bad Alexandersbad, einem Nachbarort, die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ geschaffen wurde, zeigt, dass es Wunsiedel gelungen ist, eine demokratiestärkende Kraft zu entwickeln und entsprechend das „(...) Image Wunsiedels für die dauerhafte Aufgabe einer Vernetzung zahlreicher lokaler Initiativen gegen Rechtsextremismus zu nutzen“⁶.

Eine besonders kreative Form des Protests gegen Rechtsextremismus in der Region Wunsiedel fand 2014 statt, als man, gemeinsam mit der Rechts gegen Rechts-Initiative, rund 250 Neonazis zum „unfreiwilligsten Spendenlauf Deutschlands“ begrüßte. Für jeden von einem Neonazi zurückgelegten Meter gingen festgelegte Spenden von Unternehmen und Bürger_innen an das Aussteigerprogramm Exit-Deutschland. Die Strecke wurde durch Banner mit motivierenden Sprüchen und eine Start- und Ziellinie optisch in eine Sportveranstaltung verwandelt. 10.000 € wurden dadurch „erlaufen“.

Beteiligung lohnt sich – für alle Beteiligten

Über alle Beispiele hinweg wird deutlich – es ist wichtig, dass Engagierte die Wirksamkeit ihrer Beteiligung erfahren, Beteiligungsprozesse dürfen nicht nach den ersten Schritten im Sande verlaufen. Dazu braucht es auch einen langen Atem, gegenseitiges Verständnis auf allen Seiten und ein gemeinsames Ziel: das Gemeinwesen vor Ort zu stärken. Und die Menschen müssen spüren, dass ihre Selbstorganisation Entwicklungen vor Ort positiv beeinflussen kann.

Die hier beschriebenen Beispiele belegen, dass sich das Engagement aller Beteiligten lohnt. Und auch die klassischen Instrumente der Demokratie können gewinnen. Mit 70,2% lag die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in Weyarn auch 2014 über dem bayerischen Durchschnitt (55,0%).

Dr. Thomas Rübke,
Vorsitzender des Sprecher_innenrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V.

Danielle Rodarius,
Mitarbeiterin im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V., Ansprechpartnerin für die Projekte „Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern“ und „RENN.süd“ (Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien)

⁵ Kohlstruck, Michael 2013: Der Wunsiedler Weg. In: Hasse, J./Rosenthal, G./Twisselmann, J. (Hrsg.): Wunsiedel ist bunt – nicht braun! Die Auseinandersetzungen um das Heß-Grab verändern die politische Kultur. Bad Alexandersbad/Berlin, S. 134.

⁶ Ebd., S. 139.



Rettet das Dorf und seine demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten (im Staatsaufbau!)

PROF. DR. GERHARD HENKEL
Der Beitrag basiert weitgehend auf dem gerade erschienenen Buch von Gerhard Henkel 2016: *Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist.* München: dtv.

Einführung

Seit den 1950er-Jahren sind die Dörfer immer leerer geworden: an Menschen, an Arbeitsplätzen, an Schulen, Gasthöfen, Läden, Bankfilialen und neuerdings auch an Kirchen. Die Jugendlichen wandern ab, die Älteren bleiben allein zurück. Ein Teufelskreis von realen Verlusten und schlechter Stimmung prägt zehntausendfach das Dorfleben. Für viele Bewohner_innen und Beobachter_innen befindet sich das gegenwärtige Dorf eindeutig in einer Abwärtsbewegung. Nicht wenige sprechen von einer Existenzkrise des Dorfes. Nüchterne bis verzweifelte Ausrufe sind zu hören: „Wir haben doch keine Perspektive mehr!“

Das Dorf ist also in großer Gefahr, weil es zunehmend Schwachstellen und Fehlentwicklungen aufweist, weil es zu viel Ohnmachtsgefühle und Resignation in der Bürgerschaft und Kommunalpolitik auf dem Lande gibt – und zu viel falsche Weichenstellungen in den Zentralen von Politik und Gesellschaft. Angesichts gravierender Probleme fragen sich Politiker_innen, Expert_innen und Bürger_innen immer häufiger, ob und wie es überhaupt noch gelingen kann, das Dorf lebensfähig zu halten und zukunftsfähig zu machen.

Im Kontrast dazu sind aber auch unzählige Aktivitäten und Erfolgserlebnisse in den Dörfern zu beobachten, die verdeutlichen, dass noch längst nicht alles verloren ist. Generell hat das Dorf mit dem Wandel nicht nur vieles verloren, sondern auch Wertvolles gewonnen. Durch Bildung und Mobilisierung ist die Bevölkerung heute wohlhabender, liberaler und weltoffener – Dorfbewohner_innen sind Globetrotter_innen geworden. Die ehemals schroffen Abgrenzungen und Anfeindungen zwischen sozialen Schichten, Katholik_innen und Protestant_innen oder Alt- und Neubürger_innen sind (fast) vorbei. Ländliche Lebensstile sind in, das Dorf wird grundsätzlich von seinen Bewohner_innen wie von großstädtischen Besucher_innen geliebt.

Die Zukunft des Dorfes entscheidet sich auf zwei verschiedenen Ebenen: der „unteren“, die überwiegend von ihren Bürger_innen und der Kommunalpolitik gestaltet wird, und – ebenso wichtig – der „oberen“ Ebene in den urbanen Zentralen von Politik und Gesellschaft, wo ebenfalls direkt oder subtil Dorfentwicklung betrieben wird. Auf beiden Ebenen werden Weichen gestellt, gibt es Fehlentwicklungen und Versäumnisse. Im Folgenden werden nun einige wesentliche Schwachstellen der Dorfentwicklung



aufgezeigt, die sowohl „unten“ als auch „oben“ verursacht werden. Nach den Diagnosen werden jeweils auch konkrete Strategien und Möglichkeiten des Umsteuerns präsentiert.

Strategien und Beispiele für Verbesserungen „von unten“ auf der Dorf- und Gemeindeebene

Hier stehen die Dorfbewohner_innen und Kommunalpolitiker_innen im Mittelpunkt der Betrachtung. Ausgehend von den gegenwärtigen Schwächen, Versäumnissen und Fehlentwicklungen des Dorfes werden konkrete Beispiele und Ideen aufgezeigt, wie in vielen Dörfern Deutschlands durch kommunale und bürgerschaftliche Aktivitäten dem Abwärtstrend getrotzt wird, wie Läden gerettet oder ein neuer Aufschwung durch innovative Bürgervereine angezettelt werden. Die Beispiele sollen anregen, aufwecken und Hoffnung machen, dass Stagnation und fehlendes Selbstbewusstsein nicht von Dauer sein müssen, dass Bürger_innen und Kommunen in vielen Orten aber auch mehr als bisher tun können und müssen, um ihr Dorf aus einer weiteren Abwärtsspirale zu retten.

Die Hauptbotschaft für die Dorf- und Gemeindeebene lautet: Sowohl die Bürger_innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Bürger_innen und Kommunen müssen auf Augenhöhe und kooperativ miteinander umgehen, um Erfolg zu haben.

Vereine

Die Vereine gelten als ein „deutsches Erfolgsmodell der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation“¹. Sie spielen im Gemeinschaftsleben des Dorfes von alters her und auch heute eine herausragende Rolle, wie zum Beispiel die Feuerwehr und der Schützenverein. Man übertreibt kaum, wenn man sagt: Das Dorf lebt wesentlich durch seine Vereine. Nachdem die Schulen und die Kirchen sich immer mehr aus den Dörfern zurückziehen, sind die Vereine hier zunehmend zum wichtigsten lokalen Bildungsträger aufgestiegen. In den Vereinen treten die jungen Menschen in die Öffentlichkeit, dort lernen sie die Grundregeln des Miteinanders und des Gemeinwohldenken.

Große Vereine wie Sport-, Karnevals- oder Schützenvereine haben oft mehr als 500, manchmal sogar über 1000 Mitglieder. In mittelgroßen Dörfern mit ca. 1.000 Einwohner_innen finden sich heute im Durchschnitt 20 verschiedene Vereine, in großen Dörfern ab 1.500 Einwohner_innen sind 30 und mehr Vereine keine Seltenheit. Doch auch in der dörflichen Vereinswelt gibt es zunehmend Krisensymptome: Vorstands- und Trainingsämter sind immer schwerer zu besetzen, Fußball-, Handball- oder Tischtennisvereine bekommen ihre Mannschaften nicht mehr voll, Schützenfeste müssen ohne König und Hofstaat auskommen.

Die sich heute in vielen Dorfvereinen zeigenden Defizite und Schrumpfungen haben sowohl gesamtgesellschaftliche Ursachen – wie Individualisierung, Mobilisierung und Ubiquität – als

¹ Rüschemeyer, Roswitha 2014: Kommunen und Vereine – eine Beziehung im Wandel. Wie kommunale Engagementpolitik Vereinsentwicklung (be-) fördern kann. In: Mitteilungen, Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum, H. 48/ Okt. 2014, S. 4.

auch vereins- und dorfeigene Gründe. Die Stabilisierung oder Revitalisierung der Dorfvereine kann im Wesentlichen nur auf der Dorf- und Gemeindeebene erfolgen. Dies muss der dörflichen Bürgerschaft, aber auch den ländlichen Kommunen bewusst werden. Die Vereine brauchen also dringend mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung, damit sie erkennen, dass ihre Arbeit auch wirklich geschätzt und gewürdigt wird. Vonnöten ist eine neue und wirklich gelebte Anerkennungskultur. Diese stützt sich heute nicht mehr auf früher wichtige Begriffe wie Pflichterfüllung und Ehre, sondern darauf, dass die Vereine sinn- und wertvolle Dienstleistungen für die Gemeinschaft erbringen und zugleich auch vielen



Bürger_innen die Möglichkeiten des Mitmachens und Mitgestaltens geben. Die Vereine schaffen mit ihren Vorständen die Vorleistungen und den Rahmen für eine möglichst breite und demokratische Mitmachkultur, die von den Bürger_innen und der Kommune geschätzt und unterstützt wird. Dies ist übrigens nicht nur eine Vision für eine ferne Zukunft, sondern in zahlreichen Vereinen und Dörfern bereits gelebte Praxis.

Das Dorf braucht lebendige Vereine. Die Vereine brauchen die stabile und stete Mitmachbereitschaft und Unterstützung durch die Bürger_innen und die Kommune. Der große Mehrwert, den die Vereine für die Dorfgemeinschaft erbringen, kann nur durch ein ständiges Geben und Nehmen von möglichst vielen

Dorfbewohner_innen und kommunal Verantwortlichen aufrechterhalten werden. Aber auch der Staat in Gestalt des Bundes und der Länder kann das Engagement der Bürger_innen in den Vereinen noch viel mehr als bisher unterstützen. Er kann zum Beispiel bürokratische Hürden abbauen, unter denen viele Vereine und Vorstände leiden.

Bürgervereine

Seit etwa 10–15 Jahren ist in Deutschlands Dörfern ein Gründungsboom von neuen Bürgervereinen zu beobachten, die integrativ zwischen oder über den traditionellen Dorfvereinen angesiedelt sind. Sie übernehmen übergreifende gesamt-dörfliche Aufgaben und befassen sich mit Fragen und Problemen, die bisher neben den Spezialinteressen der bestehenden Vereine liegen geblieben waren. Wer kümmert sich um das anstehende Dorfjubiläum? Wer um den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“? Wer um die Fürsorge der älteren, gebrechlichen und alleinstehenden Menschen? Wer um die drohende Schließung von Schule, Kirche oder Gasthof? Wer um das leer stehende Baudenkmal? Wer um den vernachlässigten Bachlauf? Wer um den fehlenden Spielplatz? Wer um den Fortbestand der traditionellen Dorfkirmes? Wer beschäftigt sich intensiv mit der zukünftigen Entwicklung des Dorfes?

Die neuen Dorfvereine tragen meist schon aussagekräftige Namen, wie z. B. „Ollarzried aktiv“, „Bürgerverein Upsprunge“, „Interessengemeinschaft Golzheim“, „Leben in Espeln“, „Förderverein Dorfkirche Altkünkendorf“, „Förderverein Unser Westheim“, „Unser Dorf hat Zukunft Schönstadt“, „Pro Fürstenberg“, „Eiskeller Haindling“, „Bürgernetzwerk Dedinghausen“, „Aufschwung Etteln“ oder „Wir für uns in Oberveischede“. Die neuen Bürgervereine entstehen meist bei konkreten Gefährdungen oder Verlusterfahrungen. Sie reagieren offenbar auch auf die verlorene kommunale Selbstbestimmung und übernehmen in gewisser Weise die Aufgaben der früheren Bürgermeister_innen und Gemeinderät_innen. Von den tausendfachen positiven Beispielen aus der ganzen Republik sind hier nun ein paar aufgezeigt.

Ein typisches Beispiel, in dem eine Dorfgemeinschaft ein von der Kommune aufgegebenes Infrastrukturangebot übernimmt, bietet das 1.500-Einwohner_innen-Dorf Atteln. Im Jahr 2004 musste das ehemals kommunale Freibad aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Die Bewohner_innen von Atteln wollten sich damit nicht abfinden und suchten intensiv nach Möglichkeiten, das Bad zu erhalten und zugleich attraktiver zu machen – für das Dorf und die ganze Umgebung. 500 Bürger_innen schlossen sich zu dem neuen Verein „Naturbad Atteln“ zusammen, man entwickelte ein Konzept und packte an – mit über 13.000 ehrenamtlichen Stunden. Es wurden drei Becken gebaut: eines mit Sprungturm und 25-Meter-Bahn für sportliche Ansprüche, eines für Nichtschwimmer_innen und eines für Mütter/Väter mit Kleinkindern. Alle drei sind chlorfrei und werden ausschließlich von der Sonne beheizt. Das Dorf ist heute stolz auf sein Naturbad, das ein Bürgerverein trägt.

2012 wurde im 850-Einwohner_innen-Dorf Freientseen, Gemeinde Laubach, der Bürgerverein „Vogelsberger Generationennetzwerk/Nachbarschaftsfamilie“ gegründet. Dieser Verein, der bereits nach wenigen Wochen 140 Mitglieder hatte, befasst sich mit den Kernwünschen vieler älterer Dorfbewohner_innen, die auch im Alter im vertrauten Ort wohnen bleiben möchten, dort aber oft keine eigene Familie mehr haben, weil die Kinder weggezogen sind und woanders leben oder, weil sie keine Kinder oder Verwandte haben. Für viele dieser allein lebenden Menschen hat deshalb die Nachbarschaft häufig die Funktion einer Abstammungsfamilie übernommen, und so entstand die Vision der „Nachbarschaftsfamilie“, in der man sich begegnen, sich helfen und gegenseitig informieren kann.

Das erste große Projekt dieses Bürgervereins ist die „Dorfschmiede Freientseen“, wozu bereits 2012 eine gemeinnützige GmbH „Dorfschmiede“ gegründet wurde. In der Dorfmitte von Freientseen wird nun seit 2013 ein schon länger leer stehendes, denkmalgeschütztes Fachwerkensemble revitalisiert und zu einem „Haus der



Begegnung“ ausgebaut. Dieses erhält ein komplexes altersgerechtes Angebot: einen Tagespflegebereich mit 12 Plätzen, einen Dorfladen (es gab keinen mehr im Ort), betreutes Wohnen, Begegnungsstätte mit Café, Demenzbetreuung zum physischen und mentalen Fithalten älterer Menschen. Zentraler Ort der „Dorfschmiede“ wird eine Küche sein, in der gemeinsam gekocht und gegessen werden kann. „Dann schmeckt’s auch wieder“, ist sich Ulf Häbel sicher, der als pensionierter Pfarrer und Hobbylandwirt das Projekt „Nachbarschaftsfamilie“ initiiert und als Motor begleitet hat. Oft hat er die Klagen gehört von den Alten, die jeden Tag allein und appetitlos am Tisch sitzen, vor sich eine eingeschweißte Mahlzeit, die das „Essen auf Rädern“ auf die Treppe gestellt hat. Sein Motto lautet: „Wir buchstabieren A-L-T nicht: Arm, Lahm und Teuer, sondern: Am Leben Teilhaben – bis zum Schluss!“²

² Ziorkewicz, Gregor
2013: Wir packens an. Im hessischen Freisenen arbeiten Nachbarn an einem Begegnungszentrum – und an ihrer Zukunft als familiäre Dorfgemeinschaft. In Diakonie Magazin Hessen und Nassau. H. 1/2013
Leben im Alter. Außerdem Gespräch mit Ulf Häbel im Januar 2016.

Die „Dorfschmiede Freisenen“ steht inzwischen kurz vor der Fertigstellung und ist schon jetzt ein nachahmenswertes Beispiel für die innovative Vision und Kraft einer Dorfgemeinschaft und einer klugen und charismatischen Führungspersönlichkeit.

Seit Anfang 2015 läuft im Saarland das Projekt „Bohntaler Selbermacher“, an dem sich die fünf Dörfer Lindscheid, Neipel, Überroth-Niederhofen, Scheuern und Dorf aus den Gemeinden Tholey und Lebach beteiligen. Man pflegt hier alte Kulturtechniken, um die traditionelle Eigenwirtschaft im Obst- und Gartenbau, in der Tierhaltung und im Handwerk, beim Brotbacken und Haltbarmachen von Lebensmitteln u. a. wieder heimisch werden zu lassen und an die nächste Generation weiterzugeben. Man verfolgt ökologische, kulturelle und soziale Ziele und will damit auch die dörfliche Identität stärken.



Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen

Die Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert und erweitert. Früher ging es den Bürgermeister_innen und Landrät_innen im ländlichen Raum vorwiegend um neue Gewerbe- und Baugebiete, um Wasser- und Abwasserversorgung sowie um das kommunale Wegenetz. Heute steht eher die Bekämpfung und Steuerung von Schrumpfungsprozessen im Vordergrund. Zunehmend wird die innere, vor allem soziale Infrastruktur der Dörfer – Kinderbetreuung; Schule; ärztliche Versorgung; Pflege und Betreuung von Senior_innen, Kranken und Behinderten; Vereine; Einkaufs-, Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangebote – zum harten und bestimmenden Standortfaktor, und nach dem Sozialstaatsprinzip stehen Staat und Kommunen hier in der Verantwortung.

Nach einer Initiative aus dem Bundesfamilienministerium soll sich das Dorf umfassend, das heißt auch sozial und pädagogisch, zu einer

selbstverantwortenden „sorgenden Gemeinschaft“ entwickeln. Dies ist ein ganz wichtiges Leitbild für das Dorf! Wer soll dies vor Ort in die Hand nehmen, organisieren? Auch hier kommt in erster Linie die Gemeinde als Ansprechpartner, Anlaufstelle oder Dorfmanager ins Spiel. Auch nach Auffassung des Deutschen Landkreistages müssen die Kommunen in Zukunft eine stärkere Verantwortung für die pflegerische Versorgung der lokalen Bevölkerung übernehmen.³

Bürgerkommune

Wie können und sollen die umfassenden und hohen Erwartungen an die ländliche Kommunalpolitik erfüllt werden? Die große Hoffnung und das neue Leitbild heißt Bürgerkommune. Eine präzise Beschreibung gibt Karl-Christian Schelzke, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes: „Keine der großen kommunalen Herausforderungen kann ohne die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie ohne neue Formen der Kooperation und Vernetzung bewältigt werden. Es gibt für die Zukunftsfragen unserer Gemeinden keine Generallösung. Im Mittelpunkt müssen die Menschen jeder einzelnen Kommune mit ihren Bedürfnissen und Interessen stehen. Wir beobachten als kommunaler Spitzenverband einen Paradigmenwechsel in der Politik. Die Bewegung geht weg vom abstrakten Bürger, von der Bürgerschaft als Objekt, als Planungsgröße, mitunter als Störfaktor, hin zum agierenden, zum aktivierten Citoyen, hin zur Bürgerkommune.“⁴

Zu den vorbildlichen Landgemeinden, in denen das Prinzip der Bürgerkommune schon seit etwa 15 Jahren entwickelt wird, gehört Weyarn in Oberbayern. Dessen langjähriger Bürgermeister Michael Pelzer beschwört den „Weg der Bürgergesellschaft“, der vom Geist der Freiheit und Solidarität getragen wird, von der Lust, sich einzumischen in die öffentlichen Angelegenheiten, vom Bewusstsein, nicht Kunde/Kundin, sondern Mitgestalter_in des gemeindlichen Lebens zu sein. In der 3.400-Einwohner_innen-Gemeinde engagieren sich 200 bis 300 Bürger_innen direktdemokratisch in Bürgerwerkstätten und Arbeitskreisen und sind dabei gleichwertige Partner_innen von Bürgermeister, Rat und Verwaltung.⁵

Am Anfang stand eine umfangreiche Bestandsaufnahme dessen, was Weyarn ist und in Zukunft sein will. Und Weyarn wollte vor allem nicht in den Sog der Verstädterung durch den Raum München geraten, sondern legte vielmehr Wert auf den Erhalt seiner ländlichen Eigenart und Lebensqualität. So wurde u. a. ein Autohof verhindert, ein neues Schulhaus errichtet, ein Dorfladen gegründet, ein 4,5 km langer Kulturpfad geschaffen, eine Dorfchronik mit bisher fünf Bänden herausgegeben, eine Senior_innen-Hilfsbörse mit 25 Helfer_innen aufgebaut und eine ehrenamtlich geführte Bücherei mit 22 Mitarbeiter_innen eingerichtet.

Das Leitbild der Bürgerkommune hat sich in Politik und Wissenschaft offiziell durchgesetzt. Aus staatlich-politischer Sicht gilt das bürgerschaftliche Engagement als tragende Säule eines demokra-

³ Vorholz, Irene 2015: Kommunale Verantwortung für die pflegerische Versorgung. In: Ländlicher Raum. H. 3/2015, S. 22–26.

⁴ Schelske, Karl-Christian 2014: Kommunaler Schutzschirm und freiwillige Leistungen. In: Mitteilungen, Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum. H. 47/2014, S. 3.

⁵ Schwarz, C. 2012: Dorfschule der Demokratie. In: Wirtschaftswoche. H. 4/2012, S. 106–108.

tischen, sozialen und lebendigen Gemeinwesens. Zugleich sind die Kommunen offenbar mehr denn je auf das Mitdenken, Mitgestalten und Mitmachen ihrer Bürger_innen angewiesen.

Wie sieht nun die Realität in den Landgemeinden aus? Zwischen den hochgesteckten Leitbildern in politischen Sonntagsreden und der Wirklichkeit vor Ort bestehen krasse Gegensätze, das Fazit der Expert_innen fällt sehr nüchtern aus: Obwohl der Siegeszug der Bürgerbeteiligung unaufhaltsam scheint, gibt es generell kaum Fortschritte und zu viel Brüche, Widerstände und Stagnation zwischen Politik, Verwaltung und Bürger_innen⁶. Politik und Verwaltung bremsen, es existieren zu viele Hürden und zu wenig Spielräume fürs bürgerschaftliche Mitwirken. Grundsätzlich werden kleinen (ländlichen) Kommunen bessere Voraussetzungen zugesprochen, die Bürger_innen zu erreichen. Vielleicht kann das Dorf hier sogar eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft übernehmen. Der bekannte Neurobiologe Gerald Hüther ist davon überzeugt. Für ein gutes Gelingen von gesellschaftlichem Mitwirken brauchen wir allerdings – so Hüther – eine neue Kultur der respektvollen Begegnung auf Augenhöhe zwischen allen Akteur_innen.⁷

Das bewährte Leitbild, das Dörfer und Landgemeinden stark macht, heißt Geben und Nehmen. Sowohl die Bürger_innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Bürger_innen und Kommunen müssen kooperativ und auf Augenhöhe miteinander umgehen, um Erfolg zu haben.

Die Schwächung und Fremdbestimmung des Dorfes „von oben“ durch die Zentralen in Politik und Gesellschaft: Anregungen und Beispiele für Verbesserungen

Dorf und Land leiden in vielfacher Hinsicht unter der Fernsteuerung durch zentrale Institutionen in Politik und Gesellschaft, die der „Provinz“ nicht selten mit einer Mischung aus Ignoranz und Arroganz gegenüberstehen. Neben den zentralen Fachpolitiken ist es vor allem die Raumordnung, die mit dem ländlichen Raum seit Jahrzehnten fremdelt. Dies zeigt schon die Tatsache, dass die Begriffe Land und Dorf weder im Namen der Ministerien noch der zugeordneten Behörden – z. B. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – auftauchen.

Raumordnung

Die Raumordnung hat seit den 1970er-Jahren durch wiederholte kommunale Gebietsreformen (ein harmloser Begriff, der suggeriert, dass etwas verbessert wird) dem Land massiven Schaden zugefügt. Mithilfe des Zentrale-Orte-Modells wurden in Deutschland über 20.000 Dorfgemeinden per Gesetz aufgelöst, das heißt entmachtet und zu einer demokratischen Wüste gemacht. Sie wurden gegen ihren Willen in

⁶ Eine besonders kritische Bilanz zur Bürgerbeteiligung ziehen vor allem Klaus Selle: *Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte.* Detmold 2013. Und: Harris Tiddens: *Wurzeln für die lebende Stadt.* München 2014.

⁷ Gerald Hüther in seinem Vortrag „Kommunale Intelligenz. Das Dorf umdenken“ bei einer Dorfkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung am 12.05.2016 im Gutshof Rethmar bei Hannover. Vgl. auch dessen Buch *Kommunale Intelligenz.* Hamburg 2013.



Groß- bzw. Einheitsgemeinden gedrängt. In über 20.000 Dörfern wurde das in Jahrhunderten gewachsene und bewährte Verantwortungs- und Handlungszentrum mit Bürgermeister_innen und Gemeinderät_innen beseitigt. Insgesamt hat man mit dieser „Reform“ auf dem Land über 300.000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker_innen beseitigt, d. h. in private Hobbies geschickt. Das Signal der Reform an die Hundertausenden: Wir brauchen Euch nicht mehr, wir brauchen das lokale Nachdenken, Verantworten und Handeln nicht mehr, wir brauchen die lokale Demokratie nicht mehr. Die Bewohner_innen der eingemeindeten Dörfer haben die Botschaft verstanden und sich zurückgezogen. Die eingemeindeten Dörfer, die bis heute als „vollständige Orte“ in der Landschaft liegen, wurden zu „Ortsteilen“ degradiert, was schon eine sprachliche Diskriminierung darstellt.

Das rigide Zentrale-Orte-Eingemeindungsmodell wurde seinerzeit als wissenschaftliches Modell verkauft. Tatsächlich ist es aus heutiger Sicht ein Modell der 1960er-, eigentlich aber der späten 1930er- und frühen 1940er-Jahre, als man versuchte, staatliche Ziele bis ins kleinste Dorf durchzusetzen und dabei die im Wege stehende lokale Kompetenz und Selbstverantwortung zu beseitigen. Es gibt das 10.000fach bewährte bessere Modell, womit das Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau gewährleistet bleibt: Die (kleine bis große) selbstverantwortliche Dorfgemeinde im Rahmen einer Verbands-, Verwaltungs-, Samt- oder Amtsgemeinde, die wir vor allem in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern oder Baden-Württemberg antreffen.

Die eingemeindeten Dörfer sind bis heute traumatisiert, sie mussten den harten Strukturwandel der zurückliegenden Jahrzehnte mit seinen großen Arbeitsplatz- und Infrastrukturverlusten ohne ihr in Jahrhunderten bewährtes Kraftzentrum mit Bürgermeister_innen und Gemeinderat durchstehen. Apathie und Resignation sind in zahllosen Dörfern zu beobachten. Heute versucht man mit mancherlei Appellen und Ehrenamtsprogrammen, die dörfliche Bevölkerung wieder zum Mitmachen zu motivieren, was vielerorts – nach der Beseitigung der demokratischen Selbstverantwortung – einfach nicht gelingt. Da die Rechte der eingemeindeten Orte in den Großgemeinden gleich Null sind, fühlt sich die große Mehrheit der deutschen Dörfer politisch abgehängt und resigniert. Leider finden die dorf- und demokratiefeindlichen Gebietsreformen kein Ende, wie die aktuellen Beispiele in Brandenburg und Thüringen zeigen: Die großen Widerstände werden in Potsdam und Erfurt kalt beiseite geschoben.

Neben der Raumordnung lassen sich auch in den diversen Fachpolitiken des Bundes und der Länder – zum Beispiel in der Schul-, Demografie-, Familien-, Gesundheits-, Verkehrs-, Steuer- und Woh-



nungspolitik – zentralistische Fehlsteuerungen zu Lasten des Dorfes feststellen, die an dieser Stelle nicht ausgeführt werden können.

Wie der Staat verhalten sich auch andere gesellschaftliche Zentralen. Viele Bischöfe der Katholischen wie Evangelischen Kirche verordnen Auflösungsprogramme für Dorfpfarreien und beseitigen damit auch hunderttausende gewählte ehrenamtliche Mitarbeiter_innen auf dem Lande. Kurzgesagt: Amtskirche beseitigt Volkskirche.

Respektiert die Dörfer! Fazit und Appell

Die Kraft des Dorfes liegt in seiner lokalen Kompetenz, seiner in Jahrhunderten gewachsenen und bewährten Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Die Entscheider_innen in der Bundes- und Landespolitik sowie die deutschen Bischöfe haben

hundertausendfach durch Gemeinde- und Pfarrei-auflösungen diese Kraft beseitigt und setzen diese demokratiefeindlichen Diktate immer noch fort. Die bisherigen Erfahrungen und neue Studien belegen: Gebietsreformen mit Gemeinde-, Kreis- und Pfarrei-auflösungen bringen keinerlei finanzielle Einsparungen. Die sozialen und demokratischen Kosten bzw. Verluste sind aber verheerend. Die Dorfbewohner_innen sehen, dass die für sie zuständigen Behörden und demokratischen Gremien immer weiter weg sind, dass sie immer geringere Chancen haben gehört zu werden oder gar mitzuwirken. Sie fühlen, dass sich die Zentralen von ihrer lokalen Basis abgewendet haben, dass ihre Mitarbeit nicht mehr wertgeschätzt

und gewünscht wird. Das Vertrauen der Bürger_innen gegenüber den zentralistisch „führenden“ Institutionen in Staat und Gesellschaft schwindet. Sie wenden sich ab, engagieren sich nicht mehr und resignieren. Die Zahl der Wutbürger_innen, Nicht- und Protestwähler_innen steigt. Die Politik-, Demokratie-, Parteien- und Kirchenverdrossenheit auf dem Lande wächst.

- Daher mein Appell an die zentralen Entscheider_innen in Politik und Gesellschaft: Stärkt generell die ländlichen Gemeinden durch mehr Freiheiten, Rechte und finanzielle Zuwendungen. Zeigt ihnen, dass sie die demokratische Basis des Staates sind.
- Gebt den noch selbstständigen Dorfgemeinden und Dorfpfarreien mehr Respekt und Unterstützung.
- Beendet die fortgesetzte Entmündigung der Dörfer und Kleinstädte.
- Gebt der – durch zentralistische „Reformen“ – entmachteten Masse der deutschen Dörfer ihre Autonomie und damit ihre Demokratie und damit ihre eigentliche lokale Kraft zurück.
- Beendet generell das zentralistische Durchsteuern von „oben“ nach „unten“. Beendet das Beseitigen von Dorfgemeinden und Dorfpfarreien. Vertraut der Kompetenz, dem Engagement und dem Gemeinwohldenken der Dorfbewohner_innen. Vertraut dem Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau.





Stadt und Land sind in ihrer Bedeutung gleichwertig. Das Land „liefert“ nicht nur hochwertige Kulturlandschaften, Wirtschaftsgüter und Lebensmittel, es bietet auch der Gesamtgesellschaft und damit den Großstädten eine alternative Lebensform, die durch vor- und fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist. Staat und Gesellschaft profitieren vom Austausch, vom Geben und Nehmen zwischen Stadt und Land, zwischen „oben“ und „unten“ auf Augenhöhe.

Das Land braucht den Respekt der Zentralen. Weil dies allzu häufig fehlt, brauchen wir dort ein Umdenken. Dringend! Lasst das Dorf leben und seine Kraft entfalten!

Prof. Dr. Gerhard Henkel ist Humangeograf.

Seit 45 Jahren befasst er sich mit unterschiedlichen Themen rund um historische und aktuelle Entwicklungen des ländlichen Raumes.



Das Foto wurde
aufgenommen auf Schloss
Schwarzburg, wo derzeit ein
Denkort der Demokratie entsteht:
🌐 www.schloss-schwarzburg.de



INTERVIEW

mit Peter Henze,
Schauspieler und
Gründer des Vereins
„Land & Kunst e. V.“

LandKulturArbeit

Seit vielen Jahren setzen Sie sich auf Ihrem Hof mit vollem Einsatz für Ihre Umgebung und die Kultur ein. Zahlreiche Preise honorieren mittlerweile den Einsatz. Es liest sich wie eine Erfolgsgeschichte: Worum dreht sich Ihre Arbeit?

Wir sprechen von einer LandKulturArbeit, in der sich alle Künste und kulturellen Tätigkeiten treffen und verbinden. Eine Arbeit, die sich ganz nah an den Menschen orientiert, die ihre Bedürfnisse und Themen aufsucht und sie zum Gegenstand macht – in Tätigkeiten, die auch Kultur sind, aber gleichzeitig Geschwister von Sozialarbeit, Seelsorge und Alltagsbewältigung, die identitätsbildend und gerade deswegen auch politisch sind.

Kulturelle Teilhabe vollzieht sich in unserer Arbeit aktiv und rezeptiv, z. B. mit Kund_innen der Tafel vor Ort, mit „normalen Dorfweibern“, mit Kindern und Menschen mit und ohne Behinderung, breit gestreut durch viele soziale Lebenslagen und Bildungsniveaus. Die Überschaubarkeit von Leben hat auch Vorteile: fast alle kriegen alles mit; und viele – immer mehr – nehmen teil.

Über die Jahre haben sich einige Kernprojekte herausgebildet: Seit nunmehr acht Jahren gibt es das „TafelTheater Bruchhausen-Vilsen“, das Projekt „Futter für die Seele“ bietet einen Ort für die Mühseligen und Beladenen dieser Gesellschaft. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Tafel gibt es für Kund_innen der Tafel, Arbeitslose und Menschen mit und ohne körperliche oder seelische Einschränkungen jeden Alters ein vielfältiges soziokulturelles Angebot: Zeit und Raum für Erzählungen, Improvisationen, Gespräche und künstlerisch-theatralische Gestaltung.

Seit über fünf Jahren treffen sich Frauen unterschiedlichen Alters unter dem Titel „Die spinnenden Dorfweiber“. Begonnen hat das Projekt mit Erzählungen, aus denen ein Theaterstück wurde. Aus einem Schreibseminar entstand ein Buch, darüber hinaus „sponnen“ die Dorf-

weiber über die Themen Gesundheit im Ehrenamt, Resilienz und die Zukunft des Dorfes – hier beispielhaft gefördert durch das Projekt „älter, bunter, weiblicher“ des Niedersächsischen Sozialministeriums.

Um solche Kernprojekte bilden sich immer wieder neue Initiativen und Ideen, die zu einer umfassenden Vernetzung der gesamten Kulturarbeit führen. Wir stellen in unserer Arbeit die Frage – und zwar „von unten“: Was braucht ein Dorf? Politisch, ökonomisch, administrativ und menschlich. Neben ökonomischen Rahmenbedingungen und Strukturfragen (Versorgung, Nahverkehr) geht es um kulturelle Fragen der Lebensgestaltung von Menschen. Dazu binden wir professionelle Kulturarbeiter_innen, Ehrenamtliche und Bürger_innen, Vereine und Gruppierungen ein.

Welche Bedeutung hat Kulturarbeit auf dem Land?

Was sind zentrale Unterschiede zur Kulturarbeit in der Stadt?

Das Verständnis von Kultur und die Möglichkeiten von Kulturarbeit sind im ländlichen Raum oft durch traditionelle Erfahrungen eingegrenzt. Es bedarf einer großen, langfristigen Initiative dies auszuweiten. Veränderungen in der Landwirtschaft sind ein großes Problem, das nicht nur ökonomisch und strukturell zu lösen ist, es hat auch eine große soziale, gesellschaftliche Dimension (z.B. Spannungen in den Familien, Nahrungsmittelproduktion – Bedingungen und Preise). Viele andere Themen liegen auf der Hand: Bausubstanz (Denkmalschutz, Leerstände), Dorfidentität bei Schrumpfung und Zusammenlegung zu Verbandsgemeinden,

HINTERGRUND

Der Verein „Land & Kunst e.V.“ ist Träger zahlreicher soziokultureller Angebote im Landkreis Diepholz (Niedersachsen). Den Mittelpunkt des soziokulturellen Wirkens bildet der denkmalgeschützte Hof Arbste 7. Der alte Bauernhof wurde zu einem Begegnungszentrum umgebaut – unter Achtung von Geschichte, Natur und Baukultur. Das Hofprojekt steht für eine zeitgemäße Übertragung der Gemeinschaftsfunktion: Der Bauernhof – als kleine Organisationseinheit, Lebensgemeinschaft und produktiver Ort – bildete eine Sozialstruktur, verantwortlich für Dorf und Gemeinschaft. Peter und Vera Henze halten seit beinahe zwanzig Jahren die soziale Funktion der Höfe lebendig – und damit auch Fähigkeiten der Selbstorganisation, Selbstverantwortung und Sinnhaftigkeit. Ihre These: „Zukunft – gerade in einer globalisierten Welt – ist wieder ‚von unten‘ zu denken und zu organisieren. Den kleinen, regionalen Strukturen gehört die Zukunft.“ Der Hof wird auf verschiedene Weise lebendig gehalten:

1. Kultur- und Begegnungsstätte: Im ehemaligen Wirtschaftsgebäude ist ein Zentrum für soziokulturelle Bildungsarbeit entstanden;
2. Soziokultureller Knotenpunkt: Die Kulturarbeiter_innen des Hofes bieten weitgehend kostenfreie Beratung für Initiativen und Vereine der Region an, damit soll die kulturelle Infrastruktur in der Region gestärkt und gezielt mit professioneller Kulturarbeit und Ehrenamt vernetzt werden;
3. Mehrgenerationen(wohn)haus mit Mehrfunktionalität: Im ehemaligen Boxenlaufstall soll ein inklusives, barrierearmes Haus für Menschen aller Generationen entstehen. Hinzu kommen sollen Räume für eine (selbstständige) Pflegekraft, Gästewohnungen, Gemeinschaftsräume und Büros. Mittels einer bunten Mischfinanzierung und notwendigen Förderungen soll der Hof auch in Zukunft erhalten werden – durch die Wohnmöglichkeiten auf dem Hof ergibt sich ein Geflecht von Leben, Kulturarbeit und Verbindung zum dörflichen Leben;
4. Bekanntheit erlangte der Verein vor allem auch mit preisgekrönten Projekten wie dem „Tafel-Theater Bruchhausen-Vilsen“, dem Projekt „Futter für die Seele“ und „Die spinnenden Dorfweiber“.

 www.landundkunst.de

sozial-kulturelles Miteinander – Kirchen und Pastor_innen „verschwinden“ ebenso wie Lehrer_innen und Sozialarbeiter_innen.

Wir beharken, erhalten, ermutigen eine von Politik und Wirtschaft zunehmend verödete Landschaft samt ihren Menschen, weil gesellschaftstragende Lebensräume nicht aufgegeben werden können. Es geht um Kulturarbeit als ein „Bindemittel“ bei sich verändernden und erodierenden Strukturen. Vernachlässigt man sie, sterben die ländlichen Räume nicht nur an ökonomischer Veränderung, sondern an seelischer – kultureller – Armut. Es bleiben: die Alten zwischen Maisfeldern und agrarindustrieller Massentierhaltung neben Gutbetuchten, die das als Schlafstätte nutzen. Kulturelle Kompetenz ist sozusagen ein notwendiger Schlüssel für verantwortliches, aktives Handeln in einer lebendigen Demokratie.

Diese Form der Kulturarbeit genießt noch immer nicht die ihr gebührende Aufmerksamkeit und Förderung. Immer noch fließt der Großteil von Kulturfördermitteln in die Städte. Projektförderungen der Stiftungen geben ein ähnliches Bild – gewünscht sind immer wieder Leuchtturmprojekte, Events mit Häppchencharakter und überregionaler Presse. Nachhaltig hingegen, angesichts der dramatischen Strukturveränderungen auf dem Land, und dringend notwendig wäre eine stärkere langfristig orientierte Unterstützung ländlicher Kulturarbeit.

Was sind drängende Themen, die Sie jetzt und in naher Zukunft angehen möchten und müssen?

Kulturarbeiter_innen müssen in die Lage versetzt werden, zu annehmbaren Grundbedingungen leben und arbeiten zu können. Sie sollten nicht weiterhin gezwungen werden, von Projekt zu Projekt hoppeln zu müssen, von Thema zu Thema, welches gerade von Politiker_innen auf das Podest der Aktualität gehoben wird. Denn, die Modethemen demografischer Wandel, Inklusion, Migration usw. behandeln die Theatermacher_innen und soziokulturellen Akteur_innen schon lange, die Politik hat sie nur spät entdeckt.

Unsere Anregungen für ein Kultur-Entwicklungsprogramm für (insbesondere) ländliche Räume:

- Ein Struktur- und Investitionsprogramm: Erhalt alter Bausubstanz: Umnutzung alter Höfe und Gebäude zu Kulturzentren/ Bürgerhäusern;
- Kulturarbeiter_innen fürs Land, die auch „Dorfmoderator_innen“ sein können: „Werbung“ und Ausbildung an Hochschulen und dafür Finanzierungs- und Trägermodelle entwickeln;
- Information und Fortbildung von Kommunalpolitiker_innen;
- Projektentwicklungen: Zusammenarbeit von Vereinen, Kulturleuten, Politik und Kirche;
- Entwicklung nachhaltiger, fester Strukturen – auch finanzielle, institutionelle Förderung;
- Zuzug von Geflüchteten als Chance für Offenheit und Vielfalt;
- Entwurf eines neuen Bildes der Beziehung von Stadt, Kleinzentren und Land.



Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern

Der Verein „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern“ arbeitet seit 2008 aus geschlechterreflektierender Perspektive zu Fragen demokratischer Kultur und Teilhabe sowie gegen Rechtsextremismus. Worum dreht sich Ihre Arbeit dabei genau/welche Schwerpunkte setzen Sie?

Der Verein „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern“ ist 2014 aus dem Modellprojekt „Lola für Ludwigslust“ der Amadeu Antonio Stiftung hervorgegangen, das seit 2008 im Landkreis Ludwigslust zu feministischen Themen tätig ist. Der Verein arbeitet – inzwischen landesweit – aus geschlechterreflektierender Perspektive zu Fragen demokratischer Kultur und Teilhabe sowie gegen Rechtsextremismus. Seit Januar 2015 führt der Verein das Modellprojekt „un_sichtbar – Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern. Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten“ durch.

„Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern“ richtet sich im Sinne von Empowerment an Mädchen und Frauen, an solidarische Männer und Jungen, Personen verschiedenster Geschlechter: Sie werden dabei unterstützt, ihre Möglichkeiten und Ressourcen wahrzunehmen und wirksam zu nutzen, um als starke Akteur_innen einer lebendigen und demokratischen Gesellschaft in ihrer Region Einfluss zu nehmen.

Der Verein widmet sich zudem dem Phänomen „rechtsextremer Frauen“ bzw. einem Wahrnehmungsdefizit ihnen gegenüber: Neonazi-Frauen werden häufig mit ihren Einstellungen und ihrem Handeln übersehen und unterschätzt. Hierfür hat das Projekt eine Broschüre zum Thema veröffentlicht.

Zudem haben wir zum Thema „Wahrnehmung und Umgang mit rechtsextremen Frauen in Kitas und Schulen“ publiziert und entsprechende Fortbildungen für Fachkräfte entwickelt.

INTERVIEW

mit Dr. Heike Radvan, Vorsitzende des Vereins „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern“

HINTERGRUND

Der Verein „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern“ ist 2014 aus dem Modellprojekt „Lola für Ludwigslust“ der Amadeu Antonio Stiftung hervorgegangen, das seit 2008 im Landkreis Ludwigslust zu feministischen Themen tätig ist. Der Verein arbeitet – inzwischen landesweit – aus geschlechterreflektierender Perspektive zu Fragen demokratischer Kultur und Teilhabe sowie gegen Rechtsextremismus. Seit Januar 2015 führt der Verein das Modellprojekt „un_sichtbar – Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern. Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten“ durch.

Auf den folgenden Websites finden Sie auch die im Text angesprochenen Publikationen:

- 🌐 www.un-sichtbar-mv.de sowie
- 🌐 www.lola-fuer-lulu.de

Ein besonders Anliegen ist die Förderung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Lebensweisen – denn eine demokratische Kultur beinhaltet auch die Gleichberechtigung von LGBTIQ* (Lesbian Gay Bisexual Trans* Intersex Queer)-Lebensweisen. Hierzu arbeitet der Verein seit 2015 mit einem Projekt gegen Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern.

Gibt es erste Erkenntnisse, an welchen Stellen Sie mit Ihrer Arbeit ein Umdenken anstoßen können bzw. wo besondere Schwierigkeiten liegen?

Dass die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus aus einer geschlechterreflektierenden Perspektive stattfindet, ist relativ neu. Bis in die 1990er-Jahre wurde Rechtsextremismus häufig als ausschließlich männliches Phänomen wahrgenommen. „Lola für Lulu“ war 2008 eines der ersten Praxisprojekte, das eine geschlechterreflektierende Perspektive in der Rechtsextremismusprävention eingenommen hat. Wir werten es als Erfolg, dass sich diese Perspektive inzwischen etwas häufiger in der Praxis wiederfindet und in die fachlichen Standards der Präventionsarbeit aufgenommen ist und wurde, so etwa im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, das seit 2015 erstmals auch Modellprojekte gegen Homo- und Trans*feindlichkeit fördert. Gleichzeitig liegt hier auch eine Schwierigkeit: Rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien lehnen die Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an Schulen ab und beziehen sich

auf biologistische, traditionelle Vorstellungen von Geschlecht und Familie, die mit Emanzipation und Gleichberechtigung aller nichts gemein haben.

Was sind die großen Herausforderungen der Arbeit – insbesondere mit Blick auf den ländlichen Raum?

Welche Bedeutung haben diese Themen dort?

Wir arbeiten mit dem Verein auch und besonders in ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns, die zum Teil dünn besiedelt, von Abwanderung und durch eine zum Teil schwache Zivilgesellschaft geprägt sind. Diese Situation finden wir in vielen Orten der neuen Bundesländer, durchaus auch in den alten Bundesländern. Es gibt teilweise dichte rechtsextreme Netzwerke und Neonazis, die vor Ort gut „integriert“ sind und als nette Nachbar_innen oder im Elternbeirat der Schule auftreten und ihre Ideologie strategisch einbringen.

Es ist im ländlichen Raum nicht leicht, gerade zu Themen wie geschlechtsspezifischen Fragen mit Menschen ins Gespräch zu kommen. „Homosexualität? Ein Problem aus der Stadt“ haben wir oft gehört. In den strukturschwachen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern gibt es scheinbar weniger sichtbare gesellschaftliche Vielfalt. In unserer Arbeit stehen wir parteiisch für die Perspektive von potenziell Betroffenen von Diskriminierung oder Gewalt und dafür, demokratisch orientierte Personen zu unterstützen.

Mit Ihrer neuen Expertise „Ich hab mich normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die andern ist man anders“ greifen Sie das Thema Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern auf.

Gerade im ländlichen Raum tut man sich mit Diversität nicht immer leicht – welche Erkenntnisse konnten Sie anhand Ihrer Expertise darüber gewinnen, wie Diskriminierungen vor Ort vorgebeugt und begegnet werden kann?

Das Zitat im Titel der Broschüre ist Teil eines lebensgeschichtlichen Interviews, das wir für die Expertise mit Lesben, Schwulen und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern geführt haben. Es benennt eine Erfahrung, die wir in allen Interviews gehört haben: LST* sind im Alltag häufig damit konfrontiert, als „anders“ wahrgenommen zu werden. Darunter fallen auffällige Blicke, Gerüchte, die Angst vor Diskriminierung allgemein und Neonazi-Gewalt im Besonderen.

Interviewte nehmen eine mangelnde Thematisierung ihrer Lebenswirklichkeiten in der öffentlichen Infrastruktur wahr; sie wünschen sich mehr zielgruppenspezifische Angebote wie auch eine größere Sichtbarkeit. So müssen beispielweise im kulturellen Bereich lesbische, schwule und trans*-Themen als Querschnitt behandelt werden, dies ist staatliche Aufgabe. Das ist bislang nicht der Fall, entsprechende Angebote, wie beispielsweise eine thematische Lesung in der Bibliothek, sind eher die Ausnahme und von einzelnen Personen abhängig. LST*-Themen bleiben häufig außen vor, wenn zum Beispiel bei einer öffentlichen Veranstaltung der Familienberatungsstelle unbedacht bleibt, von welchen Familienbildern ausgegangen wird.

Interviewte benennen, wie wichtig – nicht nur für Coming-out-Prozesse – die Unterstützung durch Ansprechpartner_innen von Selbstorganisationen ist. Es bedarf einer stärkeren finanziellen und strukturellen Förderung von diesen Selbstorganisationen. Gerade im ländlichen Raum ist es häufig von ehrenamtlich arbeitenden Selbstorganisationen abhängig, ob es Angebote gibt. Insbesondere für die psychosoziale Beratung und medizinische Versorgung von Trans* Personen haben wir in der Expertise eine Unterversorgung festgestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Expertise liegt auf dem Bereich Schule – hier erfahren gerade lesbische, schwule und trans* Jugendliche häufig Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Expertise zeigt mit der vergleichende Schulstudie, den Einfluss des Schulklimas auf homo- und trans*feindliche Einstellungen: Ein positives Schulklima – im Sinne eines wertschätzenden Umgangs miteinander und gelebtem diskriminierungssensiblen, demokratischen Alltag – wirkt sich positiv auf Haltungen der Schüler_innen in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie Differenz im Allgemeinen aus. Ebenfalls ist es notwendig, dass Lehrkräfte einen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung bieten. Lesbisch, schwule und trans*-Lebensweisen und Antidiskriminierung müssen in die Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte implementiert werden, ebenso wie diese Themen als Querschnitt in Unterrichtsfächer einbezogen und sichtbar gemacht werden müssen. Die Ergebnisse der Expertise finden Sie online unter: www.un-sichtbar-mv.de



Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) und politische Bildung auf dem Land

INTERVIEW

Fragen an Dirk Hennig, politischer Sprecher des Bundesarbeitskreises FÖJ, pädagogischer Leiter Zentralstelle des Trägerverbundes FÖJ-Ring und Leiter Zentralstelle Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) Rheinland-Pfalz

Junge Menschen, zumal nach Ende der Schulzeit, zieht es oft in die Stadt. Gerade das FÖJ bietet auch viele Einsatzstellen in ländlichen Regionen – mit oft hoher Nachfrage. Macht das FÖJ also Lust aufs Land oder ermutigt es, zu bleiben?

Die meisten FÖJ-Einsatzstellen liegen auf dem Land und, das ist ein wesentlicher Unterschied des FÖJ im Vergleich zu anderen Freiwilligendienstformaten. Im allgemeinen Trend unserer Gesellschaft liegt das Leben auf dem Land nicht, doch das FÖJ setzt Gegentrends. Das FÖJ erfreut sich insgesamt – und gerade auch bei Einsatzstellen auf dem Land – einer großen Nachfrage. Wir hatten in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren immer weit mehr als sechsmal so viele konkrete Bewerbungen, als wir Plätze im FÖJ anbieten können. Die meisten FÖJ-Bewerber_innen erhalten also eine Absage. Die Fördermittel von Bund und Ländern begrenzen das Platzangebot im FÖJ, während besonders die großen Organisationen anderer Freiwilligendienste in den zurückliegenden fünf Jahren einen deutlichen Aufwuchs erfahren haben. Ich denke, wer ländliche Räume stärken will, sollte eine stärkere Förderung des FÖJ in Erwägung ziehen. Das FÖJ ist eine der erfolgreichsten Maßnahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und hat in der aktuellen Evaluation aller Freiwilligendienste insbesondere für seine Bildungsarbeit Bestnoten erhalten. Mit seinen Einsatzstellen bildet das FÖJ über ganz Deutschland ein Netzwerk, das bis tief in abgelegene ländliche Regionen hineinreicht. Dort finden sich oft kleine Vereine und Organisationen, die durch das FÖJ gestärkt werden und dabei jungen Menschen die Möglichkeit zu einem ganz besonderen gesellschaftlichen Engagement geben. Gegen den allgemeinen Trend einer Landflucht hat das FÖJ Angebote, die für junge Leute das Land mit seinen familiären Strukturen und sei-

ner oft sehr vielseitigen Natur attraktiv machen. Der Angst von FÖJ-Bewerber_innen aus der Stadt vor Vereinsamung auf dem Land, begegnen wir mit neuen Formen gemeinsamen Wohnens. Im FÖJ entsteht in den kleinen, überschaubaren Strukturen ein Klima menschlicher Nähe, fern der städtischen Anonymität. Viele FÖJ'ler_innen fühlen sich dem Leben in ihrer Einsatzstelle verbunden, kehren immer wieder zurück oder bleiben sogar für immer. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass FÖJ'ler_innen nach ihrem Freiwilligendienst in ihrer Einsatzstelle noch eine Ausbildung machen oder nach ihrem Studium in ihrer alten Einsatzstelle einen Job annehmen. Ja, das FÖJ macht Lust auf Natur und Lust aufs Land!

Politische Bildung spielt im Gesamtkonzept des FÖJ eine große Rolle. Was sind hier wesentliche Lernfelder und Inhalte, die Sie anderen mitgeben können? Und: Gibt es aktuell Themen und Fragen, die die Freiwilligen besonders beschäftigen?

Die politische Bildung ist sogar das (!) zentrale Element unserer Bildungsarbeit im FÖJ und war für mich der entscheidende Grund, warum ich vor 20 Jahren meinen Försterberuf aufgegeben und FÖJ-Pädagoge geworden bin. Das FÖJ ist 1986 entstanden, also in einer Zeit, in der Bilder des Waldsterbens, der Reaktorunfall von Tschernobyl und Drohgebärden des kalten Krieges durch die Medien gingen. Es war damals jedem klar: Ein „weiter so“ kann es nicht geben, es muss sich was verändern! Unser Lebensstil steht infrage. Es braucht neue Ideen für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft und diese Veränderung darf nicht in die Hände einiger weniger Menschen gelegt werden, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die jede(n) einzelne(n) Bürger_in zum Mitgestalten auffordert.

Das FÖJ wurde gegründet, um junge Menschen für diese Aufgabe als mündiger und aktiver Bürger_in fit zu machen. Einsatzstellen wurden als Lernorte nonformaler und informeller Bildung geschaffen, begleitet von Seminarangeboten zu gesellschaftspolitischen und ökologischen Themen. Pädagog_innen begeben sich gemeinsam mit den Freiwilligen auf die Suche nach Ursachen und Lösungen der gesellschaftlichen Probleme, fördern die Kreativität für neue Lebensentwürfe und üben in festen Seminargruppen demokratische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse ein. Im FÖJ – im täglichen Umgang mit jungen Menschen – ist mir als Pädagoge eines besonders klar geworden: BNE ist ohne politische Bildung undenkbar. BNE geht vom Menschenbild eines mündigen Bürgers/Bürgerin aus, aber Partizipation und Demokratie müssen erst einmal gelernt werden! Wir reden nicht nur über Demokratie, sondern wir leben Demokratie. Nach außen zeigt sich dies durch unser Sprechersystem, mit dem wir in-

HINTERGRUND

Das FÖJ ist ein ökologisches, gesellschaftspolitisches Engagement- und Bildungsjahr mit einer Dauer von zwölf Monaten und steht allen jungen Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren offen. 51 FÖJ-Träger in Deutschland bieten knapp 3.000 FÖJ-Plätze an. Die Einsatzstellen werden über ein Auswahlverfahren mit strengen Qualitätskriterien vom jeweiligen Träger zugelassen. Einsatzstellen sind zum Beispiel Naturschutzverbände, Einrichtungen in der Umweltbildung, Naturparkzentren, Waldkindergärten, zertifiziert ökologische Bauernhöfe sowie Arche- und Schulbauernhöfe, Organisationen der ökologischen Ernährung, Tierpflegestationen, naturnah wirtschaftende Forstbetriebe, Einrichtungen im Bereich Umwelttechnik und erneuerbare Energien, Umweltlabore, wissenschaftliche Einrichtungen in der Zukunftsforschung etc. Die Pädagog_innen der Träger unterstützen Einsatzstellen und Teilnehmende bei der Vereinbarung von individuellen Lernzielen und fördern Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung sowie die berufliche Orientierung.

 www.foej.de

zwischen auch Vorbild für die anderen Freiwilligendienste geworden sind, die ebenfalls diese Form des Mitgestaltens einführen wollen. Das Ö im FÖJ steht nicht allein für die Ökologie als ein Teilgebiet der Biologie, sondern von seiner etymologischen Bedeutung her auch für das allumfassende Ganze, in und von dem wir alle leben und wir selber Teil sind.

Das FÖJ bietet Möglichkeiten, die jede_r FÖJ'ler_in individuell nutzt. Unsere Bildungsarbeit greift das Interesse und die Neugier unserer Teilnehmenden auf. Viel zu oft bekommen junge Menschen Antworten auf nie gestellte Fragen. Unsere Pädagog_innen steuern nicht von oben herab, sondern begleiten individuelles Lernen und moderieren Gruppenprozesse.

FÖJ'ler_innen suchen sich in den Seminaren selbst ihre Themen aus und interessieren sich besonders für Zukunftskonzepte, Lebensstile, Konsum, Ernährung, Tierethik usw. Das ist kein Biologieunterricht, sondern eine kontroverse Auseinandersetzung mit aktuellen Themen ihrer alltäglichen Lebenswirklichkeit. Zunehmend mehr wollen sich die Freiwilligen auch mit politischen Themen im engeren Sinne auseinandersetzen, wie zum Beispiel den Bedrohungen unserer Demokratie.

Eine gute Überleitung zum nächsten Fragekomplex: Das Thema Umwelt- und Naturschutz wird von rechtsextremer Seite aufgegriffen und genutzt. Unter anderem in Schulungen setzen Sie sich aktiv damit auseinander. Wie aber gehen Sie damit um, wenn sich Menschen mit rechtsextremen Einstellungen bei Ihnen bewerben – als Freiwillige oder Einsatzstelle?

Ja, ich war sehr geschockt, als ich von einer Bewerbung eines ökologischen Bauernhofes erfuhr, der gerne als FÖJ-Einsatzstelle anerkannt werden wollte, der Träger aber im routinemäßigen Vorstellungsgespräch eindeutig eine rechtsextremistische Gesinnung verlautbaren ließ. Immerhin hatte das gute Qualitätsmanagement des Trägers eine Anerkennung als Einsatzstelle verhindert. Ich habe damals begonnen, mich mit der Frage auseinanderzusetzen, warum sich Rechtsextremist_innen überhaupt für ökologische Themen interessieren und dabei festgestellt, dass bereits in der „Blut- und Boden“-Ideologie der Nationalsozialist_innen der Natur und ihrem Schutz eine zentrale Bedeutung zukam. Gemeinsam mit der Landeszentrale für Umweltaufklärung in Rheinland-Pfalz und unseren FÖJ-Teilnehmenden haben wir im Rahmen unserer politischen Bildung im FÖJ ein Seminar konzipiert, das sich mit dieser Frage intensiv auseinandersetzt. Das Interesse unserer Freiwilligen war sogar sehr viel größer, als gedacht. Seitdem haben wir das Seminarkonzept mit wissenschaftlicher Unterstützung durch den Historiker PD Dr. Nils Franke weiterentwickelt und bieten einmal im Jahr am Schauplatz des Westwalls diese Fortbildung an. Wir Träger in Deutschland wollen über unseren Förderverein Ökologischer Freiwilligendienste (FÖF e.V.) das Konzept auch in andere Bundesländer übertragen. Die zurzeit 51 FÖJ-Träger in Deutschland haben sich eindeutig gegen alle Formen von Extremismus ausgesprochen. Unsere Demokratie ist bedroht und das FÖJ sieht sich mehr denn je darin bestärkt, seiner Bildungstradition treu zu bleiben und sich als ein Angebot politischer Bildung zu definieren.



Eine Partnerschaft für Demokratie als Netzwerkknoten vor Ort

Was macht man als Koordinator einer „Partnerschaft für Demokratie“? Was macht die Struktur besonders für den ländlichen Raum so wichtig?

Als Koordinator stehe ich für die Antragsberatung und als „Netzwerkknoten“ zwischen Vereinen, Verbänden, Zivilgesellschaft und Verwaltung zur Verfügung. Wesentlicher Teil meiner Arbeit ist die stabile Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort, damit diese auch nach Auslaufen der Förderung in 2019 gemeinsam Projekte realisieren und Ansprechpartner in der Verwaltung nutzen.

Die vielfältigen Nachteile, die das Leben im ländlichen Raum mit sich bringen, können nur über ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement abgemildert bzw. ausgeglichen werden. Dabei findet man vor Ort immer wieder besonders aktive Menschen, die in vielfältigen Funktionen aktiv sind. Nur über ein breiteres Engagement kann diese (Aufbau-)Arbeit abgesichert werden, da durch den demografischen Wandel viele ehrenamtliche Strukturen überaltern. Weggebrochene Strukturen werden bevorzugt von extremistischen Gruppen (in der Regel Rechtsextremist_innen) unterwandert, übernommen oder nachgebildet, was zu einer starken Beeinträchtigung des Lebens im ländlichen Raum führt. Die Menschen vor Ort fragen sich z. B.: Kommt die Freiwillige Feuerwehr auch zu mir wenn es brennt, obwohl ich mich gegen rechte Gruppierungen positioniere? Kann ich meine Kinder in den Sportverein schicken, wenn die/der Trainer_in offen rechtsextremistisches Gedankengut vertritt? Möchte ich mein Kind in eine Kita oder einen Hort schicken, dessen Elternvertreter_innen offen rassistisch auftreten? Diesen Phänomenen treten wir dadurch entgegen, dass wir Strukturen vor Ort unterstützen und dadurch erhalten oder den Aufbau fehlender Strukturen anstoßen und befürworten. Gleichzeitig ver-



INTERVIEW

mit Oliver Hohn,
Koordinator der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ Krakow am See & Mecklenburgische Schweiz

suchen wir durch Projektarbeit mit Schüler_innen, offensiv aktuelle Problemlagen aufzuzeigen und Lösungsansätze zu diskutieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist – in Kooperation mit dem Regionalzentrum für demokratische Kultur Rostock –, die Erarbeitung eines Konzeptes zum Umgang mit Kindern aus rechtsextremen Elternhäusern. Dieses Konzept soll einerseits als Grundlage für die Arbeit von Multiplikator_innen (Lehrer_innen, Trainer_innen, Sozialarbeiter_innen etc.) und andererseits als Basis für gemeinsame Projekte im Themengebiet dienen.

Jugendbeteiligung ist ein zentraler Aufgabenteil einer „Partnerschaft für Demokratie“. Jugendliche auch nach dem Schulabschluss in ländlichen Regionen zu halten, ist nicht immer leicht – wie gestaltet sich ihre Arbeit in diesem Bereich?

Aufgrund der fehlenden Mobilität ist der Aufbau eines klassischen Jugendforums, das den Vorgaben eines parlamentarischen Systems folgt, nur mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand möglich. Daher entschieden wir uns für ein mehrstufiges System. Im ersten Schritt haben wir die Jugendlichen über die Schülerräte der vier eigenständigen Schulen im Fördergebiet angesprochen. Jeder Schülerrat erhielt im Jahr 2016 1.500 € für Projekte, die dadurch aber stark an den schulischen Rahmen angebunden waren. Außerdem erreichten wir Berufsschüler_innen und Gymnasiast_innen so nicht. Im zweiten Schritt werden wir in 2017 eine WhatsApp-Gruppe für die Beteiligung aller interessierten Kinder und Jugendlichen anbieten. Die Werbung für diese Gruppe wird über Flyer und die regionalen Zeitungen erfolgen. Wir setzen aber darauf, dass sich die Mitglieder der Gruppe insbesondere über Mund-zu-Mund-Propaganda finden. Ergänzt werden soll dieses Angebot um Informationen und eine Beteiligungsmöglichkeit, die über die projekt-eigene Website angeboten wird.

Leider gibt es bisher nur wenige Angebote an Jugendliche, die ihnen eine Perspektive in ihrer Heimatgemeinde aufzeigen. Daher haben wir in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Unternehmerverein und dem entsprechenden Schulförderverein eine regionale Ausbildungsmesse mit einem Begleitprogramm (Besuch von größeren Betrieben der Region, Ausbildungsbetriebe werben auf der Schulwebsite, Knigge-Kurs) organisiert.

**Wie kommt Ihr Engagement in der Region an?
Gibt es besondere Herausforderungen?**

Anhand der Vielzahl von Beratungen, 22 geförderten Projekten in 2016 und inzwischen fünf konkreten Projektanfragen für 2017, gehen wir davon aus, dass die „Partnerschaft für Demokratie“ in der Region gut vernetzt ist und das Engagement von der Zielgruppe angenommen wird.

Besondere Herausforderungen sehen wir zurzeit in den Bereichen Engagement gegen rechtsextremistische Tendenzen, da das Fördergebiet eine zentrale Rolle beim Aufbau völkischer Netzwerke in Deutschland spielt. „Der Landkreis Rostock ist besonders im südlichen Teil überdurchschnittlich durch die Präsenz rechtsextremer Haltungen herausgefordert, völkische Netzwerke sind in vielfältiger Hinsicht Teil der Alltagswelt geworden (...).“ (Regionalzentrum für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock: Demokratiefeindliche Haltungen, Strukturen und Aktionsformen im Landkreis Rostock. Lagebild 2016, S. 2). Eine der Herausforderungen besteht darin, Kinder und Jugendliche aus rechtsextremen/rechtsextremistischen Elternhäusern zu erreichen, „ein gutes Lebens- und Lernumfeld (...) (zu schaffen), in dem humanistische Werte und universelle Menschenrechte erlebbar sind, ohne eine Zerreißprobe mit den Wertvorstellungen der Elternhäuser zu erzwingen (...).“ (ebd., S. 8).

Eine weitere Herausforderung besteht darin, in zwei sehr unterschiedlich präsenten Amtsbereichen eine „faire“ Verteilung der Fördermittel und der Kofinanzierung zu erreichen. Bisher wird die Kofinanzierung ausschließlich von einem Amt getragen, was bei der Vergabe von Fördergeldern zu Problemen führt, da die Mittel der Kofinanzierung ausschließlich im Amtsbereich des Amtes ausgegeben werden dürfen, das diese Mittel zur Verfügung stellt. Im zweiten Amtsbereich muss die Kofinanzierung über eingeworbene Mittel durch den Projektträger sichergestellt werden.

HINTERGRUND

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert mit seinem Programm „Demokratie leben!“ derzeit deutschlandweit 234 kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) beim Aufbau von „Partnerschaften für Demokratie“ aufzubauen. In diesen kommen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden, Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. Den geförderten Kommunen stehen jährlich Gelder für einen Aktions- und Initiativfonds zur Verfügung. Mit diesen Mitteln können konkrete Einzelmaßnahmen, wie beispielsweise ein Demokratiefest, eine Plakataktion oder Lehr- und Informationsmaterialien, finanziert werden.

Die fachlich-inhaltliche Koordinierung der Einzelmaßnahmen erfolgt über eine Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist. Sie ist für die Steuerung der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig, fungiert als Ansprechpartner und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei. Sie realisiert jährlich zwei lokale Demokratiekonferenzen, bei der alle relevanten Akteur_innen vor Ort eingeladen werden, gemeinsam den Stand, die Ziele und die Ausrichtung der weiteren Arbeit in der „Partnerschaft für Demokratie“ zu reflektieren und zu bestimmen. Zudem werden in allen „Partnerschaften für Demokratie“ Jugendforen eingerichtet, die von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet werden. Als strategisches Gremium fungiert ein Begleitausschuss. Ihm gehören mehrheitlich lokale und regionale Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft an sowie Vertreter_innen aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderen staatlichen Institutionen.

 www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html



PROJEKTE

- Badelatschen statt Springerstiefel42
- ... vom Kommen und Gehen...45
- Nationenparlament48
- Selbsthelfer e.V.52
- Neue Nachbarn Arnberg56
- Integration durch Sport.....59
- Brelinger Mitte62
- Generationen-Netzwerk Boxberg.....64
- VereinspilotInnen67
- landkunstleben e.V.....70
- Dorfraum-Pioniere74
- Jugendliche in Kirchenvorständen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau77
- Gelebte Solidarität mit Haushaltshilfen/Pflegehelferinnen aus Osteuropa.....80
- Erste Hilfe für jedermann.....83
- Ehrenamtliche Pflegelotsen86
- ZI:EL Inklusion auf dem Lande90
- Planspiel Jugendkreistag93
- Naturschutz gegen Rechtsextremismus96
- perspektywa - Vom Grenzraum zum Begegnungsraum100
- Eine Welt-Promotor*innen104
- Kulinarisch um die Welt108

BADELATSCHEN STATT SPRINGERSTIEFEL

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Unter dem Titel „Badelatschen statt Springerstiefel – gemeinsam für Respekt, Humanität und Vielfalt“ startete die Jugend der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) eine Kampagne, die die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt. Die Kampagne „Badelatschen statt Springerstiefel“ besteht aus mehreren Säulen. Zunächst wurde ein ausführliches Positionspapier erarbeitet, das Dreh- und Angelpunkt der Kampagne ist und großflächig verbreitet wurde. Damit einhergehend konnten die Mitglieder einen kurzen Videoclip einsenden, in dem sie – möglichst in Badelatschen – ein Statement zum Thema „Ich finde Vielfalt in der DLRG-Jugend gut, weil...“ abgaben. Viele Gliederungen der DLRG beteiligten sich bei der Aktion und beließen es nicht nur bei einem bloßen Statement, sondern lieferten sogar kleine Filme. Weiterhin sind alle Landesverbände und Ortsgruppen aufgerufen, Aktionen und Veranstaltungen zu planen und durchzuführen,

die Toleranz und Integration fördern. Eine finanzielle Unterstützung kann beim Bundesvorstand der DLRG-Jugend formlos abgefordert werden.

Begleitet wird die Kampagne von einer originellen Plakataktion, zu der auch Flyer und Postkarten gehören. Und es werden Seminare für alle Mitglieder organisiert, die Fachwissen zum Thema vermitteln, Wege für ein offenes und respektvolles Miteinander aller Menschen aufzeigen sowie gemeinsam Strategien gegen Unterwanderungsversuche von Rechtsextremen entwickeln.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Durch die Kampagne werden Anregungen zur Auseinandersetzung mit der Situation von Menschen aus Einwandererfamilien gegeben – egal, ob sie erst seit kurzer Zeit in der Bundesrepublik leben oder bereits seit Generationen. Sie fördert Initiativen zur Kontaktaufnahme sowie den Ausbau von Kontakten und hilft so, Vorurteile abzubauen und neue Freundschaften entstehen zu lassen. Durch die klare Positionierung gegen Rechtsextremismus wehren sich einzelne Personen und somit auch DLRG-Jugendgruppen vor Ort

stärker gegen rechtes Gedankengut und leben noch offener die Vielfalt der Gesellschaft.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Auf der einen Seite beteiligten sich ehrenamtliche Mitarbeiter_innen der DLRG-Jugend aller Verbandsebenen, von der Ortsgruppe bis zum Bundesverband. Auf der anderen Seite nahmen Kinder – teilweise mit ihren Eltern –, Jugendliche und junge Erwachsene aus eingewanderten Familien an den Aktionen teil.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Zum Beispiel veranstaltete die Ortsgruppe Rheurdt-Schaephuysen (Nordrhein-Westfalen) ein Nikolausbasteln für Kinder aus schutzsuchenden Familien, zu einer Come-together-Schwimmbadparty lud der Bezirk Rhein-Sieg (Nordrhein-Westfalen) ein und die Ortsgruppe Schäftlarn-Wolfratshausen (Bayern) bot einen Schwimmkurs für Menschen mit Migrationshintergrund an. Zusätzlich wurden diverse Videoclips und Foto-Statements zum Thema „Ich finde Vielfalt in der DLRG-Jugend gut, weil...“ eingesendet. Die Plakate der Kampagne hängen in vielen Vereinsheimen und zeigen so, dass rechtes Gedankengut bei der DLRG-Jugend unerwünscht ist und die Kinder- und Jugendgruppen Demokratie und Vielfalt leben.

PROJEKTZEITRAUM

01.09.2015 – 31.12.2016

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Aktionen wurden bundesweit durchgeführt

ZIELGRUPPE

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

PARTNER

Bundesverband, Landesverbände, Bezirksverbände und Ortsgruppen der DLRG-Jugend

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

250 Personen

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Eine bestehende Infrastruktur auf die zurückgegriffen werden kann: ein Büro mit hauptamtlichen Referent_innen sowie ehrenamtlich Aktive mit Vereinsheim

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Der Impuls zum Start einer Kampagne für Respekt, Humanität und Demokratie kam aus dem Bundesjugendvorstand. Anlass war die zu der Zeit starke Medienpräsenz von Pegida, der Alternative für Deutschland (AfD) und Co. Die Verbandsspitze wollte den lauter werdenden Stimmen, die sich gegen Toleranz und Vielfalt aussprechen, ein Zeichen entgegenzusetzen und den Verband vor einer Unterwanderung durch Rechtsextreme schützen.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Durch die Aktionen haben alle Beteiligten neue Erfahrungen gesammelt, die neue Blickwinkel eröffnen und die interkulturelle Kompetenz der Teilnehmer_innen fördern. Berührungsängste werden abgebaut, andere Lebensweisen und Blickwinkel werden kennengelernt, neue Freundschaften entstehen. Vorurteile gegenüber Eingewanderten werden abgebaut, statt mit Ablehnung begegnen sich die Beteiligten nun mit Interesse und begreifen sich gegenseitig als Chance und Bereicherung.

„Auch Kinder- und Jugendverbände sind gefährdet, von Menschen mit rechter Gesinnung unterwandert zu werden. Mit unserer Kampagne ‚Badelatschen statt Springerstiefel‘ rufen wir alle Mitglieder der DLRG-Jugend dazu auf, sich für Respekt, Humanität und Vielfalt zu engagieren.“

Bundesvorsitzende Steffi Nagel

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Selbstverständlich ist die Kampagne auf andere Verbände übertragbar, auch die Einzelaktionen können von anderen Kinder- und Jugendgruppen umgesetzt werden. Wichtig für die Umsetzung ist, dass für die Gruppen eine gute Infrastruktur zur Verfügung steht, wie beispielsweise ein Gruppenraum, und dass die Gruppen über ein eigenes freies Budget verfügen, das sie eigenständig verwalten können.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Um eine gute Kinder- und Jugendarbeit vor Ort zu leisten, müssen Strukturen vorhanden sein, die dies auch ermöglichen. An dieser Stelle liegen oftmals die Stellschrauben für erfolgreiche Projekte in der Jugendverbandsarbeit. Die Gruppen sollten sich selbst organisieren dürfen und es sollten finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. So werden Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement angeregt.



KONTAKT

Anne-Kathrin Pöhler
DLRG-Jugend
Im Niedernfeld 2
31542 Bad Nenndorf

✉ badelatschen@dlrg-jugend.de
🌐 www.dlrg-jugend.de/badelatschen

... vom **KOMMEN** & **GEHEN** ...

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Das Projekt „...vom Kommen und Gehen...“ wurde entwickelt, um die Menschen in der Region Vechta (Niedersachsen) näher zusammenzubringen. Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen wurden zu den Themen Flucht und Willkommenskultur narrativ interviewt und ihre Antworten anschließend in einem Buch zusammengefasst. Ziel war es, eine einheitliche Linie, eine Linie der Menschenfreundlichkeit und Empathie, darzustellen. Dadurch, dass die Stadt Vechta nur ca. 32.000 Einwohner_innen hat und die Befragten aus vielen unterschiedlichen Personengruppen kommen, hat dies dazu geführt, dass viele Einwohner_innen die Interviewten kennen und somit die Motivation hoch war die

Interviews – auch von zuvor unbekanntem Personen – zu lesen.

Es ging uns bei dem Projekt darum, möglichst vielen Menschen zu zeigen, dass sie alle etwas verbindet – unabhängig vom Alter, dem Geschlecht, dem gesellschaftlichen Stand oder etwa der Herkunft. Wir haben somit einen Leitfaden entwickelt, der sich mit den Biografien der Interviewten beschäftigen sollte, der nicht deren Meinung, sondern in erster Linie deren Erfahrung und Haltung widerspiegelt. Zu sagen „die wollen wir nicht“ wird schwieriger, wenn man selbst eventuell auch schon mal von Ausgrenzung betroffen war.

Nachdem der Leitfaden entwickelt war, sprachen wir die unterschiedlichsten Personen vor Ort an. Die meisten von ihnen ließen sich gern auf ein Gespräch ein und die Gesprächsatmosphäre und die Antworten fielen zumeist offener aus, als wir zu Beginn unserer Arbeit erwartet hatten.

„Durch die Interviews mit Menschen aus Vechta durften wir diese kennenlernen. Was wir gelernt haben: Jeder Mensch ist spannend, jeder Mensch hat was zu erzählen und ist für sich einzigartig, jeder Mensch ist gut.“

Sebastian Ramnitz, Initiator des Projektes in seinem Vorwort

Umsetzung

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Dadurch, dass Vechta eine Kleinstadt ist und somit das Prinzip „jeder kennt jeden“ noch recht gut funktioniert, konnten wir, durch das Interviewen von sehr unterschiedlichen Personen, eine Vernetzung von vielen Bereichen schaffen. Letztendlich ist es wie viele Projekte nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die dadurch geschaffene Transparenz jedoch, die deutlich macht, dass auch jemand der hundertmal mehr verdient als man selbst oder jemand der nur halb so alt ist wie man selbst, das gleiche Menschenbild hat, schuf etwas Vereinendes.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Wir haben im Vorfeld zusammengesessen und überlegt, aus welchen Bereichen wir Personen interviewen möchten. Auch wenn lange nicht alle Bereiche abgedeckt sind, ist es doch auf jeden Fall eine bunte Mischung.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Ziel wäre das Projekt auch in anderen Orten durchzuführen und dies zusätzlich als digitalisierte Karte im Netz transparent zu machen. Das ist aber noch ein weiter Weg.

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

ContRa e.V. (ContRa Rassismus) – wir sind seit zehn Jahren vor Ort, aber auch darüber hinaus aktiv. Die Menschen hier kennen uns und wissen, welche Arbeit wir machen. Gerade, wenn es zu sehr intimen Momenten kommt hat dies eine hohe Relevanz, da die Interviewten „die Hosen runtergelassen haben“ und dies nur geht, wenn man sich vertraut. Ohne das Vertrauen hätte das Projekt nie diese Tiefe und somit nie die Qualität erlangt.

KONTAKT

Sebastian Ramnitz,
Vorsitzender ContRa e. V.
Füchtelerstraße 35
49377 Vechta

☎ 0176-20343290

✉ s.ramnitz@gmail.com

🌐 www.contra-rassismus.de

Erkenntnisse

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Ja, wichtig ist vor allem Zeit und die, die das Projekt durchführen, müssen es mit Leidenschaft tun, um der Sache gerecht zu werden. Gleichzeitig darf die Region in der es umgesetzt wird nicht zu groß sein, da es gerade dadurch funktionierte, dass man sich kannte. Etwas über Fremde zu lesen ist einfacher, wenn dies im Kontext einer Geschichte eines Bekannten steht.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Wichtig für uns war, dass es um den Menschen geht. Es gab Personen, die sich nicht öffnen oder sich über das Buch profilieren wollten. Dies haben wir nicht zugelassen. Auch Beiträge wie ein Vorwort eines Bürgermeisters etc. haben wir bewusst nicht mit reingesetzt, da diese Intimität genommen hätten. Uns war wichtig, voll und ganz beim Thema zu bleiben und deutlich zu machen, dass nicht jemand aufgrund seiner Stellung etc. toll ist, sondern jeder aufgrund seiner Haltung toll und wertvoll sein kann.

Contra e. V. (Hrsg.): ...vom Kommen und gehen... Vechtaer berichten.

Auf dieser Website können Sie auch das vorgestellte Buch herunterladen:

🌐 www.contra-rassismus.de/vom-kommen-und-gehen/

PROJEKTZEITRAUM

August 2015 – Dezember 2015

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

In Vechta, einer niedersächsischen Kleinstadt mit ca. 32.000 Einwohner_innen

ZIELGRUPPE

Alle Einwohner_innen aus Vechta

PARTNER

Keine

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

22 Interviewte

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Wir haben 22 Interviews geführt, die mit Gestaltung, Abstimmung, Korrektur etc. ca. 250 Arbeitsstunden in Anspruch genommen haben. Dazu kommt der Druck der 1.000 Exemplare.



Contra

NATIONEN PARLAMENT

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

„Das Nationenparlament“ in Markt Schwaben (Bayern) wurde gegründet, um den Flüchtlingen in der Gemeinschaftsunterkunft eine Stimme zu geben sowie die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den Flüchtlingen und den Helferkreisen zu erleichtern.

Zur Ausgangslage: Für die Helfer_innen war es in der Halle mit ca. 230 Flüchtlingen äußerst schwierig, die Übersicht über die angebotene Hilfe zu behalten und wichtige Informationen über Bedürfnisse zu bekommen. Zudem mussten wir oft dieselben Informationen hundertfach wiederholen. Manchmal wurden unsere Angebote nicht angenommen oder Reaktionen waren für uns nicht einzuordnen. Somit entstand die Idee zu einem „Nationenparlament“. Es sollte aus mindestens zwei Vertretern einer Nation bestehen. Die Art der Wahl wurde nicht vorgegeben. Kleinere Nationen schlossen sich zusammen. Das „Na-

tionenparlament“ tagte in der Regel alle zwei Wochen und es gab einen regen Diskussionsaustausch. Die Flüchtlinge waren froh, endlich eine Stimme zu haben und hatten an uns die Erwartung, die teilweise unmenschlichen Bedingungen in der Halle zu beheben (z. B. vier WCs für 220 Menschen, davon waren zwei geschlossen). Es ist uns zwar gelungen, die Beschwerden und Ideen an die Verantwortlichen zu richten, entscheiden aber konnten wir nicht. Schnell lernten wir die Grenzen unserer direkten Einflussnahme kennen. Da wir dieselben Dinge vertraten, wurden wir als Sprachrohr, z. B. zum Landratsamt, anerkannt. Viele Diskussionen gingen auch in Richtung von öffentlichen Aktionen und Pressearbeit. Unser Fazit lautet: Mithilfe des „Nationenparlamentes“ wurde fortan nicht mehr über die Flüchtlinge, sondern mit ihnen gesprochen.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Die Flüchtlinge bekommen ein Gesicht und eine Stimme. Wer die jeweiligen Ansprechpartner sind, ist klar kommuniziert. Integrationsleistungen erfolgen nachhaltiger

und zielgerichteter. Ehrenamtliche Hilfe bekommt ein Feedback durch die Flüchtlinge und verhindert Missverständnisse und Frust. Probleme mit der Nachbarschaft werden schneller gelöst. Drohende Konflikte untereinander können frühzeitig erkannt und Raum zur Diskussion gegeben werden. Das Vertrauen untereinander wuchs und die tägliche Arbeit wurde leichter. Sprecher informierten uns und vertraten die gemeinsam besprochenen Dinge. Wir konnten ebenso Informationen besser verbreiten und haben auf Angebote Feedback erhalten. Die Sprecher wurden immer mehr in die Arbeit integriert. In der Beratungszeit übernahmen sie Aufgaben und lernten so das System in Deutschland kennen.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Der Aktivkreis Markt Schwaben umfasst mehrere Aktivkreise, die als Verein von der Gemeinde angestoßen wurden. Eine formale Mitgliedschaft ist keine Voraussetzung, um mitzuarbeiten. Zwei Gemeinderäte wurden damit beauftragt, die Flüchtlingshilfe durch den Aktivkreis zu koordinieren. Die Aktivkreise sind in ihrer Struktur autonom agierende Arbeitsgemeinschaften mit Sprecher_innen, die eng miteinander kooperieren. Andere Gemeinden wollten die Idee übernehmen. Aktuell gibt es in folgenden Städten „Nationenparlamente“, die auf unsere Idee zurückgehen: Poing (München) und Wolfsburg.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

- Auch weitere Gemeinden folgten unserem Beispiel und gründeten „Nationenparlamente“. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat diesbezüglich eine Anfrage an den Aktivkreis gestellt und das französische Staatsradio war bei einer Sprechersitzung sogar schon einmal dabei.
- Die zuständige Polizei Poing hat mehrfach in öffentlichen Sitzungen bestätigt, dass die Polizeieinsätze in der Turnhalle Markt Schwaben am geringsten im Landkreis waren.

PROJEKTZEITRAUM

Oktober 2015 – Juni 2016
(Räumung der Turnhalle als Unterkunft)

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Markt Schwaben im Landkreis Ebersberg, ca. 14.000 Einwohner_innen, damals 300 – 350 Flüchtlinge

ZIELGRUPPE

Flüchtlinge, die in der Turnhalle in Markt Schwaben unter sehr schwierigen Umständen untergebracht waren
Bis zu 230 Männer aus Afghanistan, Eritrea, Iran, Senegal, Somalia, Mali, Nigeria, Sierra Leone, Syrien, Pakistan und Albanien

PARTNER

Gemeinde Markt Schwaben

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Ca. 20 Nationensprecher und ca. zehn AG-Leiter und Helfer_innen aus dem Helferkreis
Erweitert ca. 230 Flüchtlinge und ca. 50 Helfer_innen

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Ein ruhiger, großer Raum mit Sitzgelegenheiten zum Tagen, gängige Moderationstechniken – wie Flipchart, Stifte etc. –, Medien zum täglichen Kommunizieren (WhatsApp), Infolyer

„Wir vom Parlament wollen die Probleme in der Halle gemeinsam lösen. Wir sind das Ventil, damit es nicht kracht.“

Wahid Mural, ein Vertreter im Nationenparlament gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert? Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Die Idee hatte Judith Seibt (AG Sprecherin Alltag) bereits vor einiger Zeit. Allerdings konnte sie die Idee lange nicht konkretisieren. Als Thomas Krahe zum Aktivkreis dazu stieß, änderte sich dies. Er hat während der Balkankriege diese Idee in den dortigen Flüchtlingslagern kennengelernt und damit gearbeitet. Somit brachte er praktische Erfahrungen mit. Als beide aufeinander trafen bekam die Idee Schwung und erste Grundkonzepte wurden erarbeitet. Es ist wichtig, dass den Flüchtlingen vertraute Personen das Projekt gestartet haben, denn die Personen, die auch die Tages-themen besprechen, sollten mit allen Problemen der Örtlichkeit vertraut sein. Nur so haben sie sich auch richtig, z.B. den Behörden gegenüber, vertreten gefühlt.



KONTAKT

Judith Seibt
Bürgerfeld 19c
85570 Markt Schwaben
✉ judithseibt@gmail.com

Thomas Krahe
Pappelweg 6
85567 Grafing
☎ 0152 - 77 09 662
✉ tkrahe@gmx.de

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Natürlich, denn durch das Geben einer Stimme erleben Flüchtlinge die Möglichkeit, gehört zu werden sowie Wünsche, Beschwerden und Ideen zu äußern. Wir erlebten bei nicht wenigen Flüchtlingen eine deutliche Verbesserung des Selbstbewusstseins, eine Motivation zum schnelleren Deutschlernen und das Verständnis der deutschen Herangehensweise an Probleme und prinzipielles Interesse an dem deutschen System. Auch die Gruppendynamik innerhalb der Nationen beruhigte sich und hitzige Diskussionen, die z.B. aufgrund von Frustration aufkamen, wurden von den Nationensprechern souverän aufgelöst.

Ist das Projekt übertragbar? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Was sind spezifische Faktoren?

Ja, ist es. Voraussetzung ist, dass den Betroffenen nur der Rahmen vorgegeben wird, sie den Inhalt aber selbst ausfüllen. Es braucht klare Ansprechpartner_innen. Man benötigt in jedem Fall Gruppen, die vertreten

werden, egal ob sich diese durch eine Nationalzugehörigkeit oder andere Merkmale zusammenfinden. Die Bestimmung der Sprecher muss Sache der Betroffenen bleiben und kann kulturell sehr unterschiedlich sein. Von der hierarchischen Autorität über Kompetenz durch Sprachkenntnis oder Bildung bis hin zu gewählten Vertretern war alles vorhanden. Die Aufgabe der Sprecher und der Helfer_innen soll gemeinsam im Dialog erarbeitet werden. Es braucht eine Struktur für die Treffen. Darüber hinaus sind Visualisierung und niedergeschriebene Entscheidungen wichtig. Ebenso Tagesordnungen, damit alle zum Zuge kommen.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Frustration der Flüchtlinge annehmen und aushalten, auch wenn man selbst nicht verantwortlich für die Schwierigkeiten ist. Wir haben erlebt, wie Vertrauen die Gemeinschaft stärkt, bei Helfer_innen genauso wie bei Flüchtlingen. Negative Informationen wurden viel besser aufgenommen.



SELBST HELFER e.V.

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Ca. 4.000 Flüchtlinge sind im Raum Rosenheim (Oberbayern) untergebracht. Durch seine grenznahe Lage sowie den Verkehrs- und Bahnknotenpunkt wurden im Jahr 2015 sehr viele Flüchtlinge aufgenommen. Das Thema beschäftigte die Menschen vor Ort und war leider oftmals negativ besetzt. Wegen Wohnraumnot wurden bis Mitte 2016 viele Flüchtlinge in Massenunterkünften/ Turnhallen untergebracht, die dann die ersten Empfängerinnen und Empfänger unserer erstellten Produkte waren.

Was ist also die Idee von „Selbsthelfer e.V.“? Zugewanderte stellen ehrenamtlich Produkte her, die sie dann an bedürftige

Menschen unentgeltlich verteilen, z.B. an bedürftige Seniorinnen und Senioren, Kundinnen und Kunden der Tafel, andere Flüchtlinge usw. Unser Ziel ist, dass Zugewanderte anderen Menschen helfen und sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen: Sie bekommen nicht nur, sondern geben auch. Handwerkliche und organisatorische Fähigkeiten werden durch sinnvolle Beschäftigung vermittelt. So lernen die Zugewanderten nicht nur unsere Werte (Freiheit, Demokratie, Gleichheit von Mann und Frau etc.), sondern wir Menschen lernen uns auch besser kennen: als Basis für Verständnis und Vertrauen. Ein weiteres Ziel ist die Gründung weiterer „Selbsthelfer“-Gruppen! Der Verein unterstützt die Gründung mit Starterpaketen (Maschinen, Geräte, Materialien, Schnittteile und Know-how) und betreut die neuen Gruppen.

In „Selbsthelfer“-Nähgruppen werden derzeit z. B. Dokumententaschen und Kosmetik-Rolltaschen aus Stoffresten gefertigt, die dann an Kundinnen und Kunden der Tafel oder an Menschen in Gemeinschaftsunterkünften als Organisationshilfe geschenkt werden. In den „Selbsthelfer“-HOFFER-Gruppen, die vor allem Zuspruch bei Männern finden, werden derzeit aus gebrauchten Kartonagen Kombimöbel zum Sitzen (Hocker) und zur Aufbewahrung (Koffer) gebaut, die ursprünglich für Menschen in Gemeinschaftsunterkünften gedacht waren. Mittlerweile werden die HOFFER auch in Wartebereichen von öffentlichen Gebäuden als Sitzmöbel verwendet.

Die „Selbsthelfer“-Gruppen arbeiten einmal pro Woche im Herzen der Gemeinden in zentralen Räumen (Pfarrheimen, Schulen etc.). Wesentliche Punkte sind das gemeinsame Vorbereiten, das Aufräumen und die Pünktlichkeit, die Arbeitssprache Deutsch, das Führen von Teilnahmelisten, die Erstellung von Teilnahmebestätigungen etc.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Die Bevölkerung nimmt positiv zur Kenntnis, dass sich die neuen Nachbarinnen und Nachbarn ehrenamtlich engagieren und dem Vorwurf, nur zu nehmen, aktiv entgegenzutreten (Abbau von Vorurteilen/Akzeptanzproblemen). Nachdem das gemeinsame Arbeiten das verbindende Element ist, engagieren sich auch Personen, die bisher nicht mit Zugewanderten in Berührung gekommen sind. Insbesondere auch Jugendliche (Basis für Verstehen und Vertrauen). Wir erleben in den Gemeinden eine große Bereitschaft, den Zugewanderten Nähmaschinen, Stoffe, Räume zum Arbeiten usw. für ihr Engagement zur Verfügung zu stellen. Auch werden die Gruppen und somit die Zugewanderten vermehrt eingeladen, sich an z. B. Dorf- und Pfarrfesten zu beteiligen, sie werden zunehmend als Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen und in die Gemeinschaft integriert.

PROJEKTZEITRAUM

Projektplanung seit Juni 2015
Vereinsgründung im September 2015
Erste „Selbsthelfer“-Nähprojektgruppe ab Oktober 2015

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Stadt und Landkreis Rosenheim (Oberbayern), ca. 300.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 46 Gemeinden

ZIELGRUPPE

Zugewanderte und Deutsche

PARTNER

Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Landratsamt und Stadt Rosenheim, Stiftung Gute Tat – München, Soziale Stadt Rosenheim, betterplace (Crowdfunding-Plattform), viele Privatpersonen und Unternehmen (siehe Unterstützerliste auf unserer Website)

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Aktuell acht „Selbsthelfer“-Gruppen: jeweils drei bis acht deutsche und sechs bis 15 nicht-deutsche Ehrenamtliche, deren Familien und Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn, Bevölkerung, Tafel-Personal etc.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Ausstattung und Material weitestgehend aus vorhandenen Ressourcen (Stoffreste aus Produktion, gebrauchte Kartonagen, gebrauchte Geräte und Maschinen usw.)

Räume können von Projektgruppen unentgeltlich genutzt werden (in Pfarrheimen, Schulen, Unterkünften, kommunalen Einrichtungen etc.)

Verein kann Büroraum und -infrastruktur unentgeltlich nutzen

Jede Projektgruppe hat einen Geldbedarf von ca. 250 bis 400 Euro bei Neugründung und p.a.

Zur Finanzierung einer Organisations- und Koordinierungsstelle für den Verein und die Projektgruppen werden monatlich ca. 500 Euro benötigt

„Eine junge Afghanin erzählte mir, wie viel es ihr bedeutet hat, nicht vor dem Ausgabertisch zu stehen, sondern dahinter. Dass sie endlich etwas zurückgeben kann.“

Heike Maas, Gründerin des Vereins Selbsthelfer e. V.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Personen, die unsere Ziele teilen:

Integration der Zugewanderten als aktive Mitglieder der Gesellschaft:

- Die „Selbsthelfer“-Gruppen bringen die Bürgerinnen und Bürger mit den neuen Nachbarinnen und Nachbarn zusammen;
- Vorbildfunktion der Bürgerinnen und Bürger durch gemeinsames Arbeiten, Deutsch sprechen etc.;
- Basis für Kennen-, Vertrauen- und Verstehenlernen.

Werte Vermittlung:

- Zugewanderte lernen durch gemeinsame Arbeit Solidarität, Gleichheit von Mann und Frau, Freiheit, Demokratie etc. kennen.

Aktive Bürgerschaft:

- Zugewanderte im Ehrenamt: Sie lernen das Funktionsprinzip unseres Staates kennen: jeder bringt sich ein, übernimmt ein Stück Verantwortung etc.

Demografie und Arbeitsmarkt:

- Bei gelingender Integration kann die Zuwanderung bestehende Defizite ausgleichen. Ehrenamtlich tätige Zugewanderte sollen zur Selbstverständlichkeit werden.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Unsere Zwischenergebnisse:

- Acht „Selbsthelfer“-Gruppe in sieben Kommunen (Stand Juli 2016);
- Bereits fünf Mal haben Zugewanderte produzierte Güter übergeben können, z. B. in Gemeinschaftsunterkünften, Containersiedlungen, bei Tafel-Gaben, an Seniorinnen und Senioren etc. Weitere Übergaben sind geplant, z. B. an die Erstaufnahmeeinrichtung München oder die Bahnhofsmision;
- Weitere Neugründungen von „Selbsthelfer“-Gruppen in anderen Gemeinden sind in Planung.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Bürgerinnen und Bürger haben das Projekt initiiert. Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen, die ihre Zukunft gestalten wollen. Die nicht nur schimpfen, klagen, sich beschweren, sondern selbst etwas tun. Bürgerinnen und Bürger, die ihre neuen Nachbarinnen und Nachbarn kennenlernen, verstehen wollen und die sich bewusst sind, dass ihre Vorfahren auch irgendwann einmal Flüchtlinge und Fremde waren.



Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Das Ziel muss sein, dass sich Zugewanderte genauso ehrenamtlich einbringen, wie es die Bayerinnen und Bayern tun. Der ehrenamtlich tätige Zugewanderte soll zur Selbstverständlichkeit werden. Auch in unserer Gesellschaft wird es immer bedürftige Menschengruppen geben, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Wir werden immer Produkte finden, die diesen Personen helfen können, den Alltag zu bestreiten.

Ist das Projekt übertragbar? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Was sind spezifische Faktoren?

Ja, „Selbsthelfer“-Gruppen können überall entstehen! Problemlos. Der Verein hilft gerne mit!

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Von Anfang an alle Gruppen informieren, möglichst beteiligen und um Unterstützung und wohlwollende Begleitung bitten! Unsere Vision: Ehrenamtlich tätige Menschen – Zugewanderte und Deutsche, Junge und Ältere, Frauen und Männer – arbeiten zusammen, übernehmen Verantwortung, gestalten, bringen sich in die Gesellschaft ein, um damit anderen Menschen zu helfen. Eingesetzt werden möglichst vorhandene Ressourcen: eine Win-win-Situation in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht.



KONTAKT

Heike Maas, Vorsitzende
Selbsthelfer e. V.
Gewerbegebiet Schwabering 16
83139 Söchtenau

☎ 08053 - 53 08 088

✉ info@selbsthelfer-verein.de

🌐 www.selbsthelfer-verein.de

📌 [/Selbsthelfer-eV-619631134841573](https://www.facebook.com/Selbsthelfer-eV-619631134841573)

NEUE NACHBARN ARNSBERG

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Die Initiative „Neue Nachbarn Arnsberg“ erleichtert den Flüchtlingen mit vielen gezielten Projekten die Integration in die Gesellschaft sowie in eine neue Kultur und verschafft außerdem den deutschen Bürger_innen einen Zugang zu ihren neu hinzugezogenen Nachbar_innen.

Aus Dankbarkeit für ihre Aufnahme in Deutschland verschenkten die Flüchtlinge Rosen an die Menschen in Arnsberg (Nordrhein-Westfalen), die sie in der Fußgängerzone trafen. Dies rief nicht selten Überraschung, viel öfter sogar Freude hervor und bestätigte wieder einmal das chinesische Sprichwort: „Der kürzeste Weg zwischen zwei Menschen ist ein Lächeln“.

Die Flüchtlinge dieser Gruppe unterstützen andere Flüchtlinge dabei, ein soziales Umfeld aufzubauen, Umzüge durchzuführen und bürokratische Dinge zu erledigen. An dieser Stelle greift die große Stärke der Gruppe: ihre Vielfalt. Menschen mit vielen unterschiedlichen Fähigkeiten bringen sich ein, um etwas Gutes zu bewirken, Verbindungen aufzubauen und Kontakte zu knüpfen. Die Zugewanderten wollen nicht nur Flüchtlinge sein, sondern zu Nachbar_innen werden, so lautet das Vorhaben. Ein großes Vorhaben, an dem alle Beteiligten hart, aber mit viel Freude und Motivation arbeiten.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Die Initiative ist das Bindeglied zwischen Stadtverwaltung, Bürger_innen der Stadt sowie den neu hinzugekommenen Flüchtlingen. Durch die Menschenzugewandtheit, Offenheit und Freundlichkeit baute die Gruppe Skepsis seitens der Bürger_innen gegenüber den kulturellen Unterschieden bei jeder Gelegenheit ab und schuf dadurch an vielen Stellen Freundschaft und eine gegenseitige Hilfsbereitschaft. Das Interesse an der Lebensweise und der Kultur der Deutschen brachte die Integration in großen Schritten voran. Erklärende Texte und Videos, die über die Facebook-Seite verbreitet wurden, konnten zum Verständnis der neuen Umgebung beitragen und Berührungängste abbauen.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Am Projekt beteiligt sind hauptsächlich Flüchtlinge unterschiedlicher Nationen sowie ehrenamtliche Helfer_innen. Unterstützung erfährt die Gruppe stets durch Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung und den Bürgermeister der Stadt Arnsberg. Die Gruppe hat einen Leiter, der die Koordinierung und das Management übernimmt. Es gibt verschiedene Themen-Gruppen. Diese beschäftigen sich z.B. mit Medienpräsenz, Übersetzer-Tätigkeiten und Unterstützung der Bürger_innen bei Gartenarbeiten oder Umzügen. Jede dieser Themen-Gruppen hat einen Vorstand, der die Aktivitäten organisiert und im steten Kontakt zu den anderen Vorständen und der Leitung der Initiative steht.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Durch die Zusammenarbeit der Flüchtlinge mit Stadt und Bürger_innen konnten Praktika- und Ausbildungsplätze vermittelt werden. Dabei gab es Begleitung und Betreuung von ehrenamtlichen Helfer_innen, die sich in großen Teilen eher als Freunde derjenigen bezeichnen würden, die sie auf ihrem Weg begleitet haben und weiterhin begleiten.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Vorantreibende Kraft der Initiative war von Anfang an Moneer Al-Shikh. Er motivierte die Mitglieder, stellte persönlich Kontakt zum Bürgermeister und der Stadtverwaltung her. Darüber hinaus hielt er Rücksprache mit ehrenamtlichen Helfer_innen, die stets bei Bedarf zu helfen bereit waren und dabei der Gruppe ihre Freiheit und Selbstständigkeit nicht nahmen. Seine unnachahmliche Energie und die mitreißenden Worte aktivierten viele, an dem Projekt teilzuhaben und mitzuwirken.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Mit einmaligen oder kurzzeitigen Projekten sollen Akzente gesetzt und zum Denken angeregt werden. Danach ist Platz für neue Ideen, die die Kreativität der Gruppe beweglich halten. Nachhaltige Projekte schaffen Beständigkeit sowie eine zukunftsgerichtete Perspektive. Beispiele für jene Projekte sind die monatlichen Treffen unter dem Thema „Sprechen vom Herz“ für geflohene Frauen und ebenso Frauen, die schon lange in Arnsberg leben. Eine Gelegenheit sich auszutauschen, sich kennenzulernen und das Herz auszuschütten.

PROJEKTZEITRAUM

Beginn der Aktivität war unmittelbar nach den Pariser Anschlägen am 13. November 2015.

Die Gruppe organisierte in äußerst kurzer Zeit eine Demonstration, um der Opfer zu gedenken, Solidarität mit Opfern, ihren Angehörigen und Freunden zu zeigen und, um ein Zeichen gegen Terrorismus zu setzen.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Die Gruppe agiert in der Stadt Arnsberg. Hier werden Unterstützung jeglicher Art geboten und Events organisiert. Darüber hinaus strebt die Initiative mit ihrem Engagement an, Menschen in anderen Orten zu inspirieren und zur Hilfsbereitschaft zu motivieren.

ZIELGRUPPE

Flüchtlinge, Ehrenamtliche, Bürger_innen

PARTNER

Caritas, Seniorenheim Klostereichen

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

40 Personen

BENÖTIGTE RESSOURCEN

IT-Equipment für Ton- und Videoaufzeichnungen sowie Öffentlichkeitsarbeit über das Internet; finanzielle Unterstützung für Projekte (z. B. Fahrradkurs- und Nachhilfe-Projekt)

„Es ist uns wichtig, etwas zurück zu geben und auf die Menschen in Arnsberg zuzugehen“

so fasst Initiator Moneer Alshikh die Projektidee zusammen.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Das Projekt ist auf andere Orte übertragbar und genau dies ist eine der Motivationen der Initiative: zur Nachahmung inspirieren. Voraussetzungen hierfür sind, dass die geflohenen Menschen ein hohes Maß an Motivation und Einsatz aufweisen, dass die Verwaltung der jeweiligen Stadt kooperationsbereit ist und Interesse sowie Offenheit aufseiten der Bürger_innen vorhanden sind.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Jeder kann den Mut aufbringen, Dinge zu verändern. Es kommt auf jeden einzelnen an und jede kleine gute Tat, die Teil eines Großen sein kann. Wenn man sich für ein großes Ziel einsetzt, stößt man auf größere und kleinere Hindernisse, auf Menschen, die einen weiterbringen und Menschen, die einen zurückwerfen. Doch all dies ist es wert, sich dafür einzusetzen. Besonders, wenn das Ziel ist, Menschen dabei zu unterstützen, Teil einer Gesellschaft zu werden und ein neues Zuhause zu finden.



KONTAKT

Moneer Al-Shikh, Leitung
Neue Nachbarn Arnsberg
Rathausplatz 1, Zimmer 116
59759 Arnsberg

☎ 02932 - 20 11 827

✉ neue.nachbarn.arnsberg@gmail.com

🌐 www.neue-nachbarn-arnsberg.com

📘 facebook.com/N.N.Arnberg

Integration durch SPORT

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Grundidee ist, dass über den Zeitraum von einem Jahr wöchentlich, immer sonntags, drei Lehreinheiten bedarfsgerechter Bewegungs- und Sportangebote im DjK Sportverein Furth e.V. (Kreis Landshut) durchgeführt werden, um eine schnelle Integration der minderjährigen Flüchtlinge im Sportverein zu erreichen. Die Einheiten werden von erfahrenen und engagierten Übungsleiter_innen und Trainer_innen, die überwiegend aus dem Jugend-/Jungerwachsenenbereich stammen, abgehalten. Teilnehmen sollen neben den Flüchtlingen auch Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene aus allen sieben Vereinsabteilungen (Tennis, Tischtennis, Fußball, Volleyball, Stockschießen, Ju-Jutsu und Gymnastik/Turnen).

Das Projekt „Integration durch Sport“ leistet einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Willkommens- und Anerkennungskultur, erleichtert die Integration und hilft dabei, Hemmschwellen abzubauen. Die jungen unbegleiteten Flüchtlinge wurden daher aktiv mit in das Projekt eingebunden.

Mithilfe des Projekts wird der Aufbau von sportlichen Vereins- und Verbandsstrukturen in Deutschland vermittelt, darüber hin-

aus stellen die Demokratietrainer_innen des Sportvereins die Grundzüge der politischen Bildung dar.

Die soziale Situation der Flüchtlinge verbesserte sich, Schwellen- und Berührungängste wurden abgebaut sowie Sprachbarrieren beseitigt. Mittelfristig sollen die Flüchtlinge Mitglieder in einzelnen Abteilungen des Vereins werden und selbst eventuell Verantwortung als Club- bzw. Sportassistenten übernehmen. Planungen hierfür laufen bereits mit der Bayerischen Sportjugend Kreis Landshut.

Vom Projekt profitiert haben Verein und Gesellschaft, da wahrgenommen wurde, dass ehrenamtliches Engagement sportartübergreifend stattfindet.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Es ist klar erkennbar, dass sich die soziale Situation der jungen Flüchtlinge erheblich verbessert hat. Durch die strukturellen Ansätze wurden Freundschaften geschlossen, Rahmenbedingungen für unterschiedliche soziale Kontakte geschaffen und die meisten von ihnen besuchen die Sportangebote einzelner Abteilungen (Fußball, Volleyball, Ju-Jutsu, Tischtennis).

Wer beteiligt sich am Projekt?

Neben den Demokratietrainer_innen, die das Projekt angestoßen haben, beteiligen sich

„Nicht das Haar in der Suppe suchen, sondern gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden und umzusetzen!“

alle sieben Abteilungen des Vereins. Trainer_innen und Übungsleiter_innen aus dem jeweiligen Jugendbereich übernehmen die Trainingseinheiten und binden Jugendliche und Jungerwachsene aus der Abteilung mit ein. Auch die Vorstandschaft und Verantwortliche aus der Sportpolitik betätigen sich als Referent_innen.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Für den Bereich Ju-Jutsu: Drei Jugendliche aus Afghanistan legten eine Prüfung zum Gelbgurt ab und besuchen regelmäßig die Trainingsstunden bei Jugendlichen und Erwachsenen. Für den Bereich Fußball: Eine große Anzahl der Jugendlichen aus Afghanistan nimmt regelmäßig an den Trainingsstunden und dem regulären Spielbetrieb im Jugendbereich teil.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Sabine und Fritz Schweibold, Demokratietrainer_innen der Deutschen Sportjugend, haben das Projekt initiiert. Beide sind selbst als Trainer_in und Übungsleiter_in im Verein/Verbänden und in der sportlichen Aus- und Weiterbildung tätig und mit unterschiedlichen sportlichen Strukturen (Verein, Verband, Deutsche Sportjugend, Bayerische Sportjugend) sehr gut vernetzt. Daher konnten sie Trainer_innen, Übungsleiter_innen und Referent_innen für die Projekteinheiten von „Integration durch Sport“ gewinnen.



KONTAKT

Fritz Schweibold,
Jugendleiter des DjK Sportvereins
Furth e. V.
Am Pfarrfeld 2
84095 Furth

☎ 0171 - 8932216

✉ jugendleiter-djk-furth@t-online.de

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Der Projektzeitraum soll nur als Initialzündung für die Integration der Flüchtlinge dienen. Nachhaltig soll natürlich die weiterführende Integration in den Sportverein und die Verbände erfolgen. Durch die Zusammenarbeit mit der Bayerischen Sportjugend wird angestrebt, dass interessierte und geeignete Jugendliche Verantwortung als Trainer_innen/Übungsleiter_innen/Clubassistent_innen übernehmen. Andere sollen nach ihren Möglichkeiten gefördert werden, um eventuell im Leistungssport weiter zu machen und selbstverständlich sollen alle anderen Spaß am gemeinsamen Sport haben.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Das Projekt ist auf jeden Verein/Verband bzw. Institution übertragbar. Es geht dabei nicht primär um sportliche Erfolge und Siege, sondern um ein Miteinander. Dabei sind auch Örtlichkeiten zweitrangig. Improvisation und Flexibilität sind gefragt. Hervorragende Ideen für Aktivitäten kamen von allen Beteiligten. Es musste einfach nur jemand in die Hand nehmen und die Verantwortung übernehmen. Das Angebot der Beteiligung war sehr groß und die Aufgaben und Verbindlichkeiten rund um die Durchführung der einzelnen Sporteinheiten wurden sehr ernst genommen.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Sich nicht von administrativen oder bürokratischen Hürden abhalten lassen. Verantwortung übertragen und Verbindlichkeiten einfordern. Den Nutzen für die Gesellschaft und den Sport vermitteln.

PROJEKTZEITRAUM

01.01.2016 – 31.12.2016

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Furth im Kreis Landshut, ca. 3.500 Einwohner_innen (15 km nordwestlich der Bezirkshauptstadt Landshut und ca. 70 km nordöstlich von München gelegen)

ZIELGRUPPE

Junge unbegleitete Flüchtlinge, die im ehemaligen Kloster untergebracht sind, sowie einheimische Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene mit Interesse am Sport

PARTNER

Deutsche Sportjugend, Verantwortliche des DJK SV Furth, Trainer_innen und Übungsleiter_innen der einzelnen Sportarten im Verein

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Regelmäßig ca. 20 Teilnehmer_innen je Sportangebot

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Turnhallen und Sportanlagen, Seminarraum, Personalkosten werden durch geringe Aufwandsentschädigung vergütet

BRELINGER

Mitte

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Ein Dorf kauft ein Haus! Die Bürger_innen von Brelingen (Niedersachsen) gründeten einen Eigentümerverein und erwarben das ehemalige, denkmalgeschützte Gasthaus im Herzen des Dorfes. Im Gebäude befindet sich der einzige ortsansässige Lebensmittelmarkt. Der Erhalt des Gebäudes, des kleinen Marktes und der Postagentur wurde zur zentralen Aufgabe des Eigentümervereins. Darüber hinaus gründeten die Brelinger Bürger_innen einen Kulturverein, der das Leben im Haus seit nunmehr elf Jahren organisiert.

Das Projekt „Brelinger Mitte“ besteht also aus zwei ineinandergreifenden Aktionsfeldern: die Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudes und die kulturelle Belebung der Dorfgemeinschaft.

Die „Brelinger Mitte“ stellt einen Freiraum dar, in dem spontane Ideen umgesetzt werden können und spielt eine impulsgebende Rolle beim Entwickeln integrierender Dorfgemeinschaftsprojekte. Es können sowohl der Jugendfilmworkshop als auch ein Mehrgenerationen Poetry-Slam stattfinden. Zwölf Konzerte, zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Orgelbauverein der gegenüberliegenden Kirche, sind Grundgerüst des Veranstaltungsprogrammes. Dazu gehört die Reihe Winter-Jazz, die über die Grenzen der Region bekannt ist. Inzwischen gibt es einen jährlich stattfindenden Dorfabend, an dem die Männerkochgruppe und unsere Musiker_innen das Dorf zum Essen und Mitsingen einladen. Hier treffen sich alle Generationen. Zum ersten

Advent öffnet das Haus die Tür zu „Keks und Kunst“. Im zwei Jahres-Rhythmus findet außerdem – unter der Leitung des Kulturvereins – zwei Tage lang „Kultur im Dorf“ statt. Immer wieder suchen wir die Zusammenarbeit mit Künstler_innen und die Vernetzung mit den ortsansässigen Schulen und Kindergärten sowie den Vereinen des Ortes. Wenn genug Geld zusammengekommen ist, können die Renovierung fortgesetzt, das Dach gedeckt, die Toiletten saniert und die Brandschutzaufgaben umgesetzt werden.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Durch die Rettung des Lebensmittelmarktes gibt es eine große Identifikation mit dem Projekt. Der kulturelle Raum, der neu geschaffen wurde, verändert langsam das Freizeitverhalten. Die Auftritte von sehr unterschiedlichen Künstler_innen, die sonst nicht in dieses Dorf gekommen wären, steigern die Lebensqualität und das Wir-Gefühl unter den Bewohner_innen.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Das Projekt lebt durch die engagierten Bürger_innen des Dorfes Brelingen. Es ist ein rein ehrenamtliches Projekt. Durch den Erwerb und die Weiterführung des Lebensmittelmarktes konnten sogar Arbeitsstellen im Dorf erhalten werden.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Erhalt von: Lebensmittelmarkt, Poststelle und Gebäudesubstanz. Weitere Ergebnisse: elf Jahre Kulturarbeit mit einem jährlichen Programm, Rückgewinnung von Gemeinschaftssinn und Zusammenarbeit im Dorf, hohe Identifikation

mit dem Ortsgeschehen, gesellschaftsbildender Gestaltungswille, z.B. haben wir Sprachlerngruppen für Flüchtlinge eingerichtet.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Brelingen drohte das Schicksal so vieler kleiner Orte: abgehängt von lebendiger Infrastruktur, zu veröden. Dem Trend zum Trotz nahmen die Brelinger Bürger_innen die Geschicke des Dorfes selbst in die Hände. Sie gründeten einen Verein, sammelten Geld (120.000€) und kauften. Es war mutig und risikoreich – jeder Baustein kostete 500€. Man konnte sich zusammentun, um einen zu kaufen oder einen kaufen und verschenken – auf jeden Fall kann jeder täglich sehen, wie sich das Geld in Kultur, Vielfalt und Gemeinschaft auszahlt.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Das Haus ist im Besitz von ca. 150 Personen und ist schuldenfrei. Somit ist das Projekt gut aufgestellt, um nachhaltig weiter zu wachsen.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Ja, wenn die Gemeinschaft zusammensteht und wenn es mutige Menschen gibt, die in die Gemeinschaft investieren wollen. Unseren Nachbargemeinden haben ähnliche Projekte erfolgreich durchgeführt.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Es macht zufrieden, an einem Projekt mitzuwirken, das die Menschen wieder zusammenführt. Außerdem macht es Spaß, Freiräume zu haben, in denen man auch als Erwachsener mit Ideen spielen kann.

PROJEKTZEITRAUM

Das Projekt besteht seit elf Jahren und ist zeitlich unbegrenzt.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Das Dorf Brelingen liegt im Norden von Hannover, es hat ca. 2.500 Einwohner_innen und gehört zur Gesamtgemeinde Wedemark.

ZIELGRUPPE

Alle Menschen in der Gemeinde Wedemark

PARTNER

Unterstützung durch die Landesarbeitsgemeinschaft für Soziokultur, das Land Niedersachsen und die Gemeinde vor Ort

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

150 Mitglieder, die als Eigentümer_innen ihr Geld zinslos dem Eigentümerverein zur Verfügung gestellt haben

Im Kulturverein gibt es eine ständig wachsende Anzahl von Mitgliedern, zurzeit 280

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Die Räumlichkeiten des Eigentümervereins werden vom Kulturverein angemietet. Es gibt langfristige Mietverträge, die die nachhaltige planbare Kulturarbeit möglich machen. Der Verein arbeitet hauptsächlich ehrenamtlich.

KONTAKT

Bettina Arasin
Marktstraße 8
30900 Wedemark OT Brelingen

✉ info@brelinger-mitte.de

🌐 www.brelinger-mitte.de

Generationen-Netzwerk BOXBERG

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Wir sind Interessierte verschiedener Generationen, die sich für ein gutes Miteinander von Jung und Alt in Boxberg (Baden-Württemberg) und seinen Ortsteilen einsetzen.

Unsere Ziele sind:

- Ideen entwickeln, wie sich jüngere und ältere Menschen unterstützen können;
- Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammenbringen;
- Begegnungen von Menschen verschiedener Konfessionen, Religionen und Kulturen ermöglichen.

Im Jahr 2010 wurde die Interessengemeinschaft „Generationen-Netzwerk Boxberg“ gegründet. Im April 2014 entstand der selbstständige Verein Wir verbinden Boxberg, der einen Fahrdienst mit einem E-Auto organisiert, welches von ehrenamtlichen Fahrer_innen gesteuert wird. Im März 2014 wurde ein Büchertauschregal im evangelischen Gemeindehaus in Boxberg aufgestellt. Hier können Bücher eingestellt und kostenlos entnommen werden. Ab Sommer 2015 wurde ein Bücher- und Mediendienst eingeführt, der Bücher und Medien auf Anforderung nach Hause bringt bzw. von dort wieder in die städtische Mediothek zurückführt. Seit dem Frühjahr 2016 besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Realschule Boxberg. Sie besteht darin, dass

Schüler_innen der Klassenstufe 8 im Rahmen der Medienerziehung Erwachsene in einem vierwöchigen Kurs jeweils eine Stunde pro Woche im Gebrauch von Computern, Handys und Smartphones unterrichten.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Vor allem die Computer- und Smartphone-Kurse fördern den Austausch und den Kontakt zwischen der jungen und der älteren Generation. Schüler_innen erleben sich in der Rolle der Unterrichtenden und ältere Menschen profitieren vom Wissen der Schüler_innen. Nach dem ersten Kurs wurden vor allem die Geduld und die Freundlichkeit der Schüler_innen gelobt. Über den Kontakt in den Kursen und darüber hinaus, haben sich so mehr junge und alte Menschen aus den Stadtteilen der Stadt Boxberg kennengelernt.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Am Projekt sind ehrenamtliche Freiwillige beteiligt, außerdem besteht eine Kooperation mit dem Diakonischen Werk im Main-Tauber-Kreis, dem Verein Akzente e.V. sowie der Realschule Boxberg. Die Freiwilligen treffen sich regelmäßig zu Arbeitsessen in der Cafeteria der städtischen Mediothek Boxberg. Außerdem werden Protokolle an weitere Interessent_innen geschickt. Vonseiten der Realschule Boxberg sind der zuständige Lehrer für den Bereich Medienerziehung sowie die Schulleiterin beteiligt.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Durch Werbung in der Zeitung sowie im Amtsblatt der Stadt Boxberg wurden die Computer- und Smartphone-Kurse bekannt gemacht. Außerdem sind nachbarschaftliche Kontakte über die Kurse hinaus entstanden. Diese ergaben sich über den Computer-Kurs in der Schule, z.B. wünschte sich eine Bürgerin direkte Unterstützung am PC zu Hause. Eine Schülerin, die in der Nachbarschaft wohnt, erklärte sich gerne dazu bereit.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Während der Arbeitsessen der Mitglieder des „Generationen-Netzwerks“ wurden Ideen gesammelt, wie sich Jung und Alt gegenseitig unterstützen können. Dazu gehörten auch die Bereiche Computer und Handy. In einem Gespräch mit der Schulleitung der Realschule Boxberg wurde dies vorgetragen. Mehrere Monate nach diesem Gespräch kam die Realschule Boxberg auf das „Generationen-Netzwerk Boxberg“ zu und der für den Bereich Medienerziehung zuständige Lehrer besprach mit dem „Generationen-Netzwerk“ konkrete Umsetzungsmöglichkeiten. So ergab sich vonseiten der Lehrkraft der Plan, gemeinsam mit Schüler_innen Arbeitsmaterialien für einen Computer- und Smartphone-Kurs zu entwickeln. Im März 2016 konnte der erste Kurs durchgeführt werden.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Nach Rücksprache mit der Realschule Boxberg soll das Projekt langfristig angelegt werden. Angestrebt ist, dass möglichst

PROJEKTZEITRAUM

Seit 2010 besteht die Interessengemeinschaft „Generationen-Netzwerk Boxberg“ (kein eingetragener Verein). Das Projekt ist langfristig angelegt.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Boxberg liegt am Rande der Ferienregion Liebliches Taubertal und hat 6.707 Einwohnende, die sich auf 13 Ortschaften verteilen.

ZIELGRUPPE

Interessierte aller Altersgruppen aus allen Nationen

PARTNER

Das Diakonische Werk im Main-Tauber-Kreis, die Evangelische Erwachsenenbildung Odenwald-Tauber, die Evangelische Kirchengemeinde Boxberg-Wölchingen – Club Boxberg, die Mediothek Boxberg, Akzente e. V., Wir verbinden Boxberg e. V., die Realschule Boxberg

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Derzeit sind sechs Ehrenamtliche aktiv. Vonseiten der Realschule Boxberg werden die PC- und Medienkurse durch eine Lehrkraft und Schüler_innen der Klassenstufe 8 durchgeführt.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Finanzielle Unterstützung für Kommunikationsabläufe und Werbematerial, ehrenamtlich Mitarbeitende

„Die Klasse ist komplett verwandelt. Die Zusammenarbeit zwischen den Generationen fordert die Sozialkompetenz unserer Schüler.“

Der unterrichtende Lehrer

„Ich hätte nie gedacht, dass ich mal an einem Computer etwas richtig machen werde.“

Eine Teilnehmerin

viele Schüler_innen der Klassenstufe 8 Erwachsene im Gebrauch von Computern und Smartphones vier Stunden lang „unterrichten“. Damit wird dieses Vorhaben in den pädagogischen Lehrplan der Realschule implementiert.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Das Projekt der Computer- und Smartphone-Kurse ist übertragbar, wenn auch die Schule dazu bereit ist und eine Lehrkraft Freude an dieser Aufgabe gewinnt. Seitens des „Generationen-Netzwerks“ sind die Werbung für den Kurs sowie die Begleitung während der Kurse unbedingt zu empfehlen, um einen guten Kontakt zwischen Schüler_innen und Erwachsenen zu ermöglichen. Auch die Anmeldung für die Kurse übernimmt das „Generationen-Netzwerk“, sodass die Schule damit keine Organisationsarbeit hat.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Stolpersteine können Erwachsene sein, die nicht regelmäßig an den Kursen teilnehmen.

Dies mindert bei den Schüler_innen die Freude am „Unterrichten“. Es ist auch darauf zu achten, dass möglichst ein bis zwei Schüler_innen einen Erwachsenen betreuen, damit ein guter direkter Kontakt zwischen den beiden Generationen entstehen kann. Wir haben auch gelernt, dass es gut ist – gleich bei der Anmeldung zum Kurs –, die Erwachsenen darauf hinzuweisen, dass sich die Schüler_innen über einen Beitrag zur Klassenkasse freuen würden. Was gar nichts kostet, wird manchmal auch nicht ernst genommen...

KONTAKT

Gardis Jacobus-Schoof
Rondellweg 13
97944 Boxberg

☎ 07930 - 21 63

✉ g.jacobusschoof@web.de

VereinspilotInnen

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Im ländlichen Raum sind besonders viele Menschen ehrenamtlich in Musikvereinen und Chören engagiert. Diese Vereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratiestärkung in unserer Gesellschaft. Sie schaffen Orte, an denen die Einwohner_innen zusammenkommen, Freude haben und ein für sie wichtiges Ziel gemeinsam verfolgen. Das kulturelle Angebot von Musikvereinen und Chören erhöht die Lebensqualität auf dem Land und hemmt zugleich Abwanderungsbewegungen.

Der demografische Wandel und die Bürokratisierung stellen für viele Vereine jedoch Herausforderungen dar. Um diese erfolgreich zu meistern, bietet die Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen (Baden-Württemberg) im Herbst 2016 erstmals Weiterbildungen für „VereinspilotInnen“ an. Aktuelle und angehende Vorstände von Musikvereinen und Chören erfahren hier alles rund um ein modernes Vereinsmanagement. Projektpartner ist die Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände (BDO).

Was heißt modernes Management im Verein? Wie gewinnt man ehrenamtlichen Nachwuchs? Was gilt es hinsichtlich GEMA und in Bezug auf das Veranstaltungsrecht zu beachten? Diese und weitere Fragen sind relevant für die Zukunftsfähigkeit vieler Musikvereine

und Chöre und werden in der Weiterbildung für „VereinspilotInnen“ thematisiert. Das Angebot stößt auf sehr positive Resonanz. Insgesamt erreichten die Bundesakademie innerhalb weniger Wochen rund 200 Anmeldungen – 52 Interessierten aus zehn Bundesländern wird eine Teilnahme ermöglicht.

Ziel des Projektes ist die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in der Musik.

Darüber hinaus fand im Juni 2016 eine Netzwerkveranstaltung „Ehrenamtliches Engagement in der Musik“ statt. Vertreter_innen von Verbänden und Vereinen diskutierten hier über Probleme von Musikvereinen und Chören und entwickelten die inhaltliche Ausrichtung des Weiterbildungsangebotes mit. Im Rahmen einer bundesweiten Workshopreihe zu „Potenzialen der Nachwuchsgewinnung“ veranstaltete die Bundesakademie außerdem Seminare in Sachsen und Niedersachsen.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Musikvereine und Chöre spielen für das gemeinschaftliche Zusammenleben im ländlichen Raum eine wichtige Rolle. Musik kann auch dort verbinden, wo eventuell Sprechbarrieren bestehen. Die Weiterbildung für „VereinspilotInnen“ unterstützt angehende und aktuelle Vorstände bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit und regt sie beispielsweise zu einer gezielten Nachwuchsarbeit an, die auch bislang weniger beachtete Zielgruppen berücksichtigt.

„Aus den Rückmeldungen unserer Verbände und Vereine wissen wir, dass die Ehrenamtlichen sich eine Entlastung in der Vorstandsarbeit wünschen – mit der Weiterbildung setzen wir genau an dieser Stelle an.“

Lorenz Overbeck, Geschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände

Wer beteiligt sich am Projekt?

An den „Weiterbildungen für VereinspilotInnen“ nehmen im Herbst 2016 52 Akteur_innen teil, davon je ca. zur Hälfte Frauen und Männer. Die Altersstruktur liegt zwischen 21 und 74 Jahren.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Neben den Präsenzterminen an der Bundesakademie Trossingen erhalten die Teilnehmer_innen der Weiterbildungen für „VereinspilotInnen“ Muster-Vereinssatzungen, Musterverträge und -formulare, die sie langfristig bei der Vereinsarbeit unterstützen. Speziell zu diesem Zweck entwickelte digitale Onlineseminare können immer wieder angeschaut und von vielen Akteur_innen genutzt werden.



KONTAKT

Bundesakademie für musikalische
Jugendbildung Trossingen
Hugo-Herrmann-Straße 22
78647 Trossingen

Susanne Dengel
Projektleitung
✉ dengel@bundesakademie-trossingen.de

Danica Dreisbach
Projektsachbearbeitung
☎ 07425 - 94 93 20
✉ dreisbach@bundesakademie-trossingen.de

🌐 www.bundesakademie-trossingen.de

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Die BDO hat das Projekt initiiert. Für die BDO ist die Entlastung ehrenamtlich Engagierter ein zentrales Anliegen.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Das Projekt setzt auf Nachhaltigkeit: Im Jahr 2016 haben wir die Bedarfe bei Vereinen und Verbänden ermittelt. Bei einer von uns angestrebten Fortsetzung des Projektes bilden wir Multiplikator_innen auf Kreisebene in der Fläche aus.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Die modellhafte Umsetzung des Projektes wird zunächst im Feld Musik durchgeführt. Dieses Feld bietet sich aufgrund seiner hohen Relevanz und seiner besonders hohen aktuellen Belastung im Ehrenamt an. Eine spätere Übertragung auf andere engagementgeprägte Bereiche ist nach erfolgreicher Erprobung möglich. Außerdem bekunden auch andere vereinsgetragene Strukturen im Bereich der Musik ihr grundsätzliches Interesse an der Projektidee.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Die Bedarfserhebung bei den Vereinen und Verbänden hat sich als besonders wichtig herausgestellt: So gelang es, das neue Weiterbildungsangebot für „VereinspilotInnen“ auf die Bedürfnisse von Vereinen vor Ort abzustimmen.

PROJEKTZEITRAUM

01.01. – 31.12.2016

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

In Trossingen (Baden-Württemberg) Die Teilnehmer_innen kommen aus zehn Bundesländern
Darüber hinaus fanden Workshops in Sachsen und Niedersachsen statt

ZIELGRUPPE

Aktuelle und angehende Vorstände von Musikvereinen und Chören sowie Personen, die die Vorstände unterstützen möchten

PARTNER

Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen in Kooperation mit der BDO

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Rund 200 angehende und aktuelle Vereinsmitglieder bekundeten innerhalb weniger Wochen ihr Interesse an dem Weiterbildungsangebot für „VereinspilotInnen“.

Im Herbst 2016 wird 52 Teilnehmer_innen aus zehn Bundesländern eine Weiterbildung ermöglicht.

Um mehr über den Bedarf der Vereine zu erfahren, veranstaltete die Bundesakademie Trossingen in Kooperation mit der BDO im Juni 2016 eine Netzwerkveranstaltung, an der rund 70 Vertreter_innen von Vereinen und Verbänden teilnahmen. Im Rahmen einer bundesweit angelegten Workshopreihe fanden Workshops in Sachsen und Niedersachsen statt, an denen sich je ca. zehn bis 15 Vereins- bzw. Verbandsmitglieder beteiligten.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

LAND- KUNST- LEBEN e. V.

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Das Projekt „landkunstleben“ ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, der sich 2001 in einem kleinen Dorf im östlichen Brandenburg gegründet hat. Gründungsmitglieder sind Künstler_innen, Kulturarbeiter_innen, Bäuerinnen und Bauern sowie Gärtner_innen, die gemeinsam die Vereinsziele – Förderung der zeitgenössischen Kunst, internationaler Austausch und Pflege der Umwelt und der Kultur der Nachhaltigkeit – verfolgen.

Parallel zur regelmäßigen Produktion von Ausstellungen und partizipativen Kunstprojekten wird seit 2003 der zwei ha große Garten Steinhöfel ökologisch betrieben. Er entwickelte sich zum Schau-, Lern- und Arbeitsgarten, insbesondere durch die Einbeziehung von Menschen aus den Dörfern der Gemeinde Steinhöfel und durch die Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Freiwilligen.

„landkunstleben“ und der Garten Steinhöfel haben sich als konkreter Ort und als soziale und kulturelle Schnittstelle etabliert und finden Unterstützung und Zuspruch: lokal, regional und international. Letzteres durch die Umsetzung europäischer Projekte. Wir haben mit über siebzig Künstler_innen vor Ort zusammengearbeitet.

Seit 2006 bieten wir auch Kochkurse im Garten an, die großen Zuspruch finden (www.kochende-gaerten.de).

Detaillierte Informationen zum Projekt:

Architektonisches und kulturelles Erbe, Garten- und Landschaftspflege, Kunst und kulturelles Engagement zeichnen das acht km nordöstlich von Fürstenwalde gelegene Dorf Steinhöfel im Landkreis Oder-Spree aus. Kultur hat hier Tradition und erschließt sich unmittelbar im historischen Ensemble und dem Park, der als einer der ältesten und schönsten Landschaftsparks Brandenburgs gilt. Seit 2001 engagiert sich der Verein „landkunstleben“ insbesondere im Gelände der verwaisten, an den Park angrenzenden Schlossgärtnerei: Ein Garten ist geschaffen worden, der ökologisch und nachhaltig die lokale Gartentradition fortsetzt und mit zeitgemäßen Themen verbindet. 2007 wurde die Gartenanlage mit einer Anerkennung im Rahmen des Brandenburgischen Architekturpreises gewürdigt.

Der Kunstverein zeigt kontinuierlich Sommerausstellungen von internationalen Künstler_innen, organisiert attraktive Feste und Veranstaltungen und hat Steinhöfel damit – auch mit zeitgemäßen Projekten – auf die Kulturlandkarte gesetzt. Den Schwerpunkt der kulturellen Arbeit des Vereins bilden partizipative, Umfeld und Menschen einbeziehende Kunstprojekte, die vor Ort immer wieder ein spannendes sozialräumliches Gefüge entstehen lassen, was auch die Regionalforschung mit größtem Interesse verfolgt.

„landkunstleben“ finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden, hat 35 Mitglie-

der, von denen fünf ehrenamtlich das Gartenprojekt und die Veranstaltungen betreuen. Die Hauptakteur_innen sind Einwohner_innen der Gemeinde Steinhöfel. Kunstprojekte, Ausstellungen und Umweltbildungsarbeit werden durch Projektmittel finanziert. Sehr erfolgreich wurde in den vergangenen Jahren auch das Projekt „Kochende Gärten“ umgesetzt. Am Kochmobil im Freien werden die im Garten ökologisch angebauten alten und seltenen Gemüse- und Obstsorten verarbeitet. Die Kurse haben inzwischen Besucher_innen aus ganz Deutschland und sind meist ausgebucht. Mit dem modellhaften Gartenprojekt hat „landkunstleben“ bereits zwei zweijährige EU-Kultur 2000-Projekte mit vielen internationalen Teilnehmer_innen bestritten. Außerdem wurden zwei EU-Grundtvig Lernpartnerschaften im Bereich der informellen Erwachsenenbildung durchgeführt. Tätig sind im Verein seit einigen Jahren zudem FSJler_innen (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Kultur sowie Europäische Freiwillige.

Zusammen mit anderen brandenburgischen Kunstakteur_innen hat „landkunstleben“ 2006 ein Netzwerk initiiert, das künstlerische Projekte insbesondere aus dem ländlichen und peripheren Raum zusammenbringt. Das Netzwerk für RaumUmordnung (RUO) setzt sich mit der Entwicklung des ländlichen Raums als Handlungsraum einer zeitgemäßen, weltoffenen und zugleich lokal verankerten Landkultur auseinander. Sowohl „landkunstleben“ als auch das Netzwerk und seine Mitglieder sind in den Themenjahren von Kulturland Brandenburg regelmäßig präsent gewesen. In 2014 startete das Netzwerk die Veranstaltungsreihe „Kreative Provinz“ mit einer Auftaktveranstaltung im Brandenburgischen Kunstverein in Potsdam.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Das Projekt hat einen lebendigen Raum des Austauschs zwischen den Beteiligten und den Besucher_innen in Dorf, Gemeinde und Region bewirkt. Aufgrund unserer langjährigen Aktivität ist Vertrauen gewachsen, unsere Mitmachenden

PROJEKTZEITRAUM 2001 – 2016

ZIELGRUPPE

Die lokale Bevölkerung vor Ort
Besucher_innen aus der Region und aus dem Berliner Ballungsraum
Altersmäßig ist die Zielgruppe generationenübergreifend, auch inklusiv, da wir mit entsprechenden Gruppen durchgängig Projekte umsetzen (Lernbehinderte, sozial Benachteiligte)

PARTNER

Individuen und Vereine aus der Gemeinde und der Region und durch europäische Projekte auch internationale Partner_innen

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Jährlich kommen etwa 3.000 – 4.000 Besucher_innen von Garten, Ausstellungen und Workshops zu uns. Etwa zehn Personen arbeiten regelmäßig aktiv mit.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Wir benötigen Gelder für Räumlichkeiten und Personalstellen. Seit 15 Jahren realisieren wir einen durchgängigen Betrieb unserer Aktivitäten mit Hilfe von Spenden von Mitgliedern und Projektförderungen. Die Fortführung des eigentlich erfolgreichen Projektes „landkunstleben“ steht Jahr um Jahr auf der Kippe, da sich nachhaltige und beständige Arbeit ohne finanzielle Ressourcen kaum halten lässt.

haben sich positiv entwickelt und stehen zum Projekt. Durch gemeinschaftliches Engagement und Zusammenarbeit gelingt es uns, Vorurteile kleinzukriegen und Haltungen, insbesondere feindliche Ressentiments, durch konkretes Miteinander zu modifizieren, sowie Umstimmung, Empathie und Reflexion anzuregen.

„Der engagierte Regionalforscher in mir ist zunächst einfach sprachlos, wie sich hier ländliche mit metropolitanen Netzen in der Wiederaneignung des aufgelassenen Gutsgartens verschränken.“

Ulf Matthiesen über „landkunsten e. V.“ und den Garten Steinhöfel in „Hinterland Avantgarden?“, Ausstellungskatalog, slap e. V. und landkunsten e. V. (Hrsg.) 2007.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Das Projekt wird von lokalen Akteur_innen getragen. Ob lokal, regional, national oder international – der Kreis unserer Teilnehmer_innen ist breit gefächert. Seit 2015 wurden zunehmend Projekte mit Geflüchteten realisiert. Für den letztjährigen Workshop „Zugvögel“ – mit einem Kulturmanager aus dem stART Programm der Robert Bosch Stiftung – gab es Anerkennung und die Aufnahme in die Publikation „Geflüchtete und Kulturelle Bildung“ im Transcript Verlag.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Neben zahlreichen Ausstellungen und Kunstprojekten entstanden mehrere Filme mit Kindern, Jugendlichen und Dorfbewohner_innen. Großen Anklang fanden auch die Aufführungen vom „Bänkelgesang“, der die Geschichte und die Geschichten der Dörfer der Gemeinde und ihrer Bewohner_innen spielerisch und mit erfrischendem, klugem Humor aufgriff. Wir haben ein Kunstprojekt mit Foto-, Audioportraits und Videos mit zwanzig Bewohner_innen der Gemeinde gemacht, die den Zeitraum von 1945 bis heute aufgreifen. Es ist uns gelungen, bedeutende lokale Kulturgeschichte, aber auch markante Erinnerungsorte, wie z. B. die ehemalige Hachscharah-Stätte in Neuen-dorf im Sande, mit Kunstprojekten wieder in den Fokus zu rücken.

In den vergangenen Jahren entstand neben einem Fotoroman („Kein Discount für die Liebe“) auch ein Kochbuch („Eden Oder Spree“) mit saisonalen Gerichten.

Umsetzung

Wo wurde das Projekt umgesetzt?

Der Verein hat seinen Sitz im Dorf Buchholz, eines von zwölf Dörfern, die in der Gemeinde Steinhöfel im Landkreis Oder-Spree zusammengefasst sind. Die Gemeinde hat ca. 4.700 Einwohner_innen. In unserem Nachbardorf Heinersdorf (800 Einwohner_innen) wurden 2015 130 Geflüchtete untergebracht, mit denen wir in regem Kontakt stehen.

Austragungsort und öffentlicher Raum der Begegnung ist der Garten Steinhöfel im Nachbardorf Steinhöfel, dort ist auch der Sitz der Amtsverwaltung.

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Kulturarbeiter_innen, Künstler_innen, Gärtner_innen, die vor Ort leben, aus dem Ort stammen oder teilweise dort leben, haben das Projekt initiiert.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Im Sinne der Nachhaltigkeit machen wir vieles richtig. Wir heben, zeugen und erhalten Diversität, Kultur, Ökologie, Demokratie, Lust und Motivation auf selbstbestimmtes Leben, Arbeiten und Entfaltung der Kenntnisse und Fähigkeiten. Wir stellen Fragen, die in der Luft liegen, wir beziehen Stellung und versuchen Haltung zu bewahren. Wir teilen, geben, nehmen, ermöglichen und bestärken die vielen Facetten dessen, was die Menschen wollen und können, die sich einbringen und die wir einbeziehen. Wir versuchen, einen offenen, produktiven Raum bereitzuhalten, der Lust auf Zukunft macht.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Eine schwierige Frage. Wer würde sich das antun, einen Verein mit einem riesigen Stück Land, das zu bestellen ist, und einem Programm, das auch künstlerisch dem State of the Art gerecht zu werden versucht, über so lange Zeit ohne Festfinanzierung in Gang zu halten? Es fordert einen hohen, beinahe ausschließlichen Einsatz, vor allem seitens der Kerngruppe. Aufgrund des positiven Feedbacks, das wir von Besucher_innen, Beteiligten und anderen Instanzen des Kulturbetriebs im In- und Ausland bekommen, ringen und kämpfen wir darum, weiterzumachen.

Übertragbar ist das Projekt, wenn es mit Leidenschaft betrieben wird. Eine finanzielle Sicherung für den Kulturdauerdienst, den wir vor Ort leisten, wird notwendig. Auch hier wird die Zahl fitter und kompetenter Mitstreiter_innen, die es sich leisten können ehrenamtlich zu agieren, nicht mehr. Eine Konsolidierung des Projektes durch finanzierte Stellen würde es auch möglich machen, junge, kompetente und qualifizierte Menschen einzubeziehen und es zukünftig zu versteti-

gen. Wir haben bereits eine Reihe potenter, junger Anwärter_innen ziehen lassen müssen, weil die finanziellen Mittel fehlten bzw. hochgradig unsicher waren.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Unsere Mitstreiter_innen geben Lebenszeit und Energie in das Projekt. Im Laufe der Umsetzung haben wir gelernt, wie wichtig es ist, einen sozialen und kulturellen Kontext durch gemeinschaftliche Arbeit herzustellen, zugleich einen offenen und freien Raum bereitzuhalten, der Verwirklichung im Realen möglich macht. Das sehen jedenfalls unsere Frauen aus den Dörfern, die jungen Freiwilligen und die Künstler_innen, die mit uns arbeiten, so. Und selbst die Geflüchteten in ihrer schwierigen, unsicheren Lage docken an dieses Stück Freiraum, das wir insbesondere mit dem Garten Steinhöfel bereithalten, mit Freude und Lust zum Mittag an.



KONTAKT

Christine Hoffmann und Robert Abts,
Vorstand
landkunstleben e. V.

✉ landkunstleben@t-online.de

🌐 www.landkunstleben.de

Dorfraum- PIONIERE

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Den Jugendlichen aus den Dörfern der Region Donnersberger und Lautrer Land (Rheinland-Pfalz) soll über das Qualifizierungsprogramm „Dorfraum-Pioniere“ die Chance gegeben werden, sich neu für das Dorf zu interessieren, sich den Sozialraum Dorf mit neuem Blick zu erschließen, im Dorf neue Möglichkeitsstrukturen zu entdecken und sich einzubringen. Damit soll bei den Jugendlichen Neugierde für das eigene Dorf geweckt werden. Die Wahrnehmung der übrigen Dorfbewohner_innen soll ebenso geschärft werden, damit sie Überlegungen über das Dorf als Lebensraum anstellen, das Dorfleben bewusst aktivieren und sich dadurch die Bindung der Bewohner_innen an ihr Dorf stärkt.

Die Region Donnersberger und Lautrer Land ist Teil des europäischen Förderprojektes LEADER (Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale).

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen die Jugendlichen des Dorfes, jedoch immer im Zusammenhang und in der aktiven Zusammenarbeit mit den sonstigen Akteur_innen im Dorf. Bei dem Projekt „Dorfraum-Pioniere“ handelt es sich um eine qualitativ hochwertige Bildungsveranstaltung mit dem Ziel der Bewusstseinsveränderung und der Veränderung der Selbstwahrnehmung sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den teilnehmenden Dorfbewohner_innen. In der intergenerativen und thematischen Auseinandersetzung finden demokratiebildende und -fördernde

Prozesse statt. Die Ergebnisse des Gesamtprozesses sind übertragbar und nachhaltig. Um solche Ergebnisse zu gewährleisten, ist es notwendig, dass qualifizierte Personen mit den Akteur_innen im Ort zusammenarbeiten, die einen reflektierten Blick von außen in den Prozess einbringen und die sich nicht in den örtlichen Fallstricken mit ihren Engführungen, Verbindlichkeiten und Historien verfangen.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Das Projekt stärkt nicht nur die Kommunikation im Dorf, sondern schafft neue Kommunikationsstrukturen zwischen den Generationen. Im Laufe des Projektes erforschen Jugendliche, und im Folgeprojekt „Dorf-Entwickler“ auch Erwachsene, ihr eigenes Dorf sozialwissenschaftlich und werden damit zu Expert_innen. Sie können nun begründete und nicht auf Wunschvorstellungen basierende Veränderungsvorschläge für die Entwicklung ihres Dorfes vorlegen. Im bisherigen Projekt hat sich gezeigt, wie Jugendliche engagiert und mit fundiertem Wissen im Gemeinderat die Ergebnisse präsentiert und Veränderungsvorschläge eingebracht haben.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Eingebunden sind – neben den Jugendlichen – die lokale Politik, Kirche, Vereine, Initiativen und interessierte Bürger_innen. Überregional findet eine Zusammenarbeit mit der Regionalentwicklung statt. Zentral ist die Zusammenarbeit mit in der Sozialforschung erfahrenen Projektbüros, die mit den Jugendlichen das Dorf erforschen und zu verwertbaren Ergebnissen kommen.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Insgesamt wurden sozialwissenschaftliche Erkenntnisse herausgearbeitet, die sich auf das Programmgebiet beziehen. Diese können aber in ihrer Differenziertheit hier nicht ausgeführt werden. Die folgenden Ansätze sind „lediglich“ die sichtbaren Ergebnisse:

- In Kollweiler wurde eine Landjugend e. V. gegründet.
- In Obermoscheler wird mit dem Demokratischen Wohnzimmer dem Kommunikations- und Beteiligungsproblem begegnet.
- Alsenbrück-Langmeil hat gezeigt, wie bedeutend ein Ortsmittelpunkt ist. Gemeinsam mit der Orts- und Verbandsgemeinde wird versucht, eine Immobilie zu erwerben, die als Bürgerhaus umgebaut und als Begegnungsort dienen kann.
- In Lauterecken hingegen wurde empfohlen sowohl ein Familien- als auch ein Wirtschaftsforum zu ermöglichen.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert? Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Das Projekt wurde anfänglich gemeinsam mit Jugendlichen im Rahmen eines Strukturwochenendes entwickelt. Aufgrund der LEADER-Förderung und der intensiven Arbeit vor Ort in den Dörfern mit verschiedenen Beteiligten, braucht es zur Umsetzung eine professionell arbeitende Organisation mit entsprechendem Verwaltungsapparat.

Ergebnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Durch die gemeinsam entwickelte Veränderung der Wahrnehmung und des Bewusstseins für das eigene Dorf, entsteht eine langfristi-

PROJEKTZEITRAUM

2012–2014

Wir haben außerdem die LEADER-Förderung 2017–2021 in der LEADER-Region „Pfälzer Wald plus“ bekommen und starten im März 2017.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Donnersberger und Lautrer Land (Obermoschel, Lauterecken, Weilerbach, Kollweiler, Alsenbrück-Langmeil)

ZIELGRUPPE

Jugendliche in ländlichen Regionen

PARTNER

Bürger_innen,
Politik,
Kirche,
Vereine und Initiativen in den Dörfern

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

60 Jugendliche

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Im Projekt „Dorfraum-Pioniere“ wurde mit in der Dorfforschung erfahrenen Projektbüros zusammengearbeitet. Für das Landesjugendpfarramt der Evangelischen Kirche der Pfalz brachte der Grundsatzreferent einen Teil seiner Arbeitszeit für die Entwicklung und Durchführung des Projektes ein.

ge Perspektive für die Entwicklung sozialer Strukturen und der Dorfgemeinschaft. Die Ergebnisse der Forschung sind durch die wissenschaftliche Grundlage auf andere Dörfer übertragbar. Diese „wichtigen Impulse für

„Seit ich bei den ‚Dorfraum-Pionieren‘ mitgemacht habe ist für mich Dorf nicht mehr Dorf. Auch wurde mir klar, dass in unserem Dorf vielmehr Potenzial steckt, als ich und die Dorfbewohner jemals geglaubt hatten.“

Lukas, 15 Jahre

den gesamten LEADER-Prozess“ sind nur aufgrund der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis möglich. Die Verschriftlichung der Forschungsergebnisse (Dokumentation) wird in verschiedene Gremien eingespielt und bringt dort Entwicklungsprozesse in Gang.

die Ergebnisse übertragbar und zielen nicht auf eine Befriedigung der aktuellen Bedürfnisse vor Ort ab. Durch die wissenschaftliche Expertise und die professionelle Unterstützung wird sichergestellt, dass die Ergebnisse der Jugendlichen ernst genommen werden.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Das Projekt ist dann übertragbar, wenn mit Sozialforscher_innen zusammengearbeitet wird, die neben sozialwissenschaftlichen Verfahren der Dorfforschung auch Erfahrungen aus der Jugendarbeit mitbringen bzw. pädagogische Kompetenzen in der Arbeit mit Jugendlichen haben.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Einer der größten Stolpersteine ist die Überzeugung der Geldgeber_innen, dass die „Dorfraum-Pioniere“ seriöse Dorfforschung betreiben, was ein enormer Beitrag zur Regionalentwicklung sein kann. Hierfür braucht es neben der Profession der Sozialen Arbeit auch die Soziologie. Durch die wissenschaftliche Expertise, verbunden mit pädagogischer Sensibilität, wird es den Jugendlichen ermöglicht, ihren eigenständigen Beitrag in diesem Prozess zu leisten. Durch diese Arbeitsweise sind



KONTAKT

Ingo Schenk
Landesjugendpfarramt der Evangelischen Kirche Pfalz
Unionstraße 1
67657 Kaiserslautern

☎ 0631 - 3642018

✉ schenk@evangelische-jugend-pfalz.de

JUGENDLICHE IN KIRCHENVORSTÄNDEN

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Wahlberechtigt sind Jugendliche ab 14 Jahren in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) schon seit längerem. Die Kirchensynode („Kirchenparlament“) beschloss im November 2013, dass Jugendliche auch in den Kirchenvorstand (das oberste Leitungsorgan der rechtlich eigenständigen Kirchengemeinden) gewählt werden können. So konnte jede Gemeinde bei der Kirchenvorstandswahl 2015 bis zu zwei Jugenddelegierte für die Amtszeit von sechs Jahren wählen.

Die Jugenddelegierten haben vollen Einblick in alle Vorgänge der Kirchengemeinde. Sie sind nicht mit der Jugendvertretung zu verwechseln, sondern sie bringen ihre eigene persönliche Perspektive in alle Belange des Kirchenvorstandes ein. Vor Vollendung des 18. Lebensjahres nehmen die Jugenddelegierten mit beratender Stimme teil, dann erhalten sie die vollen Rechte eines Kirchenvorstandsmitglieds.

In den 1.151 Kirchengemeinden der EKHN wurden 258 Jugenddelegierte gewählt, d. h. dass in ca. 20% der Gemeinden Jugenddelegierte an den Kirchenvorständen

partizipieren. Zur Vorbereitung auf das neue Amt wurden die Jugenddelegierten zu kostenlosen Fortbildungen (Fachtage) eingeladen. Dort konnten sie in einem Planspiel die Vorgänge, Rollen und Besonderheiten von Kirchenvorstandssitzungen einüben. Die Kirchenvorstände und Jugendlichen werden während der Amtszeit kontinuierlich begleitet und beraten.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Die Kirchengemeinden der EKHN sind eigenständige Körperschaften des öffentlichen Rechts und somit teilweise im Verantwortungsgrad mit kleinen und mittelständischen Unternehmen vergleichbar. Die demokratische Kultur der EKHN mit hoher Verantwortung von Ehrenamtlichen wurde somit gestärkt und auf die Zielgruppe der unter 18-Jährigen ausgeweitet. Kirchengemeinden berichten von neuen Perspektiven, die die Jugendlichen in die Beratungen vor Ort einbringen.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Die Fachstellen der EKHN (Ehrenamtsakademie, Zentrum Bildung und Evangelische Jugend in Hessen und Nassau), Kirchengemeinden und Jugendliche aus allen Regionen der EKHN (in Hessen und Rheinland-Pfalz) sind am Projekt beteiligt.

„Der Präses der EKHN-Kirchensynode Dr. Ulrich Oelschläger würdigte das Votum der Kirchensynode als ‚wichtiges Signal, dass wir die Anliegen der Jugendlichen noch ernster nehmen als bisher‘. Die Entscheidung zeige auch, ‚dass die Jugendlichen nicht nur die Zukunft der evangelischen Kirche sind, sondern schon in der Gegenwart verantwortungsvoll mitarbeiten können‘.“

EKHN-Pressemitteilung vom 23.11.2013

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Die Neuerung der Jugenddelegierten hat bewirkt, dass EKHN-weit die Anzahl der Mitglieder im Kirchenvorstand unter 30 Jahren um einen Prozentpunkt gestiegen ist. Die ersten 260 Jugenddelegierten sind Vorreiter_innen, weitere Kirchengemeinden und Jugendliche sind ebenfalls daran interessiert, junge Menschen in die Leitung der Kirchengemeinde einzubinden. Die Tatsache, dass es in unserer Landeskirche nun Jugenddelegierte gibt, hat auch dazu beigetragen, über die eigene Sitzungskultur nachzudenken und diese zu reflektieren.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Initiiert wurde das Projekt von der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e. V., der Jugendverband der EKHN. Als Vertretung der Jugendlichen in der EKHN setzten sie sich erfolgreich für die Beteiligung von Jugendlichen in der Leitung der Kirchengemeinden vor Ort ein.



KONTAKT

Ina Wittmeier
Ehrenamtsakademie der EKHN
Paulusplatz 1
64285 Darmstadt

☎ 06151 – 40 55 86

✉ ina.wittmeier@ekhn-kv.de

🌐 www.ehrenamtsakademie-ekhn.de

📺 Ehrenamtsakademie EKHN

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Mit der Änderung der Gesetzeslage in 2013 ist eine dauerhafte Beteiligung Jugendlicher in Kirchenvorständen, und damit in Leitungsverantwortung, sichergestellt. Ausweitungen der Gesetze zu Nachwahlen etc. sind in Vorbereitung. Eine kontinuierliche Begleitung und Beratung ist durch die Fachstellen der EKHN dauerhaft gewährleistet.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Andere Landeskirchen könnten ebenfalls Jugendliche in Kirchenvorständen wählen lassen. Alle anderen Organisationen könnten Jugendlichen ebenfalls eine verantwortungsvolle Aufgabe in ihren Leitungsgremien ermöglichen.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Einige Kirchengemeinden haben Bedenken zur Wahl von Jugenddelegierten gehabt: Dürfen unsere Kirchenvorstandssitzungen dann noch länger als 22 Uhr dauern (wegen dem Jugendschutzgesetz)? Vergraulen wir die Jugendlichen nicht, wenn sie so langweilige Sitzungen miterleben müssen? Die Antwort der Ehrenamtsakademie darauf war immer: Auch den Erwachsenen schadet es nicht, wenn die Sitzungen nicht bis nachts dauern und anregend gestaltet werden. Der Fachtag für die gewählten Jugendlichen hat diese gestärkt und sie mit anderen Jugenddelegierten in Kontakt gebracht, die in der gleichen Situation sind. Haben Sie Mut und vertrauen Sie den Jugendlichen dabei, ihren Blick und ihre Kompetenzen in verantwortungsvollen (Leitungs-)Positionen einzusetzen.

PROJEKTZEITRAUM

Wahl ab Dezember 2014, Vorbereitung der Jugendlichen auf ihr Amt im Frühjahr / Sommer 2015

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Kirchengemeinden der EKHN u. a. im ländlichen Raum in Hessen und Rheinland-Pfalz

ZIELGRUPPE

Jugendliche ab 14 Jahren, Kirchenvorstände (ehrenamtlich)

PARTNER

EKHN, Ehrenamtsakademie der EKHN, Zentrum Bildung der EKHN, Evangelische Jugend in Hessen und Nassau

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

260 Jugenddelegierte wurden gewählt

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Gesetzgebungsverfahren, Konzept und Ressourcen zur Fortbildung, Personalressourcen zur Begleitung der Jugendlichen

Sonstiges – Haben wir eine wichtige Frage vergessen?

Die Engagementforschung berichtet, dass die Bereitschaft zur Übernahme von längerfristigem Engagement von Jugendlichen in der Altersgruppe zwischen 14 und 19 Jahren in den vergangenen zehn Jahren deutlich gesunken sei. Die Jugenddelegierten der EKHN zeigen, dass sie bereit sind, sich in ein Amt mit sechs Jahren Amtszeit wählen zu lassen, trotz gestiegener schulischer Anforderungen und vielen Lebensveränderungen in dieser Altersphase.

Gelebte Solidarität mit **HAUSHALTSHILFEN/ PFLEGEHELFERINNEN AUS OSTEUROPA**

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

„Gelebte Solidarität mit Haushaltshilfen/Pflegehelferinnen aus Osteuropa“ – die Idee zu diesem Projekt hatte ich bei Besuchen von alten und kranken Menschen in Bermatingen (Baden-Württemberg). Hier traf ich Haushaltshilfen und Pflegehelferinnen aus Polen, Bulgarien etc., die vereinsamt und überfordert waren. Es lag mir sehr am Herzen, ein Austauschtreffen einzurichten, um diese Frauen untereinander in Verbindung zu bringen.

Das erste Treffen fand am 04.06.2013 im Mehrgenerationenhaus (MGH) Markdorf statt. Dabei stellte ich fest, dass die Pflegehelferinnen häufig nur mangelhafte Deutschkenntnisse hatten. Pflege ohne Sprache ist ganz schwierig und unbefriedigend für alle Beteiligten. Das Treffen wurde zunächst um einen kostenlosen Deutschkurs und später sogar um einen Abholfahrtdienst ergänzt. Einmal im Monat hängen wir eine Stunde dran und trinken Kaffee und essen Kuchen. Anschließend wird die kostenlose Kleiderkiste im MGH genutzt.

Ein weiteres Ziel war es, die Öffentlichkeit zu informieren, zu sensibilisieren und auf die Arbeitsbedingungen der Haushaltshilfen/Pflegehelferinnen aus Osteuropa hinzuweisen.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Die Gruppe steht unter Schweigepflicht, das Vertrauen wird nicht aufs Spiel gesetzt. Sie helfen sich gegenseitig, verstehen einander besser, bei Problemen stehen sie zusammen und machen sich Mut. Die Angehörigen sind erfreut über unser Tun, sie haben einen Nutzen und begleiten die Frauen zum Teil selbst zum Treffen. Es kamen bereits interessierte Besucher_innen aus Politik, von der Universität Berlin und aus Kassel zu uns. Darüber hinaus gab es zahlreiche Anfragen aus ganz Deutschland.

Das MGH trägt uns, steht uns zur Seite und hat uns bereits zum Internationalen Frauentreff sowie zum Sommerfest eingeladen. Die Katholische Besuchsdienstgruppe, der ich angehöre, hat an Wert/Anerkennung gewonnen, ist dadurch gestärkt worden. Wir sind ganz nah am Menschen vor Ort, die Vernetzung mit anderen Gruppen/Verbänden ist wichtig und für alle ein großer Gewinn.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Folgende Personen sind am Projekt beteiligt:

- Projektleiterin Gerda Dilger;
- Deutschlehrerin Sabine Gebhardt (bis März 2016);
- Deutschbegleiterinnen Gertrud Ossmann, Gerda Dilger (ab April 2016);

PROJEKTZEITRAUM

Die erste Umfrage zur Projektidee war am 05.11.2010, das erste Treffen fand am 04.06.2013 statt. Das Projekt läuft noch.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

MGH Markdorf. Ich entschloss mich dazu, statt in Kirchenräume, ins MGH zu gehen, weil dort alle Menschen/Nationen vertreten sind.

ZIELGRUPPE

Haushaltshilfen/Pflegehelferinnen aus Bulgarien, Rumänien, Polen, Ukraine, Syrien

PARTNER

CKD, Diözesanverband Freiburg, Dekan Peter Nicola, Dekanat Linzgau, MGH Markdorf, zwei private Vermittlungsagenturen, Sozialstation Markdorf, Selbsthilfe-Netzwerk Bodenseekreis Friedrichshafen, Faire Care Stuttgart

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

2013: 89 Teilnahmen mit 449 km Fahrdienst

2014: 405 Teilnahmen mit 461 km Fahrdienst

2015: 512 Teilnahmen (davon elf vom Dekanat Friedrichshafen) mit 711,5 km Fahrdienst

Vom 01.01.–29.06.2016: 245 Teilnahmen

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Wöchentliche Raumbenutzungsgebühr ans MGH pro Treffen 15 Euro

Fachreferate zu Spezialthemen, wie z. B. Achtsamkeit, Nähe und Distanz, Entspannungsübungen bei Stress, Sucht, Diabetes, Demenz, Häusliche Gewalt sowie eine Supervision für die Projektleiterin sind von der Caritas-Stiftung Freiburg auf Antrag bezahlt worden

Kosten für Kopien und Drucke der Arbeitsmaterialien werden zum Teil von Spenden bezahlt

Die Deutschlehrerin wird vom MGH bezahlt

Kosten für Abhol Fahrdienst und Getränke übernimmt das Dekanat Linzgau

Kuchen und Weihnachtsfeier werden über Spenden finanziert

- Sechs ehrenamtliche Personen für den Abhol Fahrdienst;
- Fachfragen beantwortet Renate Hold;
- Waltraud Zeller-Fleck, MGH;
- Mathilde Röntgen von den Caritas-Konferenzen Deutschland (CKD) Freiburg, (Führung des CKD-Projektkontos).

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Einige Nachahmer-Projekte laufen bereits und wir stehen untereinander in Kontakt. Fachreferate im Projekt wurden durchgeführt – auf Wunsch mit Unterstützung der

Caritas-Stiftung Freiburg. Es wurden u. a. Vorträge zu folgenden Themen gehalten: Nähe und Distanz, Entspannungsübungen, Achtsamkeit. Im Jahr 2013 haben wir den „innovatio-Sozialpreis“ für Caritatives, Diakonisches Handeln erhalten. Außerdem waren wir beteiligt und wurden ausgezeichnet beim Wettbewerb „Leuchttürme der Bürgerbeteiligung“. Der Preis ist vom Staatsanzeiger Baden-Württemberg ausgelobt worden. Nicht zuletzt haben wir für besondere Leistungen im Januar 2016 die Ehrungsurkunde der Stadt Markdorf beim Neujahrsempfang überreicht bekommen.

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert? Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Ich, Gerda Dilger, Besuchsdienstmitarbeiterin der Katholischen Pfarrgemeinde Bermatingen, habe das Projekt initiiert. Durch die Vorstandsarbeit bei den CKD Freiburg (das Netzwerk von Ehrenamtlichen) lernte ich neue Wege im Ehrenamt kennen und wurde ermuntert, meine Idee als CKD-Projekt im Dekanat Linzgau aufzubauen. Es war ein schwieriger Weg und mein erstes Projekt. Für die Projektleitung konnte ich bis jetzt keine Nachfolge finden. Die Gewinnung von Mitarbeiter_innen ist in der heutigen Zeit ein großes Problem.

KONTAKT

Gerda Dilger
Projektleiterin
Buchbergstraße 42
88697 Bermatingen

☎ 07544-72 120
✉ hegedi@t-online.de



Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Ja, denn der Bedarf/die Nachfrage ist da und wird immer mehr. Durch die Öffentlichkeitsarbeit bekommen wir Spenden, um einen Teil der Unkosten zu decken. Die Dekanatsmittel sind für die Getränke und Fahrtkosten. Das MGH ist gut belegt, daher haben wir unser Treffen von Dienstag- auf Mittwochnachmittag verlegen müssen. Durch den hohen Bedarf infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen bekommen wir trotz aller Bemühungen keine Deutschlehrer_innen, somit müssen wir den Deutschunterricht seit März selbst durchführen. Das war/ist eine erneute Herausforderung und braucht noch mehr Engagement/Vorbereitung. Eine finanzielle Unterstützung für Fachthemen wäre wünschenswert.

Ist das Projekt übertragbar? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Was sind spezifische Faktoren?

Ja, überall in Deutschland sind Haushaltshilfen und Pflegehelferinnen beschäftigt. Schwierig ist es vor allem, an die Haushaltshilfen/Pflegehelferinnen heranzukommen. Die Besuchsdienste, der Pfarrer, die Sozialstationen, die Pflegedienste, die privaten Vermittlungsagenturen und die Pflegestützpunkte im Landratsamt kommen in und mit Haushalten in Kontakt, in denen alte und kranke Menschen in ihren Wohnungen zu Hause leben.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Es braucht Hauptamtliche, die uns Ehrenamtliche in Projektabläufen begleiten und dafür fehlt oft die Zeit. Ohne Moos nix los. Ehrenamt geht nicht ohne Geld. Projektmittel sind aufwendig zu beantragen. Für die Vernetzungsarbeit mit anderen Gruppen/Fachverbänden braucht es einen langen Atem.

ERSTE HILFE FÜR JEDERMANN

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Helfen können sollte jeder! Um im Notfall gut vorbereitet zu sein und effektiv helfen zu können, werden vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) überall in Deutschland Erste-Hilfe-Kurse angeboten. Die Ausbildung in Erster Hilfe für jedermann ist eine gute Sache! Das dachte sich auch Alexander Brandl, ein junger Mann, der 2011 Mitglied der Bergwacht des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) in Cham (Bayern) werden wollte.

Alexander Brandl, der seit seiner Geburt gehörlos ist, war bei seinen Schulungen stets auf Gebärdensprachdolmetscher_innen angewiesen. Das sollte sich ändern, dachte er

und machte selbst seinen Schein zum Erste-Hilfe-Ausbilder. „Das BRK war von der Idee sofort überzeugt, denn noch immer gibt es viele Lebensbereiche, von denen hörbehinderte Mitmenschen ausgeschlossen sind.“

In dem Projekt „Erste Hilfe für jedermann“, das in Deutschland noch seinesgleichen sucht, bildet Alexander Brandl nun seit Ende 2011 gehörlose Menschen in Erster Hilfe aus; seit 2013 auch mit der Anerkennung durch die Berufsgenossenschaft. Besonders engagiert er sich dabei für die Weiterentwicklung der Rotkreuz-Kurse in Richtung einer inklusiven Pädagogik.

„Das Rote Kreuz ist sehr vielfältig und genau darin liegt unsere große Stärke“, betont Stefan Raab, Bereichsleiter Breitenausbildung im BRK-Kreisverband Cham, und fügt hinzu: „Durch die vielen Aufgaben des Ver-

**„Egal, ob Handicap oder nicht,
wenn man etwas will,
kann man es auch erreichen.“**

Stefan Raab, Mitinitiator im Kreisverband Cham

bandes hat jede und jeder Aktive die Möglichkeit, einen Bereich zu entdecken, der ihr oder ihm am meisten Freude bereitet. So war es auch bei Herrn Brandl.“

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Das Projekt hat Vorbildcharakter und stärkt somit den persönlichen Ansporn in der Gemeinschaft und dadurch das Gemeinschaftsgefühl.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Am Projekt beteiligt sind Alexander Brandl und Stefan Raab.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Die Lehrmaterialien sind konzeptionell weiterentwickelt worden (inklusive Pädagogik).



Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Das Projekt wurde initiiert vom BRK-Kreisverband Cham, von Alexander Brandl und Stefan Raab.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Ja, interessierte Gehörlose können ebenfalls den Ausbildungsweg zu Erste-Hilfe-Ausbilder_innen für Gehörlose beschreiten.

Ist das Projekt übertragbar? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Was sind spezifische Faktoren?

Ja, unter Berücksichtigung der verbandsinternen Ausbildungsordnung.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Keine Berührungsängste bei einem Inklusionsprojekt. Frei nach dem Motto: „Wer nicht anfängt, wird auch das Ziel nicht erreichen.“ Die Schulung der Ausbilder_innen (Hörende und Gehörlose) ist praktizierte, gelebte Inklusion, man lernt voneinander und miteinander. Im Rahmen einer Projektentwicklung werden bspw. bei auftretenden Problemen gemeinsame Lösungsansätze gefunden und umgesetzt.

PROJEKTZEITRAUM

seit 2011

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Cham/Bayern (Schulungen in diversen Städten in Deutschland)

ZIELGRUPPE

Gehörlose Menschen

PARTNER

BRK (finanziert durch Spenden und Kursgebühren)

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

13 Kurse mit insgesamt
124 Teilnehmenden
(Stand November 2016)

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Hinweis: Der Kurs findet ausschließlich in der deutschen Gebärdensprache statt!
Räumlichkeiten; Lehrmaterial zur Ersten Hilfe; Gehörlose Personen mit der Fähigkeit, in Gebärdensprache zu lehren



KONTAKT

Stefan Raab
BRK, Kreisverband Cham

✉ Raab@kvcham.brk.de

🌐 www.kvcham.brk.de

Ehrenamtliche PFLEGELOTSSEN

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

„Ehrenamtliche Pflegelotsen“ im Landkreis Konstanz (Baden-Württemberg) – ein Besuchsdienst zur Orientierung und Unterstützung Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger. Die Konzeption sowie die Umsetzung des Projektes erfolgten federführend durch die Fachstelle für Bürgerschaftliches Engagement des Landkreises Konstanz in enger Zusammenarbeit mit der Sozialplanung und dem Pflegestützpunkt.

Pflegelots_innen sind engagierte und geschulte Freiwillige, die Pflegebedürftige sowie pflegende Angehörige besuchen und im Alltag unterstützen. Sie stehen Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen als Vertrauenspersonen über einen gewissen Zeitraum zur Seite, führen Gespräche, suchen mit ihnen gemeinsam nach Lösungen, zeigen ihnen Entlastungsmöglichkeiten auf und ermutigen sie zur Selbstsorge. Organisatorisch sind sie dem Pflegestützpunkt, Hauptsitz Radolfzell, zugeordnet, der dabei als „Türöffner“ fungiert, indem seine Mitarbeiterin – in Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Koordinationskraft – Pflegelots_innen an ratsuchende Pflegebedürftige und pflegende Angehörige vermittelt, die Unterstützung wünschen.

Eine initiale Schulung über 30 Stunden, zur Vorbereitung der interessierten Ehrenamtlichen auf ihre zukünftige Tätigkeit, wurde im Januar und Februar 2012 durchgeführt. Inzwischen sind 31 Pflegelots_innen regelmäßig sowohl in einmaligen als auch in längerfristigen Einsätzen aktiv. Diese Einsätze werden fachlich begleitet von einer ehrenamtlichen Einsatzkoordinatorin.

Es finden regelmäßig Schulungen statt und alle sechs bis acht Wochen begleitete Austauschtreffen.

Pflege und Haushalt werden nicht von ehrenamtlichen Pflegelots_innen übernommen, diese Dienste bleiben in den Händen der Profis.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Pflege findet vor Ort statt. Lokale Infrastrukturen und soziale Netzwerke in der Gemeinschaft bestimmen die Qualität des Lebens im Alter in erheblichem Maße. Der „Ehrenamtliche Pflegelotsendienst“ ist ein gemeinde- und trägerübergreifendes Angebot, das zur Lebensqualitätsverbesserung da ist und von allen Gemeinden gleichermaßen abgerufen werden kann. Es ergänzt bestehende Sorge- und Hilfeeinrichtungen. Es findet keine Evaluation hinsichtlich einer Veränderung des Miteinanders im Landkreis statt, jedoch kann ein stetiger Anstieg der Einsätze im Vergleich zu den Vorjahren fest-

gestellt werden sowie ein steigendes Interesse von Personen, die Pflegelots_innen werden möchten.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Die Zusammensetzung der Kooperationspartner, wie z.B. Sozialplanung, Pflegestützpunkt des Landkreises, Kreisseniorerrat (KSR) Konstanz, landkreisweit aktives Selbsthilfenetzwerk „Kommit“, bildet die Vielfalt der Menschen ab, die sich für die Themen rund ums Älterwerden interessieren. Aufgaben, wie die Akquise von weiteren Interessierten, die Unterstützung bei Schulungen, die Werbung für den Dienst der Pflegelots_innen sowie deren Integration in Sitzungsgremien, z. B den Kreisseniorerrat (KSR), werden von eben genannten Partnern übernommen. Der Pflegestützpunkt, der trägerneutral, umfassend, wohnortnah und kostenlos berät, vermittelt die Pflegelots_innen auf Wunsch an alle Klient_innen gleichermaßen.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Von März 2012 bis Dezember 2015 waren die Pflegelots_innen in über 200 Einsätzen im Landkreis aktiv. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren/sind:

- Emotionale Entlastung durch Gespräche;
- Klärung der aktuellen Situation;
- Vorschläge über Hilfsmöglichkeiten;
- Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen;
- Beratung über Möglichkeiten der Vorsorge;
- Vorschläge für Freizeitgestaltung und aktive Begleitung.

Pflegelots_innen übernehmen Aufgaben, die durch hauptamtliche Mitarbeiter_innen in diesem Maße nicht geleistet werden könnten und somit auch nicht finanzierbar wären. Aufgrund des präventiven und begleitenden Charakters dieser ehrenamtlichen Hilfestellung kann rechtzeitig geholfen und somit eine Eskalation sozialer und gesundheitlicher Probleme mit hohen Folgekosten vermieden werden.

PROJEKTZEITRAUM

Die Entwicklung und Umsetzung des Projektes erfolgte 2011/2012. Seit März 2012 sind die geschulten Pflegelots_innen im Einsatz.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Landkreis Konstanz

ZIELGRUPPE

Es gibt zwei Zielgruppen, die mit dem Projekt angesprochen werden sollen: Interessierte Ehrenamtliche mit und ohne Erfahrung im Bereich der Pflege, die sich als Pflegelots_innen engagieren möchten; Diejenigen, denen geholfen werden soll, also Pflegebedürftige und deren Angehörige.

PARTNER

Sozialplanung im Landkreis Konstanz

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Derzeit sind 31 Pflegelots_innen aktiv.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Finanzen: Die initiale Schulung, bestehend aus Personalkosten für Planung, Konzept, Umsetzung und Akquise von interessierten Teilnehmer_innen, wurde teilfinanziert durch die „Anschubfinanzierung Pflegestützpunkt“ (2011) in Höhe von aufgerundet 4.500€.

„Pflegebedürftige und pflegende Angehörige brauchen die Unterstützung der Gesellschaft. Ehrenamtliche Pflegelotsen stehen für Solidarität und echte Entlastung. Sie helfen mit, diesen Grundsatz zu verwirklichen und die Lebensqualität der Betroffenen zu erhöhen.“

Frank Hämmerle, Landrat des Landkreises Konstanz

Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Initiatorin war die Fachstelle für Bürgerschaftliches Engagement. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle, dem Pflegestützpunkt und der Sozialplanung bei der Planung und Umsetzung, hat den Erfolg des Projektes maßgeblich mitbestimmt. Alle Erfahrungen und Kompetenzen dieser Stellen (Expert_innenteam) wurden gebündelt und ergänzten sich ideal. Durch den optimalen Einsatz der finanziellen und personellen Ressourcen wurde die Forderung nach kostengünstigem Verwaltungshandeln unterstützt.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Es stehen derzeit 31 Pflegelots_innen im gesamten Landkreis Konstanz zur Verfügung. Die Laufzeit des inzwischen verstetigten

Projektes ist nicht begrenzt. Der Ehrenamtsdienst der Pflegelots_innen ist auf Dauer ausgerichtet. Eine klare und nachhaltige Finanzierung durch den Landkreis mit Fördermitteln der gesetzlichen Pflegeversicherung schafft Kontinuität und Verlässlichkeit. Weitere Ehrenamtliche können jederzeit dazustoßen. Geschult werden die „Neuen“ im Laufe des Jahres. Zusätzlich steht eine Schulungs-CD zur Verfügung.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Eine Umsetzung in ähnlicher Art und Weise ist überall dort möglich, wo Altenhilfe/ Pflegeberatung nicht ausschließlich auf den Einsatz hauptamtlicher Mitarbeiter_innen setzt. Erforderlich ist auch ein nachhaltiges Finanzierungskonzept, das sich nicht ausschließlich über eine Projektfinanzierung definiert. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss klar kommuniziert werden, welche Aufgaben jeweils die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Einsatzkräfte übernehmen. Eine feste Ansprechperson für die Ehrenamtlichen sorgt für Sicherheit und beugt Frustrationen und damit einem vorzeitigen Ausscheiden vor.

Nachfolgende Ressourcen werden benötigt:

- Die jährlich wiederkehrenden Aufwendungen für das Gesamtpaket, bestehend aus Personalkosten für die Fachkräfte, Referent_innen für Schulungen, Würdigungsveranstaltungen, Übungsleiterpauschale für die Einsatzkoordinatorin, Flyer und sonstige Werbung für Pflegelots_innen, in Höhe von knapp 10.000 €, werden zur Hälfte über den Förderantrag nach §45 d, SGB XI finanziert.
- Räume für die Schulungen und Austauschtreffen bieten das Landratsamt, das Gesundheits- und Versorgungsamt sowie das Mehrgenerationenhaus aufgrund der Kooperation kostenfrei an.
- Zwei hauptamtliche Mitarbeiter_innen (Fachstelle für Bürgerschaftliches Engagement und Pflegestützpunkt), mit einem Aufwand von 60 bzw. 70 Arbeitsstunden pro Jahr, sowie eine ehrenamtliche Koordinatorin, bilden das organisatorische Gerüst des Pflegelotsendienstes.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Die Integration einer bürgerschaftlichen Engagementkultur in Pflegekontexte ist nicht nur im Sinne einer Entlastung der Pflegekräfte und der Familienangehörigen, sondern auch im Sinne einer ganz persönlichen menschlichen Bereicherung zu verstehen. Demzufolge macht jede Art eines Besuchsdienstes Sinn. Hilfsdienste für Senior_innen können dann nachgefragt werden, wenn diese bekannt/transparent sind und von einer vertrauten/bekannten Person vermittelt werden, die zeitlich und räumlich gut erreichbar ist. Deshalb ist die Wahl der Kooperationspartner_innen von großer Bedeutung. Die Öffentlichkeitsarbeit muss bei der Planung zeitlich und finanziell berücksichtigt werden.



KONTAKT

Pia Faller
 Pflegestützpunkt Landkreis Konstanz
 Sozialdezernat
 Scheffelstraße 15
 78315 Radolfzell
 ☎ 07531 - 8002626
 ✉ psp@LRAKN.de
 🌐 www.pflegestuetzpunkt-konstanz.de

Annette Breitsameter-Grössl
 Fachstelle für Bürgerschaftliches Engagement
 Sozialdezernat
 Benediktinerplatz 1
 78467 Konstanz
 ☎ 07531 - 8001783
 ✉ annette.breitsameter-groessler@LRAKN.de
 🌐 www.landkreis-konstanz.de

ZI:EL

Inklusion auf dem Lande

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Der Kreissportbund Ludwigslust-Parchim hat mit seinem Standort Balow (Mecklenburg-Vorpommern) einen verlässlichen Partner in der Bildungslandschaft – insbesondere in Bezug auf die Weiterbildung junger Menschen. Neben Ausbildungs- und Fortbildungskursen im Sport finden hier bildungsrelevante Workshops, Tagesmaßnahmen und Feriencamps mit Bildungsschwerpunkten statt, um vor allem junge Ehrenamtler_innen frühzeitig zu sensibilisieren, zu mobilisieren und zu fördern.

Bisher wurden zehn Ferien-Freizeit-Camps organisiert, die in ihrer Planung, Durchführung und von den Akteur_innen her unterschiedlich ausgerichtet waren. Wichtig war hierbei die Sensibilisierung von jugendlichen Campsteilnehmer_innen für ein ehrenamtliches Engagement, wobei Toleranz, Inklusion und Partizipation eine alltägliche Rolle im Tagesablauf einnahmen. Unterschiedliche Nationalitäten, unterschiedliche Lebenswelten und -weisen, das Miteinander in einer ländlichen Dorfidylle, das mit- und voneinander Lernen, Interkulturelle Arbeit, die Integration mit und ohne Handicap, Verantwortung annehmen und übernehmen, sich weiterentwickeln, Berufsfrühorientierung in die eigene Hand nehmen, Kompetenzen fürs Leben praxisnah erlernen und vieles mehr standen täglich – auch bei kleinen Aktionen – im Mittelpunkt.

Erfahrene, junge Ehrenamtler_innen, Re-

ferent_innen, Betreuer_innen und einheimische Bürger_innen begleiteten die Campsteilnehmer_innen und erläuterten zahlreiche praxisnahe Beispiele.

Die Teilnehmer_innen mit und ohne Handicap wurden stets in die Planung und die Durchführung der Ferien-Freizeit-Camps involviert.

Bewegung, Sport, Spaß und gesellschaftliche Themen zu integrieren, ist oft einfacher als man denkt: Fußballwelt- und Europameisterschaften, Olympische Spiele, Doping, Flüchtlingspolitik...! In kleinen Gruppen und bei Aktionen das alltägliche Leben kennen und gestalten lernen macht neugierig und kompetent.

Unsere Camps rund um unterschiedliche Themen, wie z.B. Mädchen in der Fußballwelt, junge Menschen mit Handicap vor Ort in Feuerwehr, Sport integrieren und mitmachen lassen, sind kleine einzelne Bausteine, die Selbstbewusstsein und andere soziale Kompetenzen stärken.

Darüber hinaus werden auch folgende Themen, wie z. B. die Rolle der Frauen in Syrien; wie lebe ich in Japan oder in anderen Ländern?; gibt es Gemeinsamkeiten im täglichen Leben wie Ernährung oder Schule; wie sieht es mit Fair Play im Alltag aus?; wie mache ich auf mich aufmerksam und übernehme kleine Aufgaben in der Schule, im Verein, in meiner Gemeinde?, behandelt. Hier ist es besonders wichtig, ältere und erfahrene Personen an meiner Seite zu haben. Die Ausrichtung der Camps zielt darauf ab, dass die jungen Leute Verantwortung in unterschiedlichen Themenfeldern übernehmen, nicht nur im Sport. Das ist uns gut gelungen!

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Akzeptanz gegenüber Menschen mit Handicap, Andersdenkenden und anderen Kulturen muss ständig neu gelernt werden bzw. muss ins aktuelle Leben einer Gemeinde, eines Vereins integriert werden. Generationen untereinander akzeptieren und gemeinsam das gesellschaftliche Leben im Dorf/Region gestalten ist für jeden wichtig und ist in Balow sichtbar!

Wer beteiligt sich am Projekt?

Der Kreissportbund Ludwigslust-Parchim e.V. organisiert die Camps in Kooperation mit der Begegnungsstätte Balow.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Die Camps haben einen hohen Stellenwert und erfreuen sich einer hohen Akzeptanz innerhalb der Region. Regelmäßige Aktionen im Rahmen der interkulturellen Woche werden durchgeführt. Es bestehen zudem Partnerschaften mit polnischen Schul-/Sportverbänden, gemeinsam werden Aktivitäten durchgeführt (Segelcamp, Teilnahme an Wettbewerben des Kreissportbundes etc.). Die Aktion „Junges Ehrenamt“ ist bereits in fünf Sportvereinen fest etabliert.

Umsetzung

Wo wurde das Projekt umgesetzt?

Die Durchführung der Ferien-Freizeit-Camps erfolgte in Balow. Die Gemeinde Balow mit ihren 330 Einwohner_innen liegt etwa 50km südwestlich der Landeshauptstadt Schwerin im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die Entfernung zum Amtssitz Grabow beträgt zwölf und zum Kreissitz Parchim 25km. Über die Autobahn A24 Hamburg-Berlin ist die Gemeinde gut erreichbar, liegt jedoch im strukturschwachen ländlichen Raum. Das Gemeindegebiet umfasst eine Fläche von 12,83km². Die Fläche rund um Balow wird von einem landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet. Hauptarbeitge-

PROJEKTZEITRAUM

01.05.2014 – 31.12.2016

ZIELGRUPPE

Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 17 Jahren mit und ohne Handicap

PARTNER

Balower Jugendrat,
Freiwillige Feuerwehr Balow,
Sportverein Traktor Balow,
Kindertagesstätte
„De lütten Setters“ Balow

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

170 aktive Teilnehmer_innen,
20 Betreuer_innen,
20 Referent_innen

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Für die materielle und technische Durchführung der Camps sind finanzielle Mittel Voraussetzung, um bspw. die Kosten für Verpflegung, Übernachtung und anfallende Sachkosten abzusichern.

Neben dem stark ausgeprägten ehrenamtlichen Engagement von Betreuer_innen, Referent_innen, Vereinsmitgliedern und den Balower Bürger_innen ist eine hauptamtliche Begleitung/Kümmerer wichtig und unerlässlich, um das Ehrenamt zu stützen und zu führen!

ber ist mit 40 Arbeitsplätzen ein Metallbetrieb. Allerdings pendeln 90% der Arbeitnehmer_innen zur Arbeit. Balow punktet mit einem intakten und sehr gut ausgebildeten sozialen Netz: Neben Grundschule und Kindertagesstätte hält die Gemeinde eine Begegnungsstätte vor. Vereinsarbeit, Übernachtungen und Versorgung werden über den Verein „Dörfliche Begegnungsstätte“ abgesichert. Das Kultur- und Kommunikationszentrum (KUK) – eine multifunktionale Sport- und Kulturhalle – bietet

Raum für überregionale Kultur- und Sportveranstaltungen. Auch die Kulturarena sowie der Schulsport- bzw. Fußballplatz und die Spiel- und Bewegungsplätze unterstreichen das Balower Leitbild „Ein Dorf für Kinder – ein Dorf für alle“. Jüngste Errungenschaften sind eine Outdoorfitnessanlage und der Bürger-Aktiv-Bus. Das Handeln aller Generationen für- und miteinander, die Beteiligung am aktiven Dorfleben und die gelebte Familienfreundlichkeit vermitteln den Bürger_innen ein Gefühl der Geborgenheit. Der Dachverein „Dörfliche Begegnungsstätte“ koordiniert das gesellschaftliche Leben in Balow sowie die Zusammenarbeit der Vereine, Institutionen und Interessengruppen: Sportverein Traktor Balow mit sieben Abteilungen, Schützenverein Balow, Volkssolidarität, Plattsacker, Freiwillige Feuerwehr mit Jugendwehr, Kinder- und Jugendrat, Gemeindevertretung, Kirchenrat, Grundschule und Kindertagesstätte. Projekte und Investitionen werden gemeinsam vorbereitet und sehr bewusst und nachhaltig umgesetzt.

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Das Projekt hat seinen Ursprung im Ergebnis einer Zukunftswerkstatt in der Gemeinde Balow im Jahr 2012. Projekte der Basis sind zukunftsorientierter und nachhaltiger!



Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Ein bis zwei Camps sind fester Bestandteil im Jahresplan des Kreissportbundes. Erste Erfahrungen und Erkenntnisse nicht nur bei der Betreuung der Akteur_innen, sondern dass die Akteur_innen selbst aktiv werden können – in Form von Gruppenhelfer_innen, Teamer_innen, Schiedsrichter_innen, Kampfrichter_innen in den Sportvereinen ihrer Schulen, in Heimatvereinen oder bei Maßnahmen des Kreissportbundes, wie z. B. bei den Toleranztagen als Stationshelfer_innen, – wurden gewonnen.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Auf jeden Fall ist das Projekt übertragbar. Und zwar dort, wo es ein engagiertes Netzwerk gibt und die sozialen Voraussetzungen vorhanden sind.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Ehrenamtliche sind mehr Macher. Hier bedarf es mehr hauptamtlicher Unterstützung, um auch den administrativen Aufwand, der durch die finanzielle Förderung entsteht, zu bewältigen.

KONTAKT

Kriemhild Kant
Dambecker Weg 7
19300 Balow

✉ gemeindebalow@t-online.de

🌐 www.gemeinde-balow.de

PLANSPIEL JUGENDKREISTAG

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Das Projekt „Planspiel Jugendkreistag – Ohne Jugend lässt sich der demografische Wandel nicht bewältigen“ möchte zu einer nachhaltigen Entwicklung der Landkreise in Sachsen-Anhalt und Deutschland beitragen, indem es speziell die Auswirkungen des demografischen Wandels auf der Ebene der Landkreise für junge Menschen und ihre Familien fokussiert. Es baut auf den Erfahrungen des im Schuljahr 2015/2016 durchgeführten Planspiels im Landkreis Mansfeld-Südharz (Pilotprojekt in Sachsen-Anhalt) auf.

Die Entwicklung, Erprobung, Evaluierung und Verbreitung des „Planspiels Jugendkreistag“ dient der Verankerung einer innovativen Kommunikationsform mit jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren über die demografischen Veränderungen auf der Ebene der Landkreise, ihre Folgen und daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten. Damit stärkt das Vorhaben die überörtliche Perspektive hinsichtlich der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, die über die Betroffenheit einzelner Gemeinde- und Ortsteilinteressen hinausgeht. Junge Menschen erhalten die Möglichkeit, mit Blick auf relevante Fragen der Kreisentwicklung, ihre Bedürfnisse und Sichtweisen untereinander und gegenüber den

kommunalpolitischen Entscheidungsträgern zu artikulieren und zu vertreten. Insbesondere vor dem Hintergrund der Unterrepräsentanz junger Menschen in den Institutionen der kommunalen Demokratie besteht erheblicher Bedarf zur Schaffung eines effektiven und direkten Kommunikationskanals zwischen jungen Menschen einerseits und kommunalen Entscheidungsträgern andererseits, der Rücksicht auf die Beteiligungswünsche und Kommunikationsgewohnheiten der Jugendlichen nimmt.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Das Projekt führt Jugendliche an Kreispolitik heran und macht Lust auf politisches Engagement vor Ort. Im Anschluss an das Projekt soll im Landkreis Mansfeld-Südharz ein Jugendforum entstehen. Dieser Schritt ist zu begrüßen, da viele Jugendliche während des Projektes nach einer dauerhaften Möglichkeit des Engagements gefragt haben. Insofern konnte durch das Planspiel erreicht werden, dass sich Schüler_innen des Landkreises mit relevanten Themen vor Ort auseinandergesetzt haben und für politische Teilhabe motiviert wurden. Weiterhin konnte erreicht werden, dass in der Verwaltung und im Kreistag nun ein offeneres Ohr gegenüber den Anliegen der Jugendlichen existiert. Das stärkt das Projekt und indirekt auch die Identifikation mit dem Landkreis.

„Beim ‚Planspiel Jugendkrestag‘ geht es darum, Jugendliche davon zu begeistern, an Politik oder politischen Prozessen teilzunehmen, sich im Landkreis zu beteiligen und zu erfahren: Was kann ich eigentlich vor Ort bewegen?“

Eric Heffenträger, Projektmanager in der Akademie für Lokale Demokratie e. V.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Organisiert wird das Planspiel von der Akademie für Lokale Demokratie e.V. Unterstützung erfährt das Projekt durch die vor Ort eingerichtete Lenkungsgruppe (siehe Projektpartner). Die Teilnehmenden wurden über die Schulen des Landkreises mit Unterstützung der Lehrkräfte akquiriert.



Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Die Anliegen der Jugendlichen werden aktuell in der Verwaltung geprüft und demnächst im Krestag behandelt. Die Themen der Simulation werden also auf ihre Realisierungsmöglichkeiten hin geprüft und je nach finanziellen Spielräumen auch umgesetzt.



Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Initiiert wurde das Projekt von der Akademie für Lokale Demokratie e. V. Es spielt aber keine Rolle, wer ein Planspiel in einem Landkreis initiiert. Wichtig ist, dass alle Partner_innen im Projekt mitziehen.

KONTAKT

Julia Lange
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21
04103 Leipzig

☎ 0341 - 92 73 06 65

✉ julia.lange@lokale-demokratie.de

🌐 www.lokale-demokratie.de

📺 Link zum Video: bit.ly/planspiel-video

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Das Planspiel und seine Konzeption wurden als einmaliges Modellprojekt angelegt und eine Wiederholung ist im Landkreis Mansfeld-Südharz aktuell nicht geplant. Es ist aber insofern nachhaltig, da es den Anstoß für eine institutionalisierte Form der Jugendbeteiligung gegeben hat. Weiterhin stehen alle Materialien für die Durchführung des Planspiels kostenfrei zur Verfügung, sodass auch andere Landkreise von dem Projekt profitieren können.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Das Projekt ist prinzipiell uneingeschränkt deutschlandweit übertragbar. Es muss nur auf etwaige Unterschiede der Kommunalverfassungen geachtet werden. Unser Ziel ist es, das Planspiel in Zukunft auch in anderen Landkreisen und in anderen Bundesländern durchzuführen, um es weiter auszubauen.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Gerade bei der Arbeit mit Jugendlichen sollte man sich nicht von der anfänglichen Rückhaltung demotivieren lassen. Viele junge Menschen entwickeln erst im Laufe des Projektes ein stärkeres Interesse an Politik. Deshalb ist es wichtig, engagierte Partner_innen vor Ort zu haben, die bei der Motivation und Akquise von Teilnehmenden unterstützen. Weiterhin ist es vorteilhaft, wenn von Anfang an den Jugendlichen konkret aufgezeigt wird, welcher Aufwand und welche Ergebnisse sie erwarten. Je besser sie wissen, was im Projektverlauf passieren wird, desto eher lassen sie sich für eine solche Simulation gewinnen.

PROJEKTZEITRAUM

August 2015 – August 2016

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Landkreis Mansfeld-Südharz:
142.000 Einwohner_innen,
Bundesland Sachsen-Anhalt,
hohe Arbeitslosenquote im Vergleich zu anderen Landkreisen Sachsen-Anhalts

ZIELGRUPPE

Verwaltung und Politik (Kreistag),
Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 Jahren

PARTNER

Landkreisverwaltung Mansfeld-Südharz,
Kreistagsmitglieder,
Landesschulamt,
Schulen des Landkreises (Geschwister-Scholl-Gymnasium Sangerhausen, Martin-Luther-Gymnasium (Eisleben),
Katharinenschule (Eisleben)),
Kreisschülerrat,
Hochschule Harz

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Über 50 Jugendliche sowie Mitglieder der Lenkungsgruppe (siehe Projektpartner)

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Benötigt werden eine Projektmanagerstelle sowie eine Projektsistenzstelle. Weiterhin werden für die Projekttag Räumlichkeiten im Landkreis benötigt.
Finanziell wird das Projekt vom Land Sachsen-Anhalt mit Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels gefördert.

NATUR SCHUTZ G E G E N RECHTSEXTREMISMUS

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Ein Blick auf die Medien und Publikationen rechtsextremer Parteien zeigt: der Natur- und Umweltschutz ist für sie ein Thema. Die Aussagen wirken fachlich versiert und von der Sache überzeugt. Erst auf den zweiten Blick wird der politisch extreme Inhalt erkennbar.

Der Workshop „Naturschutz gegen Rechtsextremismus – eine Argumentationshilfe“, aufgebaut auf der gleichnamigen Broschüre, analysiert Aussagen rechtsextremer Organisationen und legt deren rechtsextremen Inhalt offen. Grundlegende Denkfiguren der Rechtsextremist_innen im Bereich Natur- und Umweltschutz, z.B. der „Mythos Germania“, werden dekonstruiert. Wie geht man z.B. damit um, wenn die Nationaldemokratische Partei Deutschlands

PROJEKTZEITRAUM

Das Projekt besteht seit 2012.

WO WURDE DAS PROJEKT UMGESETZT?

Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), 6.000 Einwohner_innen
 Vilm (Mecklenburg-Vorpommern), 30 Einwohner_innen
 Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern), 50.000 Einwohner_innen
 Lautercken (Rheinland-Pfalz), 2.000 Einwohner_innen
 Landau (Rheinland-Pfalz), 43.000 Einwohner_innen
 St. Goarshausen (Rheinland-Pfalz), 20.000 Einwohner_innen
 Klosterbuch (Sachsen), 70 Einwohner_innen
 Bautzen (Sachsen), 40.000 Einwohner_innen
 Worms (Rheinland-Pfalz), 81.000 Einwohner_innen
 Osthofen (Rheinland-Pfalz), 400 Einwohner_innen
 Lüchow (Niedersachsen), 10.000 Einwohner_innen

ZIELGRUPPE

Naturschützer_innen,
 Umweltschützer_innen,
 Naturschutzverbände und -Verwaltungen,
 Jugendorganisationen der Natur- und Umweltschutzverbände,
 allgemeine Öffentlichkeit

PARTNER

Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz;
 Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz;
 Wissenschaftliches Büro Leipzig

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Pro Veranstaltung 10 bis 40 Personen

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Ein Raum für 40 Personen, Bestuhlung, acht Gruppentische, Beamer, Laptop, Stifte, Papier

(NPD) tönt: „Umweltschutz ist Heimat-schutz!“? Was muss man trainieren, um fit für die Gegenargumentation zu sein? Im Rahmen des Workshops erarbeiten und entwickeln die Teilnehmer_innen – mithilfe der Referent_innen – eigenständige Argumente gegen rechtsextreme Rhetorik, es folgt eine Abschlussdiskussion. Somit stärkt der Workshop die rhetorischen Kompetenzen der Teilnehmer_innen im Umgang mit rechtsextremen Argumenten.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Der Natur- und Umweltschutz ist in der Bundesrepublik föderal strukturiert. Auch die soziale Basis besteht vor allem in ehrenamtlichen und verbandlichen Akteur_innen (z.B. Bund für Umwelt und Naturschutz, Naturschutzbund Deutschland), die vornehmlich lokal organisiert sind. Rechtsextremist_innen suchen ebenfalls den Weg durch die zivilgesellschaftlichen Strukturen, insbesondere im ländlichen

„Jedem Versuch rechtsextremer Akteurinnen und Akteure, Naturschutz als Thema zu vereinnahmen, treten wir entgegen. Wir reden Klartext!“

Ulrike Höfken, Umweltministerin Rheinland-Pfalz, am 21.02.2014

Raum. Akteur_innen, wie Gewerkschaften, Kirchen, aber auch politische Parteien, sind dort immer weniger vertreten. Auch mit den attraktiven Themen rund um den Natur- und Umweltschutz, versuchen Rechtsextreme vermehrt ihre Ideologie zu verbreiten. Die Reaktionen auf den Workshop sind durchgehend gut bis sehr gut.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz – kurz LZU genannt – ist eine Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz. Sie untersteht unmittelbar dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium und hat ihren Sitz im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten in Mainz. Das Ministerium trägt die Verantwortung für den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Lebensgrundlagen. Das Wissenschaftliche Büro Leipzig ist ein privatwirtschaftlicher Dienstleister, der sich auf die Themen Geschichte des Natur- und Umweltschutzes, Geschichte des Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus spezialisiert hat. Ziel ist es u. a., die zivilgesellschaftliche Kompetenz gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu stärken.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Die Publikation ist bereits in der dritten Auflage erschienen, und der Workshop wird bundesweit abgerufen. Das bundesweite Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) hat die Idee aufgenommen und organisiert seit 2014 jährlich eine Fortbildung. Darin ist das Modul „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ ein steter Bestandteil



Umsetzung

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Das Projekt ist von den oben genannten Beteiligten konzipiert und umgesetzt worden.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Das Vorhaben wird seit vier Jahren von den hier genannten Kontaktpersonen und weiteren Akteuren kontinuierlich angeboten und dieses Angebot gut angenommen.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Aufgrund der zur Verfügung stehenden kostenlosen Lehr- und Lernmittel (Broschüre, Workshopunterlagen im Internet sowie Anleitung zur Durchführung) und des geringen Aufwands zur Umsetzung des Workshops, ist das Projekt in jedem Fall übertragbar. Das ist auch gewünscht.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Bei der Durchführung des Workshops sollte die/der Referierende gewahr sein, dass auch Rechtsextremist_innen oder Rechtspopulist_innen als Teilnehmende auftreten können. Sie/er ist somit gefordert, die eigene Kompetenz sicher einzubringen.

KONTAKT

Landeszentrale für Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz

☎ 06131 – 164433

✉ lzu@umdenken.de

🌐 www.umdenken.de

PD Dr. Nils Franke
Wissenschaftliches Büro Leipzig
Herloßsohnstraße 17
04155 Leipzig

☎ 0341 - 5831469

✉ franke@rechercheauftrag.de

🌐 www.rechercheauftrag.de

Auf www.umdenken.de finden Sie u. a. diese Materialien:

Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Eine Argumentationshilfe.

Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Klartext gegen rechtsextreme Ökosprüche.

PERSPEKTYWA – VOM GRENZRAUM ZUM BEGEGNUNGSRAUM

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Zwischen der Randow und der Oder wird besonders sichtbar, was das europäische Zusammenwachsen für die Menschen in einer grenznahen Region bedeutet: unzählige neue Möglichkeiten eröffnen sich, aber auch schwierige Veränderungsprozesse und Verunsicherungen, wie mit der Situation umgegangen werden kann, sind zu beobachten. Wie sich die Chancen nutzen und die Herausforderungen gemeinsam bewältigen lassen, das erprobt das Modellprojekt „perspektywa“. Dafür werden neue Möglichkeiten des deutsch-polnischen Zusammenlebens erprobt und Strukturen demokratischer Kultur entwickelt, die Begegnungen von allen Bürger_innen im Alltag ermöglichen. „perspektywa“ setzt bei den Bedarfen der Menschen vor Ort an und unterstützt sie dabei, sich untereinander zu vernetzen und gemeinsam handlungsfähig zu werden.

Das Projekt fußt auf dem Ansatz von Erkenntnissen zu Entstehungs- und Begünstigungsfaktoren von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und rechtsextremen Einstellungen. Das Einfordern von Etablierten-vorrechten für „einheimische Deutsche“ mit der einhergehenden Abwertung von „Zugezogenen“ aus dem Nachbarland Polen sind auftretende Phänomene, die ein harmonisches Zusammenleben von polnischen und deut-

schen Bürger_innen und ein Zusammenwachsen der grenzübergreifenden Region erschweren. Im Rahmen des Modellprojektes werden deshalb neue Formen der lokalen und spezifischen Wirksamkeit gegen Vereinzelungs- und Entfremdungserfahrungen entwickelt und etabliert. Es nimmt die konkreten Bedarfe vor Ort in den Blick, initiiert die Umsetzung von Verbesserungen gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung, um damit das Gefühl von politischer und sozialer Ohnmacht einzudämmen und Räume für Begegnungen zu eröffnen.

Konkret wird den Bürger_innen einzelner Dörfer in den Ämtern Löcknitz-Penkun im Landkreis Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) und Gartz (Oder) im Landkreis Uckermark (Brandenburg) angeboten, gemeinsam zu fragen: Wie sieht das Zusammenleben von deutschen und polnischen Bewohner_innen bei uns aus? Was haben wir bereits an Strukturen oder Ansatzpunkten? Was behindert uns? Was brauchen wir für die Zukunft? Mit diesen Bestandsaufnahmen und Visionen verabreden wir praktische Vorhaben, die wir gemeinsam umsetzen – mit dem Ziel, das Stettiner Umland als gemeinsamen Lebensraum für polnische und deutsche Bürger_innen zu gestalten.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Strategisches Leitziel des Projektes ist es, dass in den Gemeinden innerhalb der Ämter Löcknitz-Penkun und Gartz (Oder) ein intensives Zusammenleben zwischen deutschen

und polnischen Bürger_innen stattfindet. In den Gemeinden existiert eine lebendige demokratische Kultur, die Engagement für den Alltag und die Zukunft der Gemeinden befördert. Antipolnische Ressentiments sind zurückgegangen, Agitationsversuche seitens Rechtsextremer treffen auf unterschiedlichen Widerstand. Gerade in der Wahrnehmung der Notwendigkeit einer Gestaltung des deutsch-polnischen Zusammenlebens sind erste Erfolge sichtbar. Ebenso in der Initiierung gemeinsamen Engagements für das Gemeinwesen.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Bürger_innen wurden über das Projekt informiert und zur Mitarbeit eingeladen. Darüber hinaus wurden Meinungsführer_innen gezielt einzeln angesprochen. Dabei war die Ansprache polnischer Zuzügler_innen oftmals einfacher, als die der alteingesessenen Deutschen.

Zivilgesellschaftlich Engagierte: Vereine sind wichtige Träger des gesellschaftlichen Lebens, um diese zu gewinnen war es notwendig, die Vereine direkt aufzusuchen und die Akteur_innen für das Projekt zu gewinnen und kontinuierlich einzubinden.

Kommunalpolitiker_innen und Mitarbeiter_innen der Verwaltung: Insbesondere die Amtsverwaltungen und ehrenamtlichen Bürgermeister_innen und Gemeindevertreter_innen sind in Einzelgesprächen und in Gremiensitzungen mit ihren eigenen Vorstellungen und Ideen bereits frühzeitig eingebunden worden.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Das Projekt arbeitet zurzeit in drei Dörfern besonders intensiv. Aufgrund unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen erfordert dies auch ein differenziertes Vorgehen. In einer Gemeinde gibt es einen starken Einfluss Rechtsextremer, das erfordert bürgerschaftliches Engagement als Normalität zu unterstützen, in einem anderen Dorf gibt es viele Engagierte, die teils nicht zusammenarbeiten und in der anderen Gemeinde haben Engagierte mit mangelnder Beteiligung

PROJEKTZEITRAUM

01.03.2015 – 31.12.2019

ZIELGRUPPE

Bewohner_innen der Ämter Löcknitz-Penkun und Gartz (Oder)
Ihre Ideen und Vorschläge für das Zusammenleben in der Region stehen im Zentrum von „perspektywa“. Das Projektteam unterstützt und begleitet sie dabei, neue Impulse für Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Bürger_innen im Alltag zu entwickeln und auszuprobieren.

PARTNER

Ämter Löcknitz-Penkun und Gartz (Oder), Stiftung Internationales Studien- und Begegnungszentrum Dietrich Bonhoeffer in Stettin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg (RAA Brandenburg), Mobiles Beratungsteam Angermünde (MBT Angermünde)

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

1.077 Personen im Jahr 2015

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Finanzielle Förderung, Büroräumlichkeiten mit Versammlungsraum, zwei Personalstellen vor Ort, Dienstwagen

„perspektywa“ ist eines von acht Modellprojekten, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des BMFSFJ im Themenbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ gefördert werden. Die weiteren Modellprojekte finden Sie hier:

 [www.demokratie-leben.de/
programmpartner/
modellprojekte.html](http://www.demokratie-leben.de/programmpartner/modellprojekte.html)

zu kämpfen. In zwei Dörfern hat das Projekt im ersten Schritt Begegnungsmomente zwischen Deutschen und Pol_innen initiiert oder unterschützt, zum Beispiel einen deutsch-polnischen Bürgertreff, in dem alteingesessene Deutsche und polnische Zuzügler_innen bei deutscher und polnischer Bratwurst miteinander ins Gespräch kommen – oder ein gemeinsames Ernte- oder Weihnachtsfest feiern.

Bei diesen Begegnungen wurden Bewohner_innen mit unterschiedlichen Ansätzen behutsam befragt, sei es in Form eines offenen Interviews durch deutsch-polnische Sprachmittler_innen oder eines moderierten Marktstandes. Gefragt wurde, was ihnen besonders gut in ihrem Dorf gefällt, worüber sie gern Gästen erzählen oder was sie ihnen zeigen, aber auch was ihnen nicht so gut gefällt und wo sie sich Veränderungen wünschen. Mit diesen Ergebnissen werden weitere passende Angebote mit engagierten Einwohner_innen, die sich wiederum an alle richten, entwickelt.

Mit diesem Vorgehen versucht das Projekt über bestehende Vorbehalte bereits Engagierter hinaus zu blicken und Skepsis gegenüber Veränderungen abzubauen. Gleichzeitig ist es uns dabei bei Engagierten gelungen, das deutsch-polnische Zusammenleben als selbstverständliche Bedingung des Engagements zu etablieren.

Beispielhaft ist die Unterstützung von deutsch-polnischen Ehrenamtlichen, die sich in Löcknitz in der Flüchtlingshilfe engagierten. Begonnen hat dies mit einer Willkommensveranstaltung. Hieraus entstanden eine Initiative für ein Nachbarschaftscafé sowie ein Nachhilfeunterricht für Flüchtlingskinder. Mit der Einbindung von Aktiven aus dem nahen polnischen Stettin, hat sich ein vielfältiges Engagement für Flüchtlinge entwickelt: Es wurden Spenden gesammelt, es fanden wöchentliche Treffen zwischen Geflüchteten, deutschen und polnischen Engagierten statt etc. Am Beispiel des Engagements für Flüchtlinge zeigte sich, dass die Region von der Nähe zur Großstadt Stettin auch im bürgerschaftlichen Engagement profitieren kann und deutsche und polnische Bürger_innen sich gemeinsam für eine demokratische Gestaltung der Region einsetzen.

Umsetzung

Wo wurde das Projekt umgesetzt?

Der direkte Aktionsradius beschränkt sich auf einzelne Dörfer in den Ämtern Löcknitz-Penkun und Gartz (Oder). In beiden Ämtern leben in insgesamt 18 Gemeinden zusammen 17.536 Einwohner_innen (Stand 31.12.2015). Die beiden Ämter bilden mit einer Fläche von ins-



KONTAKT

Niels Gatzke, Projektleiter
RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.

☎ 039754 - 51 36 76
✉ perspektywa@raa-mv.de
🌐 www.perspektywa.de
📘 /perspektywaDE
🐦 /perspektywaDE
📺 /perspektywaDE

gesamt 691,57 km² und einer Bevölkerungsdichte von ungefähr 25 Einwohner_innen je km² den westlichen Rand des direkten Stettiner Umlands. Die geografische Lage der Region stellt besondere Rahmenbedingungen sowie Herausforderungen für die Unterstützung und Förderung der Entwicklung einer deutsch-polnischen Zivilgesellschaft in der grenzüberschreitenden Metropole Szczecin (Stettin) dar. Diese weitet sich unmittelbar bis in die Projektregion aus und immer mehr polnischsprachige Bürger_innen siedeln sich an. 2.542 Pol_innen leben in beiden Ämtern, 1.564 im Amt Löcknitz-Penkun und 978 im Amt Gartz (Oder). Sie machen damit 14,5% bzw. 14% der Bevölkerung aus. Dabei haben einzelne Gemeinden in unmittelbarer Grenznähe über 30% polnische Bevölkerung, bspw. beträgt in der Gemeinde Nadrensee der polnische Bevölkerungsanteil 38%. Für die Projektregion ergibt sich dadurch ein für ländliche Räume sehr hoher Anteil ausländischer Bevölkerung, insbesondere in Ostdeutschland. Bspw. sind an der Grundschule Löcknitz über 50% der im Schuljahr 2014/15 eingeschulten Kinder polnischer Herkunft. Darüber hinaus nimmt die wirtschaftliche Verflechtung im Grenzraum weiterhin zu und viele polnischsprachige Bürger_innen pendeln weiter nach Szczecin zur Arbeit oder gründen kleine Unternehmen in der Region.

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Die Ausgangsbedingungen des Projektes sind dadurch gekennzeichnet, dass es mit der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. von einem landesweit etablierten Träger durchgeführt wird, aber bei den Bürger_innen in den Dörfern nicht wirklich verwurzelt war. Zwar hat der Projektträger hier ein Vorgängerprojekt durchgeführt; dieses aber war als Multiplikator_innenprojekt konzipiert und konzentrierte sich auf professionelle Zielgruppen wie Polizei, Verwaltung, Schule. Diese „Außenseiterposition“ im Dorf hat al-

lerdings auch Vorteile, sie ermöglicht, nach anfänglich intensiver Beziehungsarbeit, alle Akteur_innen an einen Tisch zu bekommen.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt?

Inwiefern?

Die zivilgesellschaftlichen Akteur_innen und die örtliche Verwaltung (Gemeinden, Ämter) erproben und führen Strukturen für ein Zusammenwachsen von Zugezogenen und Altingesessenen – jenseits nationaler Zuschreibungen – erfolgreich durch, indem regelmäßig Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Bürger_innen sowie ein Austausch über die Situation der Gemeinde und deren Zukunft stattfinden. Die Erfahrungen, die durch das Projekt erarbeitet wurden, wirken weiter und die Strukturen werden von lokalen Akteur_innen gepflegt, bzw. neue Strukturen aus den gewonnenen Erfahrungen selbst generiert.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Das Projekt ist insbesondere in andere Gebiete der deutsch-polnischen Grenzregion im ländlichen Raum (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen) übertragbar. Darüber hinaus werden Anregungen zur Übertragbarkeit auf andere Migrationsregionen im ländlichen Raum bzw. für ein Quartiers-/Kiezmanagement, also Nachbarschaftspflege als Mittel gegen Vereinzelungsängste und Entfremdungserfahrungen, in der Gemeinwesenarbeit gegeben.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Die Arbeit im ländlichen Raum mit direkten Akteur_innen in den Dörfern vor Ort unterscheidet sich wesentlich von der Arbeit mit Multiplikator_innen. Hierzu benötigt es einen längeren Vorlauf, um wirklich alle demokratischen Akteur_innen einzubinden.

EINE WELT- PROMOTOR*INNEN

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Durch Sachsen-Anhalt tourt seit 2015 das Weltmobil. Voll gepackt mit Bildungs- und Informationsmaterial rund um Themen wie Fairer Handel, Klimawandel, EU-Flüchtlingspolitik und ökologischer Landbau fährt der Bus zu Schulen, developmentpolitischen Aktionstagen oder auch Volksfesten – besonders in ländlichen Regionen. Zusammen mit Bildungsakteur_innen und Engagierten vor Ort werden mit dem Weltmobil Bildungsangebote und Veranstaltungen durchgeführt – ein Vehikel zur Unterstützung und Qualifizierung von Engagierten und zur Mobilisierung von Menschen für Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsthemen.

In Baden-Württemberg führen acht Promotor*innen in den verschiedenen Regionen je zwei Praxisworkshops pro Jahr durch. Damit werden in der Eine Welt-Arbeit Engagierte zu Themen wie kreative Straßenaktionen, Pressearbeit, finanzielle Förderung von Projekten und Social Media qualifiziert. Gleichzeitig bieten die Praxisworkshops ein Forum zur Vernetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit.

Weltmobil und regionale Praxisworkshops sind nur zwei Beispiele für die Arbeit von Promotor*innen. Sie qualifizieren, vernetzen und mobilisieren in den Ländern und Regionen developmentpolitisch Aktive, Bildungsakteur_

innen und Multiplikator_innen. So verbreitern, intensivieren und professionalisieren sie das demokratische Engagement für die Eine Welt.

Insgesamt ca. 130 Promotor*innen unterstützen, beraten, qualifizieren und vernetzen Menschen und Organisationen für die Eine Welt. Wichtige Themenfelder sind dabei u.a. Konsum und Produktion, Klima und Entwicklung, Migration oder Globales Lernen. Neben der fachlichen Ausrichtung konzentrieren sich ca. ein Viertel der Promotor*innen explizit auf die developmentpolitische und demokratische Stärkung einer bestimmten Region.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

In ländlichen Regionen gibt es viele demokratisch bzw. developmentpolitisch Interessierte und Engagierte. Die meisten arbeiten ehrenamtlich in Gruppen, Initiativen, Vereinen. Sie bewegen viel, kommen aber an Grenzen in Bezug auf ihre zeitlichen Kapazitäten, ihr Know-how oder brauchen Mitstreiter_innen und Kooperationspartner_innen, kennen aber andere Aktive – ganz in der Nähe – nicht. Auch sehen wir viel Potenzial bei Menschen, die sich für globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit engagieren möchten, aber nicht wissen, wie und wo sie das tun können. Hier setzen Promotor*innen an, befördern zivilgesellschaftliche Arbeit, stoßen an, unterstützen, qualifizieren und bringen Akteur_innen zusammen. Diese Stärkung des Engagements vor Ort bedeutet zudem eine Stärkung der Gemeinschaft.

PROJEKTZEITRAUM

Das „Eine Welt-Promotor*innen“-Programm gibt es als föderales Programm mit Bund-Länder-Koordination und -Finanzierung seit 2013 mit einer derzeitigen Laufzeit in allen 16 Bundesländern bis 2018. Eine Fortsetzung über das Jahr 2018 hinaus wird angestrebt. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits seit 1996 ein Promotor*innen-Programm.

ZIELGRUPPE

Akteur_innen und Multiplikator_innen aus der Eine Welt-Arbeit und anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen; migrantische Akteur_innen; Akteur_innen aus Bildung, aus Politik und Wirtschaft; junge Menschen; Generation 50+; interessierte Bürger_innen

PARTNER

Das Programm wird gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den 16 Bundesländern. Die Finanzierung von Bund und Ländern im Verhältnis 60:40 eines Programms der Zivilgesellschaft prägt den neuartigen und innovativen Charakter des „Eine Welt-Promotor*innen“-Programms. Träger des Programms auf Bundesebene sind die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) und die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB). Die Eine Welt-Landesnetzwerke sind Trägerinnen des Programms auf Landesebene. Für die Durchführung des Programms auf lokaler Ebene wird mit Vereinen kooperiert.

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Das Promotor*innen-Programm ist seit seinem Bundesstart 2013 kontinuierlich gewachsen. Seit Beginn des zweiten Programmzyklus 2016 sind alle 16 Bundesländer dabei. Derzeit arbeiten 38 Regionalpromotor*innen an der Qualifizierung, Vernetzung und Mobilisierung von Eine Welt-Akteur_innen, Lehrer_innen, jungen Menschen, migrantischen Akteur_innen und weiteren Multiplikator_innen. Ein(e) Regionalpromotor*in erreicht im Schnitt 1.000–4.000 Menschen im Jahr. Allein 2015 wurden durch die Regionalpromotor*innen über 500 Netzwerktreffen unterstützt und knapp 400 zivilgesellschaftliche Akteur_innen, Initiativen und Organisationen beraten.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Um Multiplikator_innen in ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken und damit die Demokratie in ländlichen Regionen zu fördern, bedarf es einer strukturellen Unterstützung in Form von Beratung und Weiterbildungsangeboten. Das Promotor*innen-Programm setzt genau an dieser Stelle an und schafft dafür Personalstellen in etablierten lokalen Vereinen. Um einen größeren (Land-)Kreis abzudecken (ca. 650.000 Einwohner_innen) wird ca. eine Vollzeitstelle benötigt.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Das „Eine Welt-Promotor*innen“-Programm wirkt multiplikatorisch. Das heißt, die wesentlichen Adressat_innen sind entwicklungspolitische Vereine, Gruppen und Initiativen, die in ihrer Region, in ihrer Kommune – z. B. gegen rassistische Diskriminierung – aufklären, die zum Thema nachhaltiges Wirtschaften arbeiten und Kooperationen mit Umwelt-

gruppen suchen oder die Bildungsangebote an Schulen zum Thema globale Gerechtigkeit veranstalten. Deren Arbeit wird durch Promotor*innen befördert und unterstützt. Wichtige Schwerpunkte sind darüber hinaus die Förderung der demokratischen Partizipation migrantisch-diasporischer Akteur_innen und die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

„Wenn die SDGs umgesetzt werden sollen, ist eine starke Mobilisierung von unten notwendig. Die Fach- und Regionalpromotoren können einen wichtigen Beitrag dazu leisten.“

Dr. Boniface Mabanza auf dem 4. Bundestreffen der „Eine Welt-Promotor*innen“ am 15.10.2015 in Berlin

Das Promotor*innen-Programm wird auf der Länderebene von den Eine Welt-Landesnetzwerken umgesetzt. Die Promotor*innen selbst sind Expert_innen aus entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und oft angesiedelt bei örtlichen Trägern und Initiativen.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Das „Eine Welt-Promotor*innen“-Programm wirkt. Im ersten Zyklus des Programms sind durch die Arbeit von knapp 90 Regional- und Fachpromotor*innen 750.000 Menschen in Kontakt mit Eine Welt-Themen gekommen. Wissen und Haltungen wurden vermittelt, attraktive Handlungsansätze wurden konzipiert und etabliert, Partizipationsmöglichkeiten und -strukturen geschaffen und ausgebaut, Netzwerke und Kooperationen initiiert und gestärkt und Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements verbessert. Neben der Verbreiterung der Eine Welt-Arbeit in den Ländern und Regionen initiieren und befördern Promotor*innen wichtige strukturelle Veränderungen in der Politik, in der Wirtschaft, in der Bildung und in den Kommunen. So existierte in Schleswig-Holstein vor Beginn des Programms eine Fairtrade-Town, inzwischen sind es 16 – etliche weitere sind auf dem Weg. Ein anderes Beispiel ist das Globa-

le Lernen, das sich – maßgeblich durch die Arbeit der Promotor*innen – immer mehr als fester Bestandteil des Unterrichts etabliert.

Umsetzung

Wo wurde das Projekt umgesetzt?

Das Promotor*innen-Programm setzt auf die Stärkung der Strukturen und Akteur_innen in den Bundesländern. In den Städten und Zentren der Länder wird die Eine Welt-Arbeit thematisch weiterentwickelt. In den ländlichen und strukturell benachteiligten Regionen wird durch Informations- und Netzwerkarbeit die Zivilgesellschaft vor Ort in ihrem Struktur-aufbau gestärkt. Die Regionen, in denen die Promotor*innen aktiv sind, variieren in ihrer Größe zwischen urban geprägten Landkreisen (z. B. Kreis Unna) und Großregionen (z. B. Nordbayern, Kreis Vorpommern-Greifswald).

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Als bundesweites Programm wurde es von den Eine Welt-Landesnetzwerken initiiert, in denen entwicklungspolitische Basisgruppen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Die Landesnetzwerke erreichen derzeit

ca. 10.000 Vereine, Initiativen und Gruppen. Das Programm funktioniert von „unten“ nach „oben“: Aus der Arbeit vor Ort werden Impulse aufgenommen und das Programm ständig weiterentwickelt. Diese föderale und partizipative Struktur des Programms bedingt sein großes demokratisches Potenzial, seine Entwicklungsmöglichkeiten und die Fähigkeit, auf politische Entwicklungen zu reagieren und diese mitzugestalten – wie z. B. die Umsetzung der von den United Nations (UN) beschlossenen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Die Etablierung der Prinzipien von Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit in immer stärkerem Maß und in immer mehr gesellschaftlichen Lebensbereichen – das ist das Ziel des Promotor*innen-Programms. Dazu braucht es gleichsam nachhaltige zivilgesellschaftliche Strukturen, qualifizierte Akteur_innen und Bildungsarbeit auf allen Ebenen als Grundlage – dafür arbeiten Promotor*innen, und zwar nachhaltig.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Die Stärkung und Entwicklung des Eine Welt-Engagements und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in den Regionen durch Expert_innen vor Ort – dieser Ansatz ist durchaus auf andere Länder wie auch auf andere zivilgesellschaftliche Themenbereiche übertragbar. Engagement braucht Strukturen. Wichtig sind eine hohe Sensibilität für die politisch-gesellschaftliche Kultur in den Regionen und für das zivilgesellschaftliche Potenzial im Hinblick auf Themen, Zielgruppen und Handlungsansätze.

Wichtig sind zudem eine partizipative und dynamische Struktur des Programms – es muss thematisch flexibel und entwicklungsfähig sein. Gleichsam bedarf es für eine konsistente Programmumsetzung der Koordination.

Das „Eine Welt-Promotor*innen“-Programm ist finanziert von Bund und Ländern. Das heißt, es ist als zivilgesellschaftliches Programm politisch gewollt. Auch dieses erscheint als zukunftsfähiges Modell der Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft.

Was braucht es noch? Immer mehr, immer engagierte und immer besser vernetzte Menschen mit immer mehr Wissen, immer klaren Haltungen und immer mehr Kompetenzen. Im Sinne einer globalen Transformation hin zu einer zukunftsfähigen Entwicklung, die getragen und geprägt ist von Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit, wie sie in den Sustainable Development Goals skizziert ist, braucht es viele Promotor*innen-Programme in vielen Ländern – im globalen Süden wie im globalen Norden.

KONTAKT

Dr. Marius Haberland
Arbeitsgemeinschaft der
Eine Welt-Landesnetzwerke (agl)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
☎ 030 – 23 93 61 15
✉ koordination-pp@agl-einewelt.de
🌐 www.eine-welt-promotorinnen.de

Andreas Rosen
Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB)
Greifswalder 33a
10405 Berlin
☎ 030 – 42 85 13 85
✉ a.rosen@nord-sued-bruecken.de
🌐 Kontakte in den Bundesländern: www.agl-einewelt.de/eine-welt-landesnetzwerke

KULINARISCH UM DIE WELT

Vorstellung

Wie ist das Profil des Projektes?

Der Anstoß zum Integrationsprojekt „Kulinarisch um die Welt“ kam vom Amt für Familie, Soziales, Integration und Teilhabe der Gemeindeverwaltung Neuenkirchen-Vörden (Niedersachsen). Es wurde die Idee entwickelt, Frauen mit und ohne Migrationshintergrund zu einem gemeinsamen Kochabend einzuladen, um sich besser kennenzulernen und so außerdem die Sprachkenntnisse der ausländischen Mitbürgerinnen verbessern zu können. Es folgten von Juli 2012 bis August 2016 38 Kochabende mit Spezialitäten aus 38 Ländern. Einmal im Monat wurde mit vielen Interessierten in der Küche der Oberschule gemeinsam – getreu dem Motto: „Integration geht durch den Magen!“ – gekocht.

An großen Tafeln wurde gemeinsam gegessen, mal mit Besteck, mal nur mit den Händen, eben wie es in der Nationalküche des jeweiligen Landes üblich ist.

Per Beamer gab es Bilder oder einen kurzen Film über das jeweilige Heimatland zu sehen, es wurde gesungen oder getanzt, wer eine Nationaltracht hatte, brachte sie mit. Auch Jahresfeste der einzelnen Länder wurden berücksichtigt: am Nikolaustag wurden Gedichte in verschiedenen Fremdsprachen

zitiert, am Weltfrauentag, dem 8. März, gab es Blumen für die Frauen. Das Essen war kostenfrei, Spenden waren willkommen. Die „fremde“ Kultur bleibt nicht nur Theorie, sie wird ganz praktisch gelebt.

Unser Leitspruch lautet: „Migrantinnen und Migranten bereichern Neuenkirchen-Vörden in sehr vielfältiger Weise. Wir möchten sie unterstützen und ihnen helfen, damit sie gut bei uns ankommen, sich hier wohlfühlen und sich integrieren können.“

Entstanden ist außerdem das Kochbuch „Kulinarisch um die Welt“, das im Dezember 2014 veröffentlicht worden ist. Von der ersten Auflage, die fast vollständig vergriffen ist, wurden 1.000 Stück produziert. Auf die große Resonanz sind alle besonders stolz!

Im Buch werden die Länder und die gekochten Speisen vorgestellt, in Interviews erzählen die Köch_innen von ihrem Leben in der Heimat und in Deutschland. Aber auch die Beweggründe und Schicksale für ihre Migration nach Deutschland werden angesprochen.

Wie stärkt das Projekt die Gemeinschaft vor Ort?

Die gemeinsamen Kochabende waren Brücken zur Integration. Es entstanden Kontakte und Freundschaften untereinander. Das Projekt soll nicht nur dazu einladen, die Vielfalt der Weltküche zu kosten, sondern dient auch als kleiner Einblick in andere Kulturen.

Dem Integrationsteam ist es gelungen, die Menschen vom Rande der Gesellschaft in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Dieses Integrationsprojekt hatte aber noch einen ganz wichtigen Nebeneffekt: Durch das Projekt haben sich auch das Bürgerengagement und der Kreis der ehrenamtlichen Helfer_innen erweitert. Das Integrationsteam kümmert sich zudem um weitere Möglichkeiten der Willkommenskultur, z. B. gibt es Alphabetisierungskurse, ein Nähcafé und eine Fahrradwerkstatt.

Wer beteiligt sich am Projekt?

Am Projekt beteiligt ist das Integrationsteam der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden.

Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?

Durch gemeinsames Tun, gemeinsames Essen und Genießen sind Vorurteile und Scheu vor dem „Fremden“ überwunden worden. Gegenseitiger Respekt und Anerkennung haben zu einem offenen Verhältnis untereinander geführt. Das Ziel unserer gemeinsamen Kochabende war, mit unseren ausländischen Mitbürger_innen ins Gespräch zu kommen sowie deren Heimatländer und Kulturen kennenzulernen. Das gemeinsame Kochen und das gemeinsame Essen hat viele Menschen miteinander verbunden, man begegnet sich auf der Straße, beim Einkaufen, man kennt sich, grüßt sich und lächelt sich an, Kinder spielen bereits gemeinsam erfolgreich in den Sportvereinen, nehmen am Tanzkurs teil.

Umsetzung

Wo wurde das Projekt umgesetzt?

Die multikulturellen Kochabende finden jeden Monat um 18.30 Uhr in der Oberschule Neuenkirchen-Vörden statt. Die Gemeinde hat inzwischen 8.500 Einwohner_innen, rund 1.065 Menschen davon sind ausländische Mitbürger_innen. Unter den Zugewanderten sind Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet (200

PROJEKTZEITRAUM

Die Auftaktveranstaltung fand am 01.06.2012 im Rahmen eines Integrationsfrühstücks statt, zu dem alle ausländischen Mitbürger_innen eingeladen waren, dort wurde unsere Projektidee vorgestellt. Projektbeginn war im Juli 2012. Von Juli 2012 bis August 2016 haben sich 38 Länder vorgestellt.

ZIELGRUPPE

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

PARTNER

Verschiedene Sponsor_innen, private Spender_innen

(BISHERIGE) TEILNEHMERZAHL

Die Anzahl der Teilnehmer_innen wuchs ständig, so trafen sich an den Kochabenden bis zu 100 Personen in der Pausenhalle, der Mensa und der Schulküche der Oberschule Neuenkirchen-Vörden zum Integrationskochen.

BENÖTIGTE RESSOURCEN

Personalstellen und finanzielle Unterstützung (Hausmittel der Gemeinde sowie durch Sponsor_innen und Spenden)

Räumlichkeiten (Schulküche, Mensa, Pausenhalle) stellt uns die Oberschule Neuenkirchen-Vörden zur Verfügung

Ehrenamtler_innen setzen das Projekt um

„Dieses Projekt ist toll! Männer und Frauen mit Migrationshintergrund sind oft sehr schüchtern. Das Projekt ist eine tolle Möglichkeit für uns, unser Heimatland, unsere Sitten, Bräuche zu präsentieren. Gleichzeitig knüpfen wir neue Kontakte und Freundschaften und werden in die Gemeinschaft eingebunden. Das ist ein schönes Gefühl. Man fühlt sich willkommen in der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden und wir haben eine neue Heimat gefunden!“

Besser als mit diesem Zitat eines Teilnehmers aus Pakistan kann man den Erfolg des Projektes nicht beschreiben.

Menschen), aber auch ausländische Arbeitskräfte aus Südosteuropa (rumänische, bulgarische und polnische Zuwander_innen). Die Anzahl der ausländischen Mitbürger_innen hat sich in den vergangenen fünf Jahren nahezu verdoppelt. Stärkste Herkunftsländer sind Polen, Türkei, Bulgarien und Rumänien. Insgesamt leben Menschen aus 55 Ländern in der Gemeinde. Die Vielfalt ist groß.

Wer hat das Projekt initiiert?

Inwiefern spielt eine Rolle, wer das Projekt initiiert hat?

Der Anstoß zu diesem Integrationsprojekt kam vom Amt für Familie, Soziales, Integration und Teilhabe der Gemeindeverwaltung. Es wurde die Idee entwickelt, Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen aus der Gemeinde zu einem gemeinsamen Koch-



abend einzuladen, um sich besser kennenzulernen und gleichzeitig die Sprachkenntnisse der ausländischen Mitbürgerinnen zu verbessern.

Erkenntnisse

Ist das Vorhaben nachhaltig angelegt? Inwiefern?

Der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden ist eine nachhaltige Integration ihrer Neubürger_innen mit und ohne Migrationshintergrund besonders wichtig. Damit eine nachhaltige Integration auch gelingen kann, hatte die Gemeinde ein Konzept zum Willkommensmanagement entwickelt.

Dieses beruht auf drei Säulen:

1. eine schnelle sprachliche Integration;
2. Hilfen durch ehrenamtliche Integrationslots_innen/Integrationspat_innen;
3. eine zielgerichtete soziale Eingliederung der Zuwander_innen.

Ist das Projekt übertragbar?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was sind spezifische Faktoren?

Die Bürger_innen der Gemeinde sehen in den neuen ausländischen Mitbürger_innen eine Bereicherung. Längst ist die Willkommens-

kultur in Neuenkirchen-Vörden im Alltag angekommen und wird von den Bürger_innen gelebt. Die Akzeptanz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund konnte durch dieses Projekt sehr nachhaltig verbessert werden. Anfragen aus Nachbargemeinden, die das Modell kopieren wollen, bestätigen uns darin.

Was können Sie anderen mit auf den Weg geben?

Nachdem fast täglich in den Nachrichten über ein neues Attentat berichtet wird, können sich die Flüchtlinge kaum konzentrieren. Sie haben das Gefühl, dass jeder Anschlag auch sie selber trifft, weil sie die misstrauischen Blicke vieler Deutscher spüren. Sie haben ihre Familie, Nachbar_innen und ihre gewohnte Umgebung verloren und müssen neue Wurzeln schlagen. Wir müssen lernen, mit ihnen zu leben. Das hilft uns auch gegen unsere Ängste. Der Wille zur Verständigung ist nötig, auf beiden Seiten. „Ein Fremder ist ein Freund, den man nur noch nicht kennt.“



KONTAKT

Katharina Schulz

Integrationsbeauftragte der Gemeinde
Neuenkirchen-Vörden

☎ 05493 - 98 71 55

✉ katharina.schulz@neuenkirchen-voerden.de

MATERIAL- & LITERATUR- HINWEISE

Im Folgenden finden Sie eine Auswahl von Lektüren, die sich mit Einzelaspekten der Broschüren-Thematik befassen. Falls Sie diese Publikation online lesen, gelangen Sie durch einen Klick auf den Titel direkt zum PDF-Dokument (sofern vorhanden).

Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e. V. (Hrsg.) (2017): Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe.

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e. V./ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.) (2015): Gemeinsam Handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (o.J.): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (o.J.): „Wir sind wieder da“. Die „Reichsbürger“: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln/ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.) (o.J.): Keine Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte Gruppen.

Engagement von und für Geflüchtete(n)

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Gute Beispiele für das Engagement von und für Geflüchtete.

Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015): Willkommen! Ein Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg.

Diakonie Hessen (Hrsg.) (2016): Willkommen im Dorf.

Stiftung Bürgermut/bagfa (Hrsg.) (2016): Refugees. Richtig gute Projekte, Tipps & Tools

Demografischer Wandel

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt.

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2016): Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn/ Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) (Hrsg.) (2013): LandInForm spezial. Jugend und Regionalentwicklung.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn/ Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) (Hrsg.) (2016): LandInForm – Magazin für Ländliche Räume. Selbstbestimmt zu Hause alt werden.

Engagement und Partizipation

Initiative Allianz für Beteiligung e.V. (Hrsg.) (2016): (Neu)Land Gestalten! Methoden und Praxisbeispiele für Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden.

Evangelische Akademie der Nordkirche (Hrsg.) (2013): Voneinander und miteinander lernen. Zur Nachahmung empfohlen!

Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.) (2015): kulturpolitische mitteilungen 151. Kultur in ländlichen Räumen.

Engagement und soziale Gerechtigkeit

Silke Franke (Hrsg.) (2015): Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema.

Silke Franke/Susanne Schmid (Hrsg.) (2013): Frauen im ländlichen Raum.

Bildung und Engagement

Evangelische Akademien in Deutschland e.V. (Hrsg.) (2016): Qualifiziert handeln. Praxishandbuch zur Weiterbildungsreihe „Wir beteiligen uns.“

Klaus-Dieter Kaiser (Hrsg.) (2015): Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen – Akteure – Perspektiven.

Internationales und Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.) (2015): Demokratiestärkung im ländlichen Raum. Eine europäisch-vergleichende Recherche zu Ansätzen und Maßnahmen der Stärkung des Bürgerengagements für eine lebendige Demokratie im ländlichen Raum als Beitrag zur Prävention von Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Migration, Teilhabe, Vielfalt

Torsten Groß, Susanne Huth, Birgit Jagusch, Ansgar Klein, Siglinde Naumann (Hrsg.) (2016): Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn/ Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) (Hrsg.) (2015): LandInForm – Magazin für Ländliche Räume. Zuwanderung – Chance und Aufgabe.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen.

MOZAIK gGmbH (Hrsg.) (2012): Migrantenorganisationen: Willkommene Akteure zur Verbesserung der Bildungsintegration. Good-Practice-Beispiele und Handlungsempfehlungen für Kommunen und Kreise.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von mehr als 250 Mitgliedsorganisationen und Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Gemeinsam verfolgen Sie das Ziel, Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen nachhaltig zu fördern.

Die inhaltliche Arbeit des Netzwerkes findet u. a. in 13 Themenfeldern statt, z. B. Bildung und Engagement; Migration, Teilhabe, Vielfalt; Demografischer Wandel und Engagementförderung im lokalen Raum; Zivilgesellschaftsforschung; Engagement und Partizipation; Internationalem Engagement und Europa. In einigen dieser Themenfelder arbeiten BBE-Mitglieder in Arbeitsgruppen an aktuellen Fragen zusammen, entwickeln die Debatte weiter und tauschen sich fachlich aus; Themenpat_innen setzen in weiteren Themenfeldern Impulse und bringen ihr Fachwissen und ihre Kontakte ein.

Das BBE gibt zahlreiche Publikationen heraus, organisiert Fachveranstaltungen sowie die bundesweite „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“. Unter dem Titel „Engagement macht stark“ finden dort seit 2004 jährlich mehrere tausend Veranstaltungen statt.

Im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ wird das BBE in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themenfeld Demokratiestärkung im ländlichen Raum durch das Bundesfamilienministerium gefördert.

Unsere Internetplattform www.b-b-e.de informiert ausführlich über die Aktivitäten des Netzwerkes. Sie bietet umfassendes Informationsmaterial zu Projekten, Themenfeldern, Arbeitsgruppen und Mitgliedern des BBE. Der BBE-Newsletter informiert 14-tägig über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland und vertieft in monatlichen Themenschwerpunkten zivilgesellschaftliche Fragen.

 www.b-b-e.de

 [/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement](https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement)

 [/BBE_Info](https://twitter.com/BBE_Info)

